

**V o r l a g e** des Rechtsausschusses  
zum Entwurf eines Kirchengesetzes über die Zustimmung und über die Ausführungsbestimmungen zum Pfarrdienstgesetz der EKD  
(Drucksache Nr. 76/11)

Der Rechtsausschuss (federführend) empfiehlt, das Kirchengesetzes über die Zustimmung und über die Ausführungsbestimmungen zum Pfarrdienstgesetz der EKD wie folgt zu beschließen. Beteiligt waren der Verwaltungsausschuss, der Theologische Ausschuss und der Ausschuss für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Bildung und Erziehung.

Berichterstatter: Synodaler Harder

**Kirchengesetz  
über die Zustimmung und  
über die Ausführungsbestimmungen  
zum Pfarrdienstgesetz der EKD**

Vom...

Die Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat das folgende Kirchengesetz beschlossen:

**Artikel 1**

**Zustimmung zum Pfarrdienstgesetz der EKD**

Dem Kirchengesetz zur Regelung der Dienstverhältnisse der Pfarrerinnen und Pfarrer in der Evangelischen Kirche in Deutschland (Pfarrdienstgesetz der EKD – PfdG.EKD) vom 10. November 2010 (ABl. EKD 2010 S. 307) wird zugestimmt.

**Artikel 2**

**Ausführungsgesetz  
zum Pfarrdienstgesetz der EKD (PfdGAG)**

**§ 1. Geltungsbereich.** Dieses Kirchengesetz gilt für die Pfarrerinnen und Pfarrer in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

**§ 2. Anwendung des Pfarrdienstgesetzes der EKD.** Das Pfarrdienstgesetz der EKD findet unter Beachtung der nachfolgenden Ausführungsbestimmungen Anwendung.

**§ 3. Dienstherrnfähigkeit, oberste Dienstbehörde (Zu § 2 Absatz 1, § 25 Absatz 2, § 115 PfdG.EKD).** (1) Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau besitzt das Recht, Pfarrdienstverhältnisse zu begründen (Dienstherrnfähigkeit).

(2) Dienstherr der Pfarrerinnen und Pfarrer ist die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau. Oberste Dienstbehörde und oberste Verwaltungsbehörde ist die Kirchenleitung.

**§ 4. Ordination; Verpflichtungserklärung (Zu § 4 Absatz 4 PfdG.EKD).** Die Verpflichtungserklärung für die Ordination richtet sich nach der Kirchenordnung.

**§ 5. Pfarrdienstverhältnis auf Probe, Eignung (Zu § 9 Absatz 1 PfdG.EKD).** (1) Die Kirchenleitung entscheidet über die Berufung in das Pfarrdienstverhältnis auf Probe.

(2) Die Auswahl derjenigen, die in ein Pfarrdienstverhältnis auf Probe übernommen werden, ist nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorzunehmen. Hierbei sind folgende Unterlagen, deren Vorliegen für sich allein noch keinen Anspruch auf Einstellung begründet, zu berücksichtigen:

1. Gutachten der Potentialanalyse gemäß § 6 Absatz 3 des Vorbildungsgesetzes,
2. Zeugnisse der Ersten und Zweiten Theologischen Prüfung,
3. Bericht der Lehrpfarrerinnen oder des Lehrpfarrers,
4. Berichte der jeweiligen Kirchenvorstände,
5. Ausbildungsbericht des Theologischen Seminars,
6. ggf. weitere berufsqualifizierende Nachweise.

(3) Die Kirchenleitung beruft eine Einstellungskommission. Diese führt ein Gespräch mit den Bewerberinnen und Bewerbern. Auf der Grundlage der nach Absatz 2 zu berücksichtigenden Unterlagen sowie des in dem Gespräch gewonnenen Eindrucks schlägt die Einstellungskommission der Kirchenleitung Bewerberinnen und Bewerber zur Ernennung als Pfarrerin oder Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe vor.

(4) Näheres zum Verfahren regelt die Kirchenleitung durch Rechtsverordnung.

**§ 6. Pfarrdienstverhältnis auf Probe, Höchstalter (Zu § 9 Absatz 2 PfdG.EKD).** Abweichend von § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 PfdG.EKD kann in den Probedienst berufen werden, wer das 42. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

**§ 7. Pfarrvikarinnen und Pfarrvikare (Zu § 10 PfdG.EKD).** Pfarrvikarinnen und Pfarrvikare sind Pfarrerinnen und Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe.

**§ 8. Begründung des Pfarrdienstverhältnisses, Höchstalter (Zu § 19 Absatz 1 PfdG.EKD).** Abweichend von § 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 PfdG.EKD kann in das Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit berufen werden, wer das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

**§ 9. Befristete Übertragung von übergemeindlichen Pfarrstellen/Bilanzierung gemeindlicher Pfarrstellen (Zu § 25 Absatz 1 und 2 PfdG.EKD).**

(1) Die Übertragung eines Auftrags ist in der Regel nur mit einer im Stellenplan ausgewiesenen Stelle möglich oder im Ausnahmefall, wenn nachgewiesen wird, dass die Finanzierung für die Dauer des Auftrags gesichert ist.

(2) Aufträge und übergemeindliche Pfarrstellen werden befristet übertragen.

(3) Ist einer Pfarrerin oder einem Pfarrer eine Pfarrstelle oder eine andere Planstelle übertragen, die der Wahrnehmung übergemeindlicher Aufgaben dient, hat die Kirchenleitung spätestens ein Jahr vor Ablauf der Zeitdauer über eine Verlängerung zu beschließen und die Entscheidung der Pfarrerin oder dem Pfarrer unverzüglich mitzuteilen. Vor der Entscheidung hat das zuständige Leitungsorgan mit der Pfarrerin oder dem Pfarrer ein Gespräch zu führen, in dem die bisherige Tätigkeit der Pfarrerin oder des Pfarrers auszuwerten ist. Beschließt das zuständige Leitungsorgan die Fortsetzung der Tätigkeit, so kann die Kirchenleitung die Übertragung der Pfarrstelle oder Planstelle um die vorgesehene Zeitdauer verlängern. Nach der Vollendung des 60. Lebensjahrs verlängert sich die Übertragung bis zum Beginn des Ruhestandes. Eine Verlängerung kann nur mit Zustimmung der Pfarrerin oder des Pfarrers erfolgen. Wiederholung ist möglich.

(4) Zehn Jahre nach der Übertragung einer gemeindlichen Pfarrstelle führt der Kirchenvorstand mit der Pfarrerin oder dem Pfarrer unter Leitung der Dekanin oder des Dekans ein Bilanzierungsgespräch, in welchem das Konzept der pastoralen Arbeit der Pfarrerin oder des Pfarrers im Blick auf die Anforderungen in der Gemeinde auszuwerten ist. In diesem Zusammenhang prüft die Dekanin oder der Dekan mit den Beteiligten, ob die Pfarrerin

oder der Pfarrer den Dienst weiter in der bisherigen Stelle fortsetzen oder ob ihr oder ihm ein Stellenwechsel empfohlen werden soll. Die Dekanin oder der Dekan spricht gegebenenfalls gegenüber der Pfarrerin oder dem Pfarrer die Empfehlung zum Stellenwechsel aus und unterrichtet darüber den Kirchenvorstand. Danach findet eine Bilanzierung jeweils nach weiteren 5 Jahren statt.

(5) Absatz 4 findet erstmals Anwendung am 1. Januar 2014.

**§ 10. Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer (Zu § 27 Absatz 4 PfdG.EKD).** Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer sind nach den Vorschriften der Verordnung über die Erteilung von nebenamtlichen Religionsunterricht an Schulen durch Pfarrerinnen und Pfarrer/Pfarrvikarinnen und Pfarrvikare in der jeweils geltenden Fassung verpflichtet, nebenamtlichen Religionsunterricht zu erteilen.

**§ 11. Personalentwicklung und Fortbildung (Zu § 55 PfdG.EKD).** Pfarrerinnen und Pfarrer sind verpflichtet, an den Dekanatskonferenzen und den gesamtkirchlichen Pastorkollegs teilzunehmen.

**§ 12. Angeordnete Nebentätigkeit (Zu § 64 Absatz 1 PfdG.EKD).** (1) Pfarrerinnen und Pfarrer sind verpflichtet, auf Verlangen der oder des Dienstvorgesetzten oder der obersten Dienstbehörde eine Nebentätigkeit im kirchlichen Interesse auch ohne Vergütung zu übernehmen, soweit sie die erforderliche Eignung dafür besitzen und die Übernahme ihnen zugemutet werden kann.

(2) Mit dem Beginn des Ruhestandes oder des Wartestandes oder mit der Beendigung des Pfarrdienstverhältnisses endet die Nebentätigkeit nach Absatz 1, wenn im Einzelfall nichts anderes bestimmt wird.

**§ 13. Sabbatzeit (Zu § 71 Absatz 4 PfdG.EKD).** Der Teildienst kann auf Antrag der Pfarrerinnen und Pfarrer über einen Zeitraum von bis zu sieben Jahren auch in der Weise bewilligt werden, dass der Teil, um den das Maß des Dienstes ermäßigt ist, zu einem zusammenhängenden Zeitraum zusammengefasst wird (Sabbatzeitregelung). Dem Antrag darf nur stattgegeben werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen und der Teildienst spätestens in dem Jahr endet, in dem die Pfarrerin oder der Pfarrer das 63. Lebensjahr vollendet.

**§ 14. Versetzung (Zu § 79 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 PfdG.EKD).** Steht aufgrund verbindlich beschlossener Stellenplanung fest, dass ihre Stelle aufgehoben wird, unbesetzt sein oder einen anderen Dienstumfang erhalten soll, oder wird ihr Dienstbereich neu geordnet, können Pfarrerinnen und Pfarrer versetzt werden. Die Pfarrerin oder der Pfarrer ist vorher zu hören.

**§ 15. Versetzungsvoraussetzungen (Zu § 80 PfdG.EKD).** Die erforderlichen Erhebungen nach § 80 Absatz 2 PfdG.EKD werden durch die Kirchenverwaltung durchgeführt. Die Erhebungen können bei einer Gemeindepfarrerin oder einem Gemeindepfarrer nur durchgeführt werden, wenn mit der Pfarrerin oder dem Pfarrer und dem Kirchenvorstand ein geregeltes Mediationsverfahren durchgeführt worden ist. Anzuhören sind die Pfarrerin oder der Pfarrer, der Kirchenvorstand oder das zuständige

Leitungsorgan, die zuständige Dekanin oder der zuständige Dekan und die zuständige Pröpstin oder der zuständige Propst.

**§ 16. Versetzung in den Wartestand (Zu § 83 Absatz 2 PfdG.EKD).** Die Versetzung in den Wartestand darf nur erfolgen, wenn weder eine Stelle noch ein Auftrag im Sinne des § 25 Absatz 2 PfdG.EKD übertragen werden kann.

**§ 17. Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt (Zu §§ 111, 112 PfdG.EKD).** (1) Ein Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt darf nur zugleich mit der Übertragung eines regelmäßig geordneten kirchlichen Dienstes begründet werden.

(2) Die Möglichkeit der gastweisen Teilnahme an den Sitzungen des Leitungsorgans der Gemeinde oder Einrichtung, an Tagungen und Dienstbesprechungen ist mit der Beauftragung zu regeln.

(3) Pfarrerinnen und Pfarrer im Ehrenamt sind zu den Dekanatskonferenzen einzuladen.

(4) § 55 gilt mit der Maßgabe, dass Pfarrerinnen und Pfarrer im Ehrenamt berechtigt, aber nicht verpflichtet sind, an Personalentwicklungs- und Fortbildungsmaßnahmen teilzunehmen.

### Artikel 3

#### Änderung des Pfarrbesoldungsgesetzes

§ 1 Absatz 1 und 2 des Pfarrbesoldungsgesetzes vom 26. November 2003 (ABl. 2004 S. 2), zuletzt geändert am 14. Mai 2011 (ABl. 2011 S. 185), wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Pfarrerinnen und Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau erhalten Besoldung nach diesem Kirchengesetz.

(2) Pfarrerinnen und Pfarrer in Teilbeschäftigung und Pfarrerinnen und Pfarrer im Teildienstverhältnis erhalten von der Besoldung, die für Pfarrerinnen und Pfarrer festgelegt ist, den Teil, der dem Maß ihres Dienstes entspricht. Die Dienstwohnung wird davon ausgenommen. Im Übrigen gelten für sie die allgemeinen Vorschriften. Pfarrerinnen und Pfarrer erhalten bei begrenzter Dienstfähigkeit anteilige Bezüge entsprechend der Regelungen des Bundesbesoldungsgesetzes.“

### Artikel 4

#### Kirchengesetz betreffend die Vorbildung und Anstellungsfähigkeit der Pfarrerinnen und Pfarrer in der EKHN (Vorbildungsgesetz – VorbG)

##### I. Einleitende Bestimmungen

**§ 1.** (1) Anstellungsfähigkeit ist die Fähigkeit, unter Berufung in ein Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit eine Stelle insbesondere in einer Kirchengemeinde übertragen zu bekommen.

(2) Die Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit begründet keinen Anspruch auf Berufung in ein Pfarrdienstverhältnis.

**§ 2.** (1) Die Befähigung zum Pfarrdienst wird durch Ablegung von zwei theologischen Prüfungen nachgewiesen.

(2) Die Prüfungsordnungen werden durch Ausführungsbestimmungen zu diesem Kirchengesetz von der Kirchenleitung in Föhlung mit dem Prüfungsamt erlassen.

(3) Zur Abhaltung der Prüfungen wird ein Prüfungsamt gebildet. Diesem gehören an:

1. die Kirchenpräsidentin als Vorsitzende oder der Kirchenpräsident als Vorsitzender und ihre Stellvertreterin oder ihr Stellvertreter oder seine Stellvertreterin oder sein Stellvertreter,
2. die zuständige Referatsleiterin oder der zuständige Referatsleiter der Kirchenverwaltung,
3. eine ausreichende Anzahl von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern, die für ihre Person von der Kirchenleitung berufen werden; davon müssen mindestens fünf Universitätsprofessorinnen oder Universitätsprofessoren sein, die den Disziplinen entsprechend ausgewählt sind,
4. die Professorinnen und Professoren des Theologischen Seminars,
5. die Pröpstin und Pröpste,
6. Schulamtsdirektorinnen und Schulamtsdirektoren im Kirchendienst und Studienleiterinnen oder Studienleiter des Seminars für Seelsorge, die jeweils von der Kirchenleitung berufen werden,
7. eine ausreichende Zahl von Pfarrerinnen und Pfarrern, die von der Kirchenleitung berufen werden,
8. die Leiterin oder der Leiter der Kirchenverwaltung, sofern sie Kirchenjuristin oder er Kirchenjurist ist, und weitere Kirchenjuristinnen und Kirchenjuristen, die von der Kirchenleitung berufen werden.

Aus dem Prüfungsamt werden jeweils die Kommissionen für die Erste und Zweite Theologische Prüfung durch die Kirchenleitung gebildet. Bei der Ersten Theologischen Prüfung müssen mindestens die Hälfte der Prüfenden Universitätsprofessorinnen oder Universitätsprofessoren sein. Den Vorsitz bei den Prüfungen führt die Kirchenpräsidentin oder der Kirchenpräsident.

## II. Wissenschaftliche Vorbildung

**§ 3.** (1) Der Ersten Theologischen Prüfung muss ein ordnungsgemäßes Studium der evangelischen Theologie von in der Regel zehn Semestern vorausgehen. Dazu treten bis zu zwei Semester für das Erlernen der für das Theologiestudium notwendigen alten Sprachen Griechisch, Hebräisch und Latein.

(2) Mindestens vier sprachfreie Semester sind an theologischen Fakultäten deutscher Universitäten zu erbringen. Die Studierenden sollen die Ausbildungsstätte möglichst einmal wechseln. Das Studium an deutschsprachigen Universitäten des Auslandes (Basel, Bern, Wien und Zürich) wird wie ein Studium an deutschen Universitäten gerechnet. Die Kirchenleitung kann Studiensemester an nicht-deutschsprachigen theologischen Fakultäten anerkennen; dabei sind die Sprachkenntnisse des Studierenden und das Studiensystem der jeweiligen theologischen Fakultät zu berücksichtigen.

(3) Über die in Absatz 2 genannten Pflichtsemester hinaus können weitere Semester an einer von der EKD anerkannten Kirchlichen Hochschule studiert werden.

(4) Zur Ersten Theologischen Prüfung können im allgemeinen nur Studierende zugelassen werden, die in der Liste der Theologiestudentinnen und Theologiestudenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau geführt werden. Das Nähere regelt die von der Kirchenleitung zu erlassende Studentenordnung.

**§ 4.** (1) Die Meldung zur Ersten Theologischen Prüfung ergeht an die Kirchenverwaltung.

(2) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet die Kirchenverwaltung.

**§ 5.** (1) In der Ersten Theologischen Prüfung soll die oder der Studierende den Nachweis erbringen, dass sie oder er in ihrem oder seinem Studium die für den Pfarrdienst erforderlichen wissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat und in der Lage ist, die Aufgaben, die im Dienst der Kirche auf sie oder ihn zukommen, zu erfassen und zu durchdenken.

(2) Hat die Kandidatin oder der Kandidat bestanden, so entscheidet die Kirchenleitung darüber, ob sie oder er in die Liste der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten eingetragen wird. Diese Eintragung ist die Voraussetzung für die Zulassung der Kandidatin oder des Kandidaten zur weiteren praktischen Vorbildung. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Eintragung. Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die oder der das 39. Lebensjahr vollendet hat, wird nicht mehr in die Liste der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten eingetragen. Die Kirchenleitung kann in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.

**§ 5a.** (1) Die Erste Theologische Prüfung kann auf Antrag bei der Kirchenleitung durch die Absolvierung des berufsbegleitenden Masterstudiengangs Evangelische Theologie an einer dafür von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau anerkannten Theologischen Fakultät ersetzt werden.

(2) Hat die Kandidatin oder der Kandidat den berufsbegleitenden Masterstudiengang erfolgreich absolviert, so entscheidet die Kirchenleitung darüber, ob sie oder er in die Liste der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten eingetragen wird. Diese Eintragung ist die Voraussetzung für die Zulassung der Kandidatin oder des Kandidaten zur weiteren praktischen Vorbildung. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Eintragung. Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die oder der das 39. Lebensjahr vollendet hat, wird nicht mehr in die Liste der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten eingetragen. Die Kirchenleitung kann in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.

## III. Praktische Vorbildung

**§ 6.** (1) Die Aufnahme der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten in den praktischen Vorbereitungsdienst erfolgt im Rahmen der von der Kirchenleitung festgesetzten Zahl der Ausbildungsplätze. Sie setzt die erfolgreiche Teilnahme an einer Potentialanalyse und das Erste Theologische Exa-

men voraus. Wenn nicht alle Ausbildungsplätze mit Theologiestudierenden besetzt werden können, ist es möglich, Absolvierende des berufsbegleitenden Masterstudiengangs gemäß § 5a, die an einer Potentialanalyse erfolgreich teilgenommen haben, in den praktischen Vorbereitungsdienst zu übernehmen.

(2) Die an der zweiten Ausbildungsphase interessierten Theologiestudierenden oder Studierende des berufsbegleitenden Masterstudiengangs gemäß § 5a bewerben sich bei der Kirchenverwaltung für die Potentialanalyse.

(3) Im Rahmen der Potentialanalyse wird die persönliche Eignung der Kandidatinnen und Kandidaten nach den folgenden Kriterien festgestellt und bewertet:

- a) Fähigkeit zur verantwortlichen Leitungstätigkeit,
- b) Teamfähigkeit,
- c) Fähigkeit zur glaubwürdigen Vertretung des eigenen Zeugnisses des christlichen Glaubens,
- d) Sprach-, Argumentations- und Dialogfähigkeit,
- e) Belastbarkeit und Konfliktfähigkeit,
- f) Fähigkeit zur Reflexion der eigenen Person.

(4) Die Kandidatinnen und Kandidaten erhalten nach Abschluss der Potentialanalyse eine detaillierte Rückmeldung zu ihren Stärken und Schwächen sowie Empfehlungen für ihren weiteren Entwicklungs- und Ausbildungsprozess. Zu Beginn des praktischen Vorbereitungsdienstes händigen die Kandidatinnen und Kandidaten dieses Gutachten der Lehrpfarrerin oder dem Lehrpfarrer und dem Theologischen Seminar aus.

(5) Begründet die Potentialanalyse, dass die Kandidatin oder der Kandidat für den Pfarrdienst zum Zeitpunkt der Entscheidung ungeeignet erscheint, wird sie oder er nicht zum Vikariat zugelassen. Die Wiederholung der Potentialanalyse ist einmal möglich.

(6) Näheres zum Verfahren der Potentialanalyse regelt die Kirchenleitung durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Kirchensynodalvorstandes bedarf.

(7) Die praktische Vorbildung erfolgt unter der Leitung eines Theologischen Seminars.

**§ 7.** Kandidatinnen und Kandidaten, die die Erste Theologische Prüfung vor einer anderen deutschen Prüfungsbehörde abgelegt haben, können in besonders begründeten Fällen in die praktische Vorbereitung aufgenommen werden.

**§ 8.** (1) Die Zeit der praktischen Vorbereitung soll einschließlich der Zweiten Theologischen Prüfung und des Praktikums nach der Zweiten Prüfung mindestens zwei Jahre dauern.

(2) Die Meldung zur Zweiten Theologischen Prüfung darf nicht später als vier Jahre nach Abschluss der Ersten Prüfung oder der Absolvierung des berufsbegleitenden Masterstudiengangs gemäß § 5a erfolgen.

(3) Über die Zulassung zur Zweiten Theologischen Prüfung entscheidet die Kirchenleitung.

(4) Die Kirchenleitung kann die Fristen nach Absatz 1 und 2 in besonders begründeten Fällen verkürzen bzw. verlängern.

**§ 9.** (1) In der Zweiten Theologischen Prüfung soll die Kandidatin oder der Kandidat den Nachweis erbringen, dass sie oder er die für den Pfarrdienst erforderlichen praktisch-theologischen Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat.

(2) Ist innerhalb von fünf Jahren seit der Zweiten Theologischen Prüfung kein Dienstverhältnis als Pfarrerin oder Pfarrer begründet worden, so kann die Kirchenleitung das Fortbestehen der Anstellungsfähigkeit von einem Kolloquium abhängig machen, durch das die weitere Eignung für den pfarramtlichen Dienst festgestellt wird.

**§ 10.** Pfarramtskandidatinnen oder Pfarramtskandidaten, die ihre praktische Vorbereitung in einer anderen evangelischen Kirche erhalten haben, können von der Kirchenleitung zur Zweiten Theologischen Prüfung zugelassen werden.

**§ 11.** *unbesetzt*

**§ 12.** Die Aufsicht über die Kandidatinnen und Kandidaten erfolgt nach einer von der Kirchenleitung zu erlassenden Kandidatenordnung, der die Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten bis zu ihrer Ordination unterstehen.

#### IV. Anstellungsfähigkeit in besonderen Fällen

**§ 13.** Einer Pfarrerin oder einem Pfarrer im Auslandsdienst, die oder der nicht die Anstellungsfähigkeit bereits nach § 16 Absatz 1 PfdG.EKD besitzt, kann die Anstellungsfähigkeit zuerkannt werden, wenn sie oder er

- a) in einer von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau anerkannten Ausbildungsstätte eine abgeschlossene Ausbildung für den Pfarrdienst im Ausland erhalten hat,
- b) zu dem Dienst im Ausland entweder von der Evangelischen Kirche in Deutschland oder einer ihrer Gliedkirchen ausgesandt worden ist,
- c) eine zweite theologische Prüfung abgelegt hat,
- d) die vorgeschriebene Zeit im Auslandsdienst tätig gewesen ist.

**§ 14.** Einer ordinierten Missionarin oder einem ordinierten Missionar, die oder der nicht die Anstellungsfähigkeit bereits nach § 16 Absatz 1 PfdG.EKD besitzt, kann die Anstellungsfähigkeit zuerkannt werden, wenn sie oder er

- a) in einer von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau anerkannten Ausbildungsstätte eine abgeschlossene Ausbildung für den Missionsdienst erhalten hat,
- b) eine zweite theologische Prüfung abgelegt hat,
- c) die vorgeschriebene Zeit im Missionsdienst tätig gewesen ist.

**§ 15.** Einer Pfarrerin oder einem Pfarrer im kirchlichen Hilfsdienst kann im besonderen Falle die An-

stellungsfähigkeit zuerkannt werden. Voraussetzungen sind ferner, dass sie oder er

- a) ein der zweiten theologischen Prüfung entsprechendes Examen abgelegt hat,
- b) mindestens sieben Jahre im kirchlichen Hilfsdienst tätig gewesen ist.

#### **Artikel 5**

##### **Änderung des Pfarrstellengesetzes**

§ 5 des Pfarrstellengesetzes vom 26. November 2003 (ABl. 2004 S. 81), zuletzt geändert am 20. Februar 2010 (ABl. 2010 S. 118), wird aufgehoben.

#### **Artikel 6**

##### **Änderung der Rechtsverordnung zur Aufnahme in den praktischen Vorbereitungsdienst für Vikarinnen und Vikare**

Die Rechtsverordnung zur Aufnahme in den praktischen Vorbereitungsdienst für Vikarinnen und Vikare vom 10. Juni 2003 (ABl. 2003 S. 382), zuletzt geändert am 24. November 2007 (ABl. 2008 S. 16), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Nassau“ die Wörter „oder der Absolvierung des berufsbegleitenden Masterstudiengangs gemäß § 5a des Vorbildungsgesetzes“ eingefügt.
2. In § 2 wird nach Absatz 2 folgender Absatz 2a eingefügt:  
 „(2a) Studierende des berufsbegleitenden Masterstudiengangs im Sinne des § 5a des Vorbildungsgesetzes können sich mit Antritt des Studiums zur Teilnahme an einer Potentialanalyse bewerben.“
3. In § 2 Absatz 3 werden nach dem Wort „Prüfung“ die Wörter „oder das Zeugnis der Masterprüfung des berufsbegleitenden Masterstudiengangs“ eingefügt.
4. In § 7 Absatz 3 Nummer 5 werden nach dem Wort „Prüfung“ die Wörter „oder das Zeugnis der

Masterprüfung des berufsbegleitenden Masterstudiengangs“ eingefügt.

#### **Artikel 7**

##### **Änderung der Kandidatenordnung**

§ 7 Absatz 2 der Kandidatenordnung vom 10. Juni 2003 (ABl. 2003 S. 380), zuletzt geändert am 28. November 2009 (ABl. 2010 S. 18), wird wie folgt gefasst:

„(2) Für den Dienst und die Übernahme in das Pfarrdienstverhältnis auf Probe gilt hinsichtlich der Anforderung der Lebensführung § 39 Pfarrdienstgesetz der EKD entsprechend.“

#### **Artikel 8**

##### **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Artikel 1 tritt am 1. Juli 2012 in Kraft.

(2) Artikel 2 bis 7 treten an dem Tag in Kraft, zu dem das Pfarrdienstgesetz der EKD vom 10. November 2010 für die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau in Kraft tritt. Diesen Zeitpunkt bestimmt der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland durch Verordnung. Gleichzeitig treten das Pfarrdienstgesetz vom 26. November 2003 (ABl. 2004 S. 69), geändert am 20. Februar 2010 (ABl. 2010 S. 118), das Vorbildungsgesetz vom 7. Dezember 1967 (ABl. 1968 S. 42), zuletzt geändert am 20. Februar 2010 (ABl. 2010 S. 118), das Kirchengesetz über die Beauftragung von anstellungsfähigen Theologinnen oder Theologen und über die Ordination zur Pfarrerin oder zum Pfarrer im Ehrenamt vom 5. Dezember 1998 (ABl. 1999 S. 2), die Rechtsverordnung über die Umwandlung von Teildienstverhältnissen in volle Dienstverhältnisse vom 20. Januar 1998 (ABl. 1998 S. 95), zuletzt geändert am 18. Dezember 2001 (ABl. 2002 S. 51), und die Verwaltungsverordnung über die Bewilligung von Altersteilzeit im Pfarrdienstverhältnis vom 1. April 2004 (ABl. 2004 S. 199) außer Kraft.

| Kirchengesetz zur Regelung der Dienstverhältnisse der Pfarrerinnen und Pfarrer in der Evangelischen Kirche in Deutschland<br>(Pfarrdienstgesetz der EKD – PfdG.EKD)<br>Vom 10. November 2010  | Ausführungsbestimmungen der EKHN zum PfdG.EKD<br><br>(gemäß Drucksache Nr. 76/11)   | Änderungsvorschläge des Rechtsausschusses<br>(Sitzungen am 05.03., 19.03. und 02.04.2012) |
|---|---|---|
| <p><b>Teil 1 Grundbestimmungen</b></p> <p><b>§ 1 Amt der öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung, Geltungsbereich</b><br/>           (1) Die Kirche lebt vom Evangelium Jesu Christi, das in Wort und Sakrament zu bezeugen sie beauftragt ist. Zu diesem kirchlichen Zeugendienst sind alle Getauften berufen. Auftrag und Recht zur öffentlichen Ausübung dieses Amtes vertraut die Kirche Pfarrerinnen und Pfarrern mit der Ordination an (Amt der öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung).<br/>           (2) Die Ordination setzt voraus, dass ein geordneter kirchlicher Dienst übertragen werden soll, der die öffentliche Wortverkündigung und die Sakramentsverwaltung einschließt.<br/>           (3) Dieses Kirchengesetz regelt das Pfarrdienstverhältnis als Form des geordneten kirchlichen Dienstes, in den Pfarrerinnen und Pfarrer von der Evangelischen Kirche in Deutschland, den Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen berufen werden.</p> |   |   |
| <p><b>§ 2 Pfarrdienstverhältnis</b><br/>           (1) Das Pfarrdienstverhältnis ist ein kirchengesetzlich geregeltes öffentlich-rechtliches Dienst- und Treuverhältnis zu der Evangelischen Kirche in Deutschland, den Gliedkirchen oder gliedkirchlichen Zusammenschlüssen (Dienstherren). Diese Dienstherren besitzen das Recht, Pfarrdienstverhältnisse zu begründen (Dienstherrnfähigkeit). Ihre obersten kirchlichen Verwaltungsbehörden sind jeweils oberste Dienstbehörden.<br/>           (2) Ein Pfarrdienstverhältnis wird auf Lebenszeit begründet. Ein Pfarrdienstverhältnis kann auch be-</p>   | <p><b>§ 3. Dienstherrnfähigkeit, oberste Dienstbehörde (Zu § 2 Absatz 1, § 25 Absatz 2, § 115 PfdG.EKD).</b><br/>           (1) Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau besitzt das Recht, Pfarrdienstverhältnisse zu begründen (Dienstherrnfähigkeit).<br/>           (2) Dienstherr der Pfarrerinnen und Pfarrer ist die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau. Oberste Dienstbehörde und oberste Verwaltungsbehörde ist die Kirchenverwaltung.</p> |   |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>gründet werden</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. auf Probe, wenn zur späteren Verwendung im Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit eine Probezeit abzuleisten ist (§ 9),</li> <li>2. auf Zeit für die Dauer einer Beurlaubung aus einem bereits bestehenden öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, wenn für eine bestimmte Zeit ein geordneter kirchlicher Dienst im Sinne des § 1 Absatz 2 wahrgenommen werden soll (§ 109),</li> <li>3. als Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt, wenn ein geordneter kirchlicher Dienst im Sinne des § 1 Absatz 2 regelmäßig unentgeltlich im Ehrenamt wahrgenommen werden soll (§ 111).</li> </ol> <p>(3) Die Evangelische Kirche in Deutschland kann Pfarrerinnen und Pfarrer in ein Pfarrdienstverhältnis berufen, die in einer Gliedkirche oder einem gliedkirchlichen Zusammenschluss ordiniert worden sind.</p>   |  |  |
| <p><b>Teil 2 Ordination</b></p> <p><b>§ 3 Ordination</b></p> <p>(1) Das mit der Ordination anvertraute Amt der öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung (Amt) ist auf Lebenszeit angelegt.</p> <p>(2) Die Ordinierten sind durch die Ordination verpflichtet, das anvertraute Amt im Gehorsam gegen den dreieinigen Gott in Treue zu führen, das Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und im Bekenntnis ihrer Kirche bezeugt ist, rein zu lehren, die Sakramente ihrer Einsetzung gemäß zu verwalten, ihren Dienst nach den Ordnungen ihrer Kirche auszuüben, das Beichtgeheimnis und die seelsorgliche Schweigepflicht zu wahren und sich in ihrer Amts- und Lebensführung so zu verhalten, dass die glaubwürdige Ausübung des Amtes nicht beeinträchtigt wird.</p> <p>(3) Die in der Ordination begründeten Rechte und Pflichten sind für Ordinierte, die in einem kirchlichen Dienstverhältnis stehen, auch Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis.</p> |  |  |

**§ 4 Voraussetzungen, Verfahren**

(1) Das Amt der öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung kann durch die Ordination Frauen und Männern anvertraut werden, die sich im Glauben an das Evangelium gebunden wissen, am Leben der christlichen Gemeinde teilnehmen und die nach ihrer Persönlichkeit, ihrer Befähigung und ihrer Ausbildung für den Dienst der öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung geeignet sind.

(2) Der Entscheidung über die Ordination geht ein Ordinationsgespräch über die Bedeutung der Ordination und die Voraussetzungen für die Übernahme des Amtes voraus.

(3) Eine Versagung der Ordination ist auf Verlangen zu begründen. Die Versagung der Ordination ist rechtlich nur insoweit überprüfbar, als Verfahrensmängel geltend gemacht werden.

(4) Vor der Ordination erklären diejenigen, die ordiniert werden sollen: "Ich gelobe vor Gott, das Amt der öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung im Gehorsam gegen den dreieinigen Gott in Treue zu führen, das Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und im Bekenntnis meiner Kirche bezeugt ist, rein zu lehren, die Sakramente ihrer Einsetzung gemäß zu verwalten, meinen Dienst nach den Ordnungen meiner Kirche auszuüben, das Beichtgeheimnis und die seelsorgliche Schweigepflicht zu wahren und mich in meiner Amts- und Lebensführung so zu verhalten, dass die glaubwürdige Ausübung des Amtes nicht beeinträchtigt wird". Die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können je für ihren Bereich eine andere Verpflichtungserklärung bestimmen.

(5) Die Ordination wird in einem Gottesdienst nach der Ordnung der Agende vollzogen. Über die Ordination wird eine Urkunde ausgestellt.

**§ 4 Ordination; Verpflichtungserklärung (Zu § 4 Absatz 4 PfdG.EKD)** Die Verpflichtungserklärung für die Ordination richtet sich nach der Kirchenordnung.

**§ 5 Verlust, Ruhen**

(1) Ordinierte verlieren Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung

1. durch schriftlich erklärten Verzicht,
2. durch Austritt aus der Kirche,
3. bei Anschluss an eine andere Kirche oder Religionsgemeinschaft, die nicht mit der Evangelischen Kirche in Deutschland, einer Gliedkirche oder einem gliedkirchlichen Zusammenschluss in Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft steht,
4. bei Nichtigkeit und Rücknahme der Berufung in das Dienstverhältnis,
5. bei Verlust der Anstellungsfähigkeit,
6. bei Entlassung,
7. wenn kein geordneter kirchlicher Dienst übertragen ist,
8. durch entsprechende Entscheidung in einem Lehrbeanstandungs- oder Disziplinarverfahren.

Die Nummern 2 und 6 finden keine Anwendung, wenn die Pfarrerin oder der Pfarrer mit vorheriger Genehmigung der obersten Dienstbehörde im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Kirchenaustritt Mitglied einer Kirche wird, die mit der Evangelischen Kirche in Deutschland, einer Gliedkirche oder einem gliedkirchlichen Zusammenschluss in Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft steht.

(2) Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung können im kirchlichen Interesse belassen werden. Die Belassung kann jederzeit widerrufen werden. Ein kirchliches Interesse im Sinne des Satzes 1 kann insbesondere vorliegen

1. im Falle des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 2, 3 und 6, wenn eine Pfarrerin oder ein Pfarrer die Entlassung aus dem Pfarrdienstverhältnis beantragt, um in den Dienst einer anderen evangelischen Kirche zu treten, mit der keine Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft besteht, und das Benehmen mit dieser Kirche hergestellt ist,

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>2. im Falle des Absatzes 1 Satz 1 Nummer 5, 6 und 7, wenn die künftige Tätigkeit der oder des Ordinierten im deutlichen Zusammenhang mit dem Verkündigungsauftrag steht.</p> <p>(3) Mit dem Verlust von Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung geht auch die Anstellungsfähigkeit verloren sowie das Recht, die Amtsbezeichnung zu führen und die Amtskleidung zu tragen. Die Ordinationsurkunde ist zurückzugeben. Wird sie trotz Aufforderung nicht zurückgegeben, so ist sie für ungültig zu erklären. Der Verlust der Rechte aus der Ordination ist im Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland bekannt zu machen.</p> <p>(4) Der Verlust der Rechte aus der Ordination und der Widerruf der Belassung sind in einem schriftlichen, mit Gründen versehenen Bescheid festzustellen. In diesem ist auch der Zeitpunkt des Verlustes zu bestimmen und auf die Rechtsfolgen hinzuweisen.</p> <p>(5) Das Ruhen der Rechte aus der Ordination kann festgestellt werden, wenn eine Pfarrerin oder ein Pfarrer wegen einer Krankheit oder einer Behinderung nicht in der Lage ist, die eigenen Angelegenheiten zu besorgen. Das Recht der öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung darf während des Ruhens im Einzelfall mit Genehmigung ausgeübt werden.</p> <p>(6) Für Pfarrerinnen und Pfarrer, denen bei der Entlassung Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung belassen wurden, gelten § 3 Absatz 2 und die §§ 30 bis 34 entsprechend. Sie unterstehen der Lehr- und Disziplinaraufsicht der Kirche, in der sie einen geordneten kirchlichen Dienst ausüben, hilfsweise der Kirche, in der sie zuletzt einen geordneten kirchlichen Dienst ausgeübt haben. Die Kirche, die die Lehr- und Disziplinaraufsicht ausübt, entscheidet auch über die</p> |  |  |
|--|--|--|

|  |  |  |
|--|--|--|
| weitere Belassung oder den Entzug der Rechte aus der Ordination.   |  |  |
| <p><b>§ 6 Erneutes Anvertrauen</b></p> <p>(1) Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung können auf Antrag erneut anvertraut werden; die Ordination wird dabei nicht wiederholt. Bevor Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung erneut anvertraut werden, ist die Erklärung nach § 4 Absatz 4 zu wiederholen.</p> <p>(2) Vor einer Entscheidung nach Absatz 1 ist das Benehmen mit der Kirche herzustellen, die den Verlust von Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung festgestellt hat.</p> <p>(3) Die Ordinationsurkunde ist wieder auszuhändigen oder neu auszustellen.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 7 Anerkennung der Ordination</b></p> <p>(1) Jede im Geltungsbereich dieses Kirchengesetzes vollzogene Ordination einer Pfarrerin oder eines Pfarrers wird anerkannt. Satz 1 gilt entsprechend für Verlust, Beschränkung, Ruhen und erneutes Anvertrauen der Rechte aus der Ordination.</p> <p>(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Ordination von Pfarrerinnen und Pfarrern, die durch eine Kirche ordiniert wurden, mit der die gegenseitige Anerkennung der Ordination für alle Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland vereinbart wurde.</p> <p>(3) Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können je für ihren Bereich die Ordination durch eine andere in- oder ausländische Kirche anerkennen.</p> <p>(4) Ordinierte können beim Wechsel des Dienstherrn auf das Bekenntnis der aufnehmenden Gliedkirche oder des aufnehmenden gliedkirchlichen Zusammenschlusses verpflichtet werden, sofern sie nicht bereits anlässlich ihrer Ordination hierauf verpflichtet</p> |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| wurden.  |  |  |
| <p><b>Teil 3 Probedienst und Anstellungsfähigkeit</b></p> <p><b>Kapitel 1 Pfarrdienstverhältnis auf Probe</b></p> <p><b>§ 8 Allgemeine Regelungen zum Pfarrdienstverhältnis auf Probe</b></p> <p>(1) Im Probedienst soll innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Bewährung in der selbständigen und eigenverantwortlichen Ausübung des Pfarrdienstes festgestellt werden.</p> <p>(2) Die Regelungen dieses Kirchengesetzes sind auf Pfarrdienstverhältnisse auf Probe anzuwenden, soweit sie nicht die Übertragung einer Stelle voraussetzen und nicht etwas anderes bestimmt ist.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 9 Voraussetzungen, Eignung</b></p> <p>(1) In das Pfarrdienstverhältnis auf Probe kann nur berufen werden, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland angehört,</li> <li>2. nach Persönlichkeit und Befähigung erwarten lässt, den Anforderungen des Pfarrdienstes zu genügen,</li> <li>3. die vorgeschriebene wissenschaftliche und praktische Ausbildung für den Pfarrdienst erhalten und die vorgeschriebenen Prüfungen bestanden hat,</li> <li>4. nicht infolge des körperlichen Zustandes oder aus gesundheitlichen Gründen bei der Ausübung des Pfarrdienstes wesentlich beeinträchtigt ist,</li> <li>5. bereit ist, die nach § 4 Absatz 4 mit der Ordination einzugehenden Verpflichtungen zu übernehmen,</li> <li>6. erwarten lässt, nicht vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt zu werden und</li> <li>7. das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.</li> </ol> <p>In besonders begründeten Fällen kann von den Voraussetzungen des Satzes 1 Nummer 3 und 7 abgewichen werden. Ein besonders begründeter Fall liegt insbesondere vor, wenn das 35. Lebensjahr aufgrund Mutterschutz, Elternzeit oder Pflege von An-</p> | <p><b>§ 5. Pfarrdienstverhältnis auf Probe, Eignung (Zu § 10 Absatz PfdG.EKD).</b></p> <p>(1) Die Kirchenleitung entscheidet über die Berufung in das Pfarrdienstverhältnis auf Probe.</p> <p>(2) Die Auswahl derjenigen, die in ein Pfarrdienstverhältnis auf Probe übernommen werden, ist nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorzunehmen. Hierbei sind folgende Unterlagen, deren Vorliegen für sich allein noch keinen Anspruch auf Einstellung begründet, zu berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Gutachten der Potentialanalyse gemäß § 6 Absatz 3 des Vorbereitungsgesetzes,</li> <li>2. Zeugnisse der Ersten und Zweiten Theologischen Prüfung,</li> <li>3. Bericht der Lehrpfarrerin oder des Lehrpfarrers,</li> <li>4. Berichte der jeweiligen Kirchenvorstände,</li> <li>5. Ausbildungsbericht des Theologischen Seminars,</li> <li>6. ggf. weitere berufsqualifizierende Nachweise.</li> </ol> <p>(3) Die Kirchenleitung beruft eine Einstellungskommission. Diese führt ein Gespräch mit den Bewerberinnen und Bewerbern. Auf der Grundlage der nach Absatz 2 zu berücksichtigenden Unterlagen sowie</p> |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>gehörigen überschritten wurde.</p> <p>(2) Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können je für ihren Bereich ein höheres Höchstalter für die Berufung in das Pfarrdienstverhältnis auf Probe festsetzen.</p> <p>(3) In das Pfarrdienstverhältnis auf Probe können auch Bewerberinnen und Bewerber berufen werden, die die Anstellungsfähigkeit besitzen und deren Übernahme in ein Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit beabsichtigt ist.</p> <p>(4) Ein Anspruch auf Berufung in ein Pfarrdienstverhältnis auf Probe besteht nicht.</p>   | <p>des in dem Gespräch gewonnenen Eindrucks schlägt die Einstellungskommission der Kirchenleitung Bewerberinnen und Bewerber zur Ernennung als Pfarrvikarin oder Pfarrvikar vor.</p> <p>(4) Näheres zum Verfahren regelt die Kirchenleitung durch Rechtsverordnung.</p> <p><b>§ 6. Pfarrdienstverhältnis auf Probe, Höchstalter (Zu § 9 Absatz 2 PfdG.EKD).</b></p> <p>Abweichend von § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 PfdG.EKD kann in den Probedienst berufen werden, wer das 42. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.</p> |  |
| <p><b>§ 10 Begründung des Pfarrdienstverhältnisses auf Probe</b></p> <p>(1) Das Pfarrdienstverhältnis auf Probe wird durch Berufung zur Pfarrerin oder zum Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe begründet. Die Amtsbezeichnung lautet "Pfarrerin" oder "Pfarrer".</p> <p>(2) Die Berufung erfolgt durch Aushändigung einer Berufungsurkunde. Sie wird mit Aushändigung der Berufungsurkunde wirksam, wenn nicht in der Urkunde ausdrücklich ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist. Eine Berufung auf einen zurückliegenden Zeitpunkt ist unzulässig und insoweit unwirksam.</p> <p>(3) Die Berufungsurkunde muss die Worte "unter Berufung in das Pfarrdienstverhältnis auf Probe" enthalten.</p> | <p><b>§ 7. Pfarrvikarinnen und Pfarrvikare (Zu § 10 PfdG.EKD).</b> Pfarrvikarinnen und Pfarrvikare sind Pfarrinnen und Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe.</p>   |  |
| <p><b>§ 11 Auftrag und Ordination</b></p> <p>(1) Pfarrerrinnen und Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe werden in der Regel mit einem gemeindlichen Dienst (§ 27) beauftragt. Der Auftrag kann aus dienstlichen oder wichtigen persönlichen Gründen geändert werden.</p> <p>(2) Der Auftrag kann durch eine Dienstbeschreibung geregelt werden.</p> <p>(3) Pfarrerrinnen und Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe sollen zu Beginn des Probedienstes ordi-</p>  |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>niert werden. Wird die Ordination gemäß § 118 Absatz 2 erst später vollzogen, sollen sie mit der öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung vorläufig beauftragt werden.</p> <p>(4) Pfarrerinnen und Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe werden bei Antritt des Dienstes in einem Gottesdienst vorgestellt</p>   |  |  |
| <p><b>§ 12 Dauer des Probendienstes</b></p> <p>(1) Der Probendienst dauert drei Jahre. Der Probendienst kann im Einzelfall unter Anrechnung anderer Dienste bis auf ein Jahr verkürzt oder aus besonderen Gründen um höchstens zwei Jahre verlängert werden. Die genannten Fristen verlängern sich um die Dauer einer Beurlaubung und einer Inanspruchnahme von Elternzeit, soweit währenddessen kein Dienst mit mindestens der Hälfte eines vollen Dienstumfangs ausgeübt wird. Vor Ablauf des Probendienstes ist über die Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit zu entscheiden.</p> <p>(2) Ergeben sich Zweifel an der Bewährung, so soll dies der Pfarrerin oder dem Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe alsbald mitgeteilt und gemeinsam erörtert werden. Es können geeignete Maßnahmen angeordnet, ein anderer Auftrag übertragen und der Probendienst bis zu der zulässigen Höchstdauer verlängert werden. Die Möglichkeit einer vorzeitigen Entlassung nach § 14 Absatz 2 Nummer 1 bleibt unberührt.</p> <p>(3) Nach der Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit wird das Pfarrdienstverhältnis auf Probe fortgesetzt.</p> <p>(4) Die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können die Dauer des Probendienstes allgemein verkürzen und die in Absatz 1 Satz 2 genannten Fristen abweichend regeln. Sie können nähere Regelungen über die Feststellung der Eignung und die Verlängerung des Probendienstes nach Absatz 2 treffen.</p> |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p><b>§ 13 Dienstunfähigkeit</b></p> <p>(1) Pfarrerinnen und Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe sind in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie infolge Krankheit, Verletzung oder sonstiger Beschädigung, die sie sich ohne grobes Verschulden bei der Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen haben, dienstunfähig (§ 89 Absatz 1) geworden sind. Sie können in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie aus anderen Gründen dienstunfähig geworden sind; § 94 Absatz 1 findet Anwendung.</p> <p>(2) Pfarrerinnen und Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe werden nach Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit auch dann in den Ruhestand versetzt, wenn sie aus anderen Gründen dienstunfähig geworden sind. § 94 Absatz 1 findet Anwendung.</p> <p>(3) Pfarrerinnen und Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe können nicht in den Wartestand versetzt werden.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 14 Beendigung</b></p> <p>(1) Das Pfarrdienstverhältnis auf Probe endet in der Regel durch die Berufung in ein Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit.</p> <p>(2) Das Pfarrdienstverhältnis auf Probe wird außer durch Tod und durch Beendigung nach den §§ 97 bis 100 und § 102 durch Entlassung beendet, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Pfarrerin oder der Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe sich nicht im Sinne des § 16 Absatz 1 bewährt hat,</li> <li>2. im Laufe der Probezeit eine der Voraussetzungen für die Berufung nach § 9 Absatz 1 weggefallen ist, ohne dass ein Fall von § 13 Absatz 1 vorliegt,</li> <li>3. eine Amtspflichtverletzung vorliegt, die im Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit mindestens eine Kürzung der Bezüge zur Folge hätte,</li> <li>4. die Pfarrerin oder der Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Probe dienstunfähig ist und nicht in den Ruhestand versetzt wird,</li> </ol> |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>5. die Ordination versagt worden ist.</p> <p>(3) Das Pfarrdienstverhältnis auf Probe ist durch Entlassung zu beenden, wenn nicht innerhalb von vier Jahren nach Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit ein Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit begründet wird. Die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können abweichende Regelungen hierzu erlassen. Die Frist verlängert sich um die Dauer einer Beurlaubung, des Mutterschutzes und einer Inanspruchnahme von Elternzeit.</p> <p>(4) Bei einer Entlassung nach Absatz 2 Nummer 1, 2, 4 und 5 sowie nach Absatz 3 sind folgende Fristen einzuhalten:</p> <p>bei einem Probedienst von<br/>bis zu drei Monaten zwei Wochen zum Monatschluss,<br/>mehr als drei Monaten ein Monat zum Monatschluss,<br/>mehr als einem Jahr sechs Wochen zum Schluss eines Kalendervierteljahres,<br/>mehr als drei Jahren drei Monate zum Schluss des Kalendervierteljahres.</p> |  |  |
| <p><b>Kapitel 2 Anstellungsfähigkeit</b></p> <p><b>§ 15 Wesen der Anstellungsfähigkeit</b></p> <p>(1) Anstellungsfähigkeit ist die Fähigkeit, unter Berufung in ein Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit eine Stelle insbesondere in einer Kirchengemeinde übertragen zu bekommen.</p> <p>(2) Die Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit begründet keinen Anspruch auf Berufung in ein Pfarrdienstverhältnis.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 16 Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit</b></p> <p>(1) Die Anstellungsfähigkeit wird von den Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen nur Bewerberinnen und Bewerbern zuerkannt, die</p> <p>1. die vorgeschriebene wissenschaftliche und praktische Ausbildung für den Pfarrdienst erfolgreich ab-</p>  |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>solviert haben,</p> <p>2. die Voraussetzungen für die Ordination (§ 4 Absatz 1) erfüllen,</p> <p>3. die Voraussetzungen des § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 7 für die Berufung in das Pfarrdienstverhältnis auf Probe erfüllen und</p> <p>4. sich im Pfarrdienst, insbesondere in der selbständigen und eigenverantwortlichen Wahrnehmung pfarrdienstlicher Aufgaben, in vollem Umfang bewährt haben.</p> <p>In der Regel wird die Bewährung im Pfarrdienstverhältnis auf Probe nachgewiesen.</p> <p>(2) Die Anstellungsfähigkeit kann abweichend von Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 aufgrund einer anderen Ausbildung erworben werden, wenn die übrigen Voraussetzungen der Anstellungsfähigkeit erfüllt sind und die andere Ausbildung der in den geltenden Kirchengesetzen über die Ausbildung zum Pfarrdienst vorgeschriebenen wissenschaftlichen und praktischen Ausbildung gleichwertig ist.</p> <p>(3) Absatz 2 gilt insbesondere für Hochschullehrerinnen und -lehrer der evangelischen Theologie, denen die Anstellungsfähigkeit nicht bereits gemäß § 16 Absatz 1 zuerkannt wurde, aber die die übrigen Voraussetzungen der Anstellungsfähigkeit erfüllen. Von dem Nachweis einer praktischen Ausbildung kann in Ausnahmefällen abgesehen werden.</p> <p>(4) Theologinnen und Theologen aus nicht zur Evangelischen Kirche in Deutschland gehörenden evangelischen Kirchen, die die Voraussetzungen der Anstellungsfähigkeit mit Ausnahme der Anforderungen zur praktischen Ausbildung (Absatz 1 Satz 1 Nummer 1) und zur Bewährung im Pfarrdienst (Absatz 1 Satz 1 Nummer 4) erfüllen, kann die Anstellungsfähigkeit nach angemessener Vorbereitung und aufgrund eines Kolloquiums zuerkannt werden.</p> <p>(5) Theologinnen und Theologen aus nicht zur Evangelischen Kirche in Deutschland gehörenden evangelischen Kirchen, die die Voraussetzungen der An-</p> |  |  |
|---|--|--|

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>stellungsfähigkeit mit Ausnahme der Anforderungen zur wissenschaftlichen Ausbildung erfüllen, kann die Anstellungsfähigkeit zuerkannt werden, nachdem sie den nachträglichen Erwerb ausreichender wissenschaftlicher Bildung durch eine Prüfung nachgewiesen haben.</p> <p>(6) Theologinnen und Theologen, die aus einer nichtevangelischen Kirche zur evangelischen Kirche übergetreten sind, kann die Anstellungsfähigkeit nach angemessener Probezeit und aufgrund einer besonderen Prüfung zuerkannt werden, sofern die Voraussetzungen der Anstellungsfähigkeit, insbesondere der vorgeschriebenen wissenschaftlichen Ausbildung erfüllt sind.</p> |  |  |
| <p><b>§ 17 Anerkennung der Anstellungsfähigkeit</b></p> <p>(1) Die im Geltungsbereich dieses Kirchengesetzes nach § 16 Absatz 1 zuerkannte Anstellungsfähigkeit wird von der Evangelischen Kirche in Deutschland, den Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen anerkannt.</p> <p>(2) Liegt der Anstellungsfähigkeit eine Entscheidung nach § 16 Absatz 2 bis 6 zugrunde, so können die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse sie allgemein oder im Einzelfall anerkennen.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 18 Verlust, erneute Zuerkennung</b></p> <p>(1) Die Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit kann, solange ein Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit nicht begründet worden ist, zurückgenommen werden, wenn Tatsachen bekannt werden, deren Kenntnis der getroffenen Entscheidung entgegengestanden hätte.</p> <p>(2) Sind seit der Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit mehr als fünf Jahre vergangen, ohne dass ein geordneter kirchlicher Dienst übertragen worden ist, so kann das Fortbestehen der Anstellungsfähigkeit vom Ausgang eines Kolloquiums oder einer anderen Überprüfung abhängig gemacht werden. Hiervon</p>                          |  |  |

|   |   |  |
|---|---|--|
| <p>kann abgesehen werden, wenn das Amt der öffentlichen Wortverkündigung regelmäßig ehrenamtlich ausgeübt wurde. Zuständig für die Durchführung des Kolloquiums und die Entscheidung über einen Widerruf der Anstellungsfähigkeit ist die Gliedkirche, bei der ein Pfarrdienstverhältnis begründet werden soll. Sie widerruft die Anstellungsfähigkeit nicht gegen den Widerspruch der Gliedkirche, die die Anstellungsfähigkeit zuerkannt hat.</p> <p>(3) Mit dem Verlust der Anstellungsfähigkeit verliert die Pfarrerin oder der Pfarrer vorbehaltlich der Regelung des § 5 Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung.</p> <p>(4) Werden Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung gemäß § 6 erneut anvertraut, so kann damit die erneute Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit verbunden werden.</p>   |   |  |
| <p><b>Teil 4 Begründung des Pfarrdienstverhältnisses</b></p> <p><b>§ 19 Voraussetzungen</b></p> <p>(1) In ein Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit kann berufen werden, wer</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die in § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 7 genannten Voraussetzungen erfüllt; § 9 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt,</li> <li>2. im Sinne von § 7 unbeschadet des § 118 Absatz 2 ordiniert ist,</li> <li>3. die Anstellungsfähigkeit nach diesem Kirchengesetz von einer Gliedkirche oder einem gliedkirchlichen Zusammenschluss erhalten hat und</li> <li>4. das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.</li> </ol> <p>In besonders begründeten Fällen kann von den Voraussetzungen des Satzes 1 Nummer 4 abgewichen werden. Ein besonders begründeter Fall liegt insbesondere vor, wenn das 40. Lebensjahr aufgrund Mutterschutz, Elternzeit oder Pflege von Angehörigen überschritten wurde.</p> <p>(2) Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen</p> | <p><b>§ 8. Begründung des Pfarrdienstverhältnisses, Höchstalter (Zu § 19 Absatz 1 PfdG.EKD).</b></p> <p>Abweichend von § 19 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 PfdG.EKD kann in das Pfarrdienstverhältnis auf Le-</p> |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>se können je für ihren Bereich ein höheres Höchstalter für die Aufnahme in das Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit festsetzen.</p>  | <p>benszeit berufen werden, wer das 45. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.</p> |  |
| <p><b>§ 20 Berufung</b><br/> (1) Das Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit wird durch die Berufung in das Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit begründet. Gleichzeitig erfolgt die Berufung zur Pfarrerin oder zum Pfarrer, wenn diese nicht bereits gemäß § 10 Absatz 1 erfolgt ist.<br/> (2) Die Berufung wird mit Aushändigung der Berufungsurkunde wirksam, wenn nicht in der Urkunde ausdrücklich ein späterer Zeitpunkt bestimmt ist. Eine Berufung auf einen zurückliegenden Zeitpunkt ist unzulässig und insoweit unwirksam.<br/> (3) Die Berufungsurkunde muss die Worte: "in das Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit berufen" enthalten.<br/> (4) Die Begründung des Pfarrdienstverhältnisses auf Lebenszeit ist in der Regel mit der erstmaligen Übertragung einer Stelle einer Anstellungskörperschaft im Sinne des § 25 Absatz 2 verbunden.<br/> (5) Die in das Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit berufenen Pfarrerinnen und Pfarrer werden in einem Gottesdienst eingeführt.</p> |  |  |
| <p><b>§ 21 Nichtigkeit der Berufung</b><br/> (1) Eine Berufung ist nichtig,<br/> 1. wenn sie nicht der in § 20 Absatz 3 vorgeschriebenen Form entspricht,<br/> 2. wenn sie von einer unzuständigen Stelle ausgesprochen wurde,<br/> 3. wenn die oder der Berufene nicht Mitglied der Evangelischen Kirche in Deutschland war,<br/> 4. wenn die oder der Berufene zur Zeit der Berufung ganz oder teilweise unter Betreuung stand oder<br/> 5. wenn die Ordination nicht vollzogen wurde. 13<br/> (2) Die Berufung ist von Anfang an als wirksam anzusehen, wenn<br/> 1. im Fall des Absatzes 1 Nummer 1 aus der Urkun-</p>  |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>de oder aus dem Akteninhalt eindeutig hervorgeht, dass die für die Berufung zuständige Stelle ein bestimmtes Pfarrdienstverhältnis begründen oder ein bestehendes Dienstverhältnis in ein solches anderer Art umwandeln wollte, für das die sonstigen Voraussetzungen vorliegen,</p> <p>2. im Fall des Absatzes 1 Nummer 2 die zuständige Stelle die Berufung rückwirkend bestätigt.</p> <p>(3) Sobald der Grund für die Nichtigkeit bekannt wird, ist er der berufenen Person mitzuteilen. Jede weitere Ausübung des Dienstes ist zu untersagen.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 22 Rücknahme der Berufung</b></p> <p>(1) Die Berufung ist mit Wirkung auch für die Vergangenheit zurückzunehmen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. sie durch Täuschung oder auf andere unredliche Weise herbeigeführt wurde,</li> <li>2. nicht bekannt war, dass die berufene Person ein Verbrechen oder ein Vergehen begangen hatte, das sie für die Berufung in das Pfarrdienstverhältnis unwürdig erscheinen lässt,</li> <li>3. im Zeitpunkt der Berufung die Fähigkeit zur Wahrnehmung kirchlicher oder öffentlicher Ämter nicht vorlag.</li> </ol> <p>(2) Die Berufung soll, soweit sie nicht bereits nach § 21 nichtig ist, zurückgenommen werden, wenn sie wegen Fehlens von Voraussetzungen zur Berufung nach § 19 Absatz 1 nicht ausgesprochen werden durfte oder wenn nicht bekannt war, dass die berufene Person in einem rechtlich geordneten Verfahren aus einem kirchlichen oder einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis entfernt worden war oder ihr die Versorgungsbezüge oder die mit der Ordination verliehenen Rechte aberkannt worden waren.</p> <p>(3) Die Berufung ist innerhalb von sechs Monaten nachdem die für die Berufung zuständige Stelle von dem Grund der Rücknahme Kenntnis erlangt hat, zurückzunehmen.</p> <p>(4) Sobald der Grund für die Rücknahme bekannt</p> |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>wird, ist er der berufenen Person mitzuteilen. Jede weitere Ausübung des Dienstes kann untersagt werden.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 23 Rechtsfolgen von Nichtigkeit und Rücknahme, Amtshandlungen</b></p> <p>(1) Die Nichtigkeit und die Rücknahme haben zur Folge, dass die Berufung von Anfang an unwirksam ist.</p> <p>(2) Die Feststellung der Nichtigkeit, die Rücknahme und die Untersagung der Dienstausbübung haben auf die Gültigkeit der bis dahin vollzogenen dienstlichen Handlungen keinen Einfluss. Die gezahlte Besoldung kann belassen werden.</p>  |  |  |
| <p><b>Teil 5 Amt und Rechtsstellung</b></p> <p><b>Kapitel 1 Wahrnehmung des Dienstes</b></p> <p><b>§ 24 Amtsführung</b></p> <p>(1) Pfarrerinnen und Pfarrer haben den Auftrag und das Recht, das Wort Gottes öffentlich zu verkündigen und die Sakramente zu verwalten. Sie sind berechtigt und verpflichtet zur Leitung des Gottesdienstes, zur Vornahme von Amtshandlungen, zur christlichen Unterweisung und zur Seelsorge.</p> <p>(2) Pfarrerinnen und Pfarrer sind in Gestaltung und Inhalt ihrer Verkündigung frei und nur an die Verpflichtungen aus der Ordination nach § 3 Absatz 2 und an die Ordnungen ihrer Kirche gebunden.</p> <p>(3) Pfarrerinnen und Pfarrer haben in ihrem dienstlichen und außerdienstlichen Verhalten erkennen zu lassen, dass sie dem anvertrauten Amt verpflichtet sind und dieses sie an die ganze Gemeinde weist. Sie berücksichtigen in ihrem Dienst die Vielfalt der Handlungsfelder und Erscheinungsformen, in denen sich der Auftrag der Kirche konkretisiert.</p> <p>(4) Pfarrerinnen und Pfarrer haben die ihnen obliegenden Pflichten mit vollem persönlichen Einsatz treu, uneigennützig und gewissenhaft zu erfüllen.</p> |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p><b>§ 25 Wahrnehmung des geordneten kirchlichen Dienstes</b></p> <p>(1) Pfarrerinnen und Pfarrer nehmen das Amt der öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung in einem gemeindlichen Auftrag, in einem allgemeinen kirchlichen Auftrag oder in einem kirchenleitenden Amt wahr.</p> <p>(2) Ein Auftrag ist nach Maßgabe des Rechts der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse in der Regel mit einer Stelle verbunden. Anstellungskörperschaften, bei denen Stellen errichtet werden, können neben den in § 2 Absatz 1 genannten Dienstherren Kirchengemeinden und andere juristische Personen sein, über die die Evangelische Kirche in Deutschland, eine Gliedkirche oder ein gliedkirchlicher Zusammenschluss die Aufsicht führt.</p> <p>(3) Der Auftrag kann durch eine Dienstbeschreibung geregelt werden.</p> <p>(4) Pfarrerinnen und Pfarrer sind verpflichtet, über den mit einem Auftrag unmittelbar übertragenen Aufgabenbereich hinaus Vertretungen und andere zusätzliche Aufgaben zu übernehmen.</p> <p>(5) Für Inhaberinnen und Inhaber kirchenleitender Ämter, die in einem Pfarrdienstverhältnis stehen, können die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse je für ihren Bereich durch Kirchengesetz abweichende Regelungen treffen. Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse bestimmen je für ihren Bereich, wer ein kirchenleitendes Amt innehat.</p> | <p><b>§ 9. Wahrnehmung des geordneten kirchlichen Dienstes, Befristete Übertragung von Pfarrstellen (Zu § 25 Absatz 1 und 2 PfdG.EKD).</b></p> <p>(1) Die Übertragung eines Auftrags ist in der Regel nur mit einer im Stellenplan ausgewiesenen Stelle möglich oder im Ausnahmefall, wenn nachgewiesen wird, dass die Finanzierung für die Dauer des Auftrags gesichert ist.</p> <p>(2) Aufträge und übergemeindliche Pfarrstellen werden befristet übertragen.</p> <p>(3) Ist einer Pfarrerin oder einem Pfarrer eine Pfarrstelle oder eine andere Planstelle übertragen, die der Wahrnehmung übergemeindlicher Aufgaben dient, hat die Kirchenleitung spätestens ein Jahr vor Ablauf der Zeitdauer über eine Verlängerung zu beschließen und die Entscheidung der Pfarrerin oder dem Pfarrer unverzüglich mitzuteilen. Vor der Entscheidung hat das zuständige Leitungsorgan mit der Pfarrerin oder dem Pfarrer ein Gespräch zu führen, in dem die bisherige Tätigkeit der Pfarrerin oder des Pfarrers auszuwerten ist. Beschließt das zuständige Leitungsorgan die Fortsetzung der Tätigkeit, so kann die Kirchenleitung die Übertragung der Pfarrstelle oder Planstelle um die vorgesehene Zeitdauer verlängern. Nach der Vollendung des 60. Lebensjahrs verlängert sich die Übertragung bis zum Beginn des Ruhestandes. Eine Verlängerung kann nur mit Zustimmung der Pfarrerin oder des Pfarrers erfolgen. Wiederholung ist möglich.</p> <p>(4) Gemeindepfarrstellen werden für die Dauer von zehn Jahren übertragen. Eine Verlängerung ist möglich. Spätestens ein Jahr vor Ablauf der Zeitdauer hat die Kirchenleitung über eine Verlängerung zu beschließen und die Entscheidung der Pfarrerin oder dem Pfarrer unverzüglich mitzuteilen. Vor der Entscheidung sind die Pfarrerin oder der Pfarrer, der Kirchenvorstand, die Dekanin oder der Dekan und die Pröpstin oder der Propst anzuhören. Die Kirchen-</p> | <p><b>§ 9. Befristete Übertragung von übergemeindlichen Pfarrstellen/Bilanzierung gemeindlicher Pfarrstellen (Zu § 25 Absatz 1 und 2 PfdG.EKD).</b></p> <p><b>(4) Zehn Jahre nach der Übertragung einer gemeindlichen Pfarrstelle führt der Kirchenvorstand mit der Pfarrerin oder dem Pfarrer unter Leitung der Dekanin oder des Dekans ein Bilanzierungsgespräch, in welchem das Konzept der pastoralen Arbeit der Pfarrerin oder des Pfarrers im Blick auf die Anforderungen in der Gemeinde auszuwerten ist. In diesem Zusammenhang prüft die Dekanin oder der Dekan mit den Beteiligten, ob die</b></p> |
|--|--|--|

|   |   |  |
|---|---|--|
|   | <p>leitung kann aufgrund der Anhörung die Übertragung der gemeindlichen Pfarrstelle um fünf Jahre verlängern. Nach der Vollendung des 60. Lebensjahrs verlängert sich die Übertragung bis zum Beginn des Ruhestandes. Eine Verlängerung kann nur mit Zustimmung der Pfarrerin oder des Pfarrers erfolgen. Wiederholung ist möglich.</p> | <p><b>Pfarrerin oder der Pfarrer den Dienst weiter in der bisherigen Stelle fortsetzen oder ob ihr oder ihm ein Stellenwechsel empfohlen werden soll. Die Dekanin oder der Dekan spricht gegebenenfalls gegenüber der Pfarrerin oder dem Pfarrer die Empfehlung zum Stellenwechsel aus und unterrichtet darüber den Kirchenvorstand. Danach findet eine Bilanzierung jeweils nach weiteren 5 Jahren statt. (5) Absatz 4 findet erstmals Anwendung am 1. Januar 2014.</b></p> |
| <p><b>§ 26 Gesamtkirchliche Einbindung des Dienstes</b><br/> (1) Pfarrerninnen und Pfarrer werden in ihrem Dienst durch ihren Dienstherrn gefördert und begleitet. Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse stellen dafür geeignete Einrichtungen und den Dienst kirchlicher Leitungs- und Aufsichtsämter zur Verfügung. Pfarrerninnen und Pfarrer sind berechtigt und verpflichtet, diese Begleitung anzunehmen.<br/> (2) Pfarrerninnen und Pfarrer sind auf die Fürbitte, den Rat und die Hilfe der Gemeinde angewiesen. Pfarrerninnen und Pfarrer wirken mit allen in den Dienst der Kirche Gerufenen an der Erfüllung des kirchlichen Auftrages mit und tragen mit ihnen Verantwortung für diese Dienstgemeinschaft.<br/> (3) Pfarrerninnen und Pfarrer stehen als Ordinierte in einer Gemeinschaft untereinander. Sie sollen bereit sein, einander in Lehre, Dienst und Leben Rat und Hilfe zu geben und anzunehmen. Sie sind verpflichtet, regelmäßig am Pfarrkonvent und entsprechenden Einrichtungen teilzunehmen.<br/> (4) Pfarrerninnen und Pfarrer üben ihren Dienst in Verantwortung für die Einheit der Kirche und die ihr obliegenden Aufgaben aus. Sie haben insbesondere alles zu unterlassen, was den Zusammenhalt einer Gemeinde oder den Dienst anderer Ordinierter erschweren kann.<br/> (5) Pfarrerninnen und Pfarrer sollen Konflikten in der</p> |   |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>Wahrnehmung des Dienstes rechtzeitig mit geeigneten Mitteln begegnen. Hierzu kommen neben den Mitteln der Dienst- und Gemeindeaufsicht insbesondere Visitation, Mediation, Gemeindeberatung oder Supervision in Betracht.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 27 Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer</b><br/> (1) Der Dienst von Pfarrerinnen und Pfarrern, die eine gemeindliche Stelle innehaben oder einen anderen gemeindlichen Auftrag im Sinne des § 25 wahrnehmen (Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer) kann sich auf eine oder mehrere Kirchengemeinden, auf rechtlich geordnete Teile von Kirchengemeinden oder einen rechtlich geordneten Verbund mehrerer Kirchengemeinden beziehen.<br/> (2) Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer haben dafür Sorge zu tragen, dass der Zusammenhalt ihrer Gemeinde gestärkt und erhalten wird. Sie sind zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Leitungsorganen ihrer Gemeinde und ihrer Kirche verpflichtet. Ihr Dienst umfasst auch die Aufgaben, die sich aus der geordneten Zusammenarbeit einer Gemeinde mit anderen Gemeinden und Einrichtungen ergeben.<br/> (3) Sind in einer Gemeinde mehrere Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer tätig, so sind sie einander in der öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung gleichgestellt und in besonderer Weise zu vertrauensvoller Zusammenarbeit verpflichtet.<br/> (4) Die Gliedkirchen können bestimmen, dass die Erteilung von Religionsunterricht zum Auftrag der Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer gehört.</p> | <p><b>§ 10. Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer (Zu § 27 Absatz 4 PfdG.EKD).</b> Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer sind nach den Vorschriften der Verordnung über die Erteilung von nebenamtlichen Religionsunterricht an Schulen durch Pfarrerinnen und Pfarrer/Pfarrvikarinnen und Pfarrvikare in der jeweils geltenden Fassung verpflichtet nebenamtlichen Religionsunterricht zu erteilen.</p> |  |
| <p><b>§ 28 Parochialrecht</b><br/> (1) Amtshandlungen an Gliedern einer Kirchengemeinde</p>   |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>meinde werden von der zuständigen Pfarrerin oder dem zuständigen Pfarrer vorgenommen.</p> <p>(2) Gottesdienste und Amtshandlungen außerhalb des Bereichs der örtlichen Zuständigkeit einer Pfarrerin oder eines Pfarrers bedürfen der Genehmigung der örtlich zuständigen Stelle.</p> <p>(3) In Notfällen, insbesondere bei Todesgefahr, ist jede Pfarrerin und jeder Pfarrer zu Amtshandlungen unmittelbar berechtigt und verpflichtet. Sie haben darüber der zuständigen Pfarrerin oder dem zuständigen Pfarrer alsbald Mitteilung zu machen.</p> <p>(4) Das Nähere einschließlich möglicher Ausnahmen regeln die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 29 Amtsbezeichnungen</b></p> <p>(1) Die Amtsbezeichnung lautet "Pfarrerin" oder "Pfarrer". Pfarrerrinnen und Pfarrer im Ruhestand führen ihre letzte Amtsbezeichnung mit dem Zusatz "im Ruhestand" ("i. R.).</p> <p>(2) Bei Beendigung des Pfarrdienstverhältnisses erlischt das Recht zur Fortführung der Amtsbezeichnung, es sei denn, dass dieses Recht ausdrücklich belassen wird. In diesem Falle darf die bisherige Amtsbezeichnung nur mit dem Zusatz "außer Dienst" ("a. D.") geführt werden. Bei Verstößen gegen diese Vorschrift kann das Recht zur Fortführung der Amtsbezeichnung entzogen werden.</p> <p>(3) Endet ein kirchliches Leitungs- und Aufsichtsamt ohne gleichzeitigen Eintritt in den Ruhestand, so gilt Absatz 2 entsprechend.</p> |  |  |
| <p><b>Kapitel 2 Pflichten</b></p> <p><b>§ 30 Beichtgeheimnis und seelsorgliche Schweigepflicht</b></p> <p>(1) Pfarrerrinnen und Pfarrer sind verpflichtet, das Beichtgeheimnis gegenüber jedermann unverbrüchlich zu wahren.</p>   |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>(2) Pfarrerinnen und Pfarrer haben auch über alles zu schweigen, was ihnen in Ausübung der Seelsorge anvertraut worden oder bekannt geworden ist. Werden sie von der Person, die sich ihnen anvertraut hat, von der Schweigepflicht entbunden, sollen sie gleichwohl sorgfältig prüfen, ob und inwieweit sie Aussagen oder Mitteilungen verantworten können.</p> <p>(3) Soweit Pfarrerinnen und Pfarrern Nachteile aus der Pflicht zur Wahrung des Beichtgeheimnisses und der seelsorglichen Schweigepflicht entstehen, hat die Kirche ihnen und ihrer Familie Schutz und Fürsorge zu gewähren.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 31 Amtsverschwiegenheit</b></p> <p>(1) Pfarrerinnen und Pfarrer haben über alle Angelegenheiten, die ihnen in Ausübung ihres Dienstes bekannt geworden sind, Verschwiegenheit zu bewahren. Dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr oder von Tatsachen, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen, sofern nicht ein Vorbehalt ausdrücklich angeordnet oder vereinbart ist. Dies gilt auch über den Bereich eines Dienstherrn hinaus sowie nach Beginn des Ruhestandes und nach Beendigung des Pfarrdienstverhältnisses.</p> <p>(2) Pfarrerinnen und Pfarrer dürfen über Angelegenheiten, die nach Absatz 1 der Amtsverschwiegenheit unterliegen, ohne Genehmigung weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. Die Genehmigung kann versagt werden, wenn durch die Aussage besondere kirchliche Interessen gefährdet würden. Hat sich der Vorgang, der den Gegenstand der Äußerung bildet, bei einem früheren Dienstherrn ereignet, darf die Genehmigung nur mit dessen Zustimmung erteilt werden.</p> |  |  |
| <p><b>§ 32 Geschenke und Vorteile</b></p> <p>Pfarrerinnen und Pfarrern ist es mit Rücksicht auf ihre Unabhängigkeit und das Ansehen des Amtes untersagt,</p>  |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>1. Belohnungen, Geschenke, sonstige Zuwendungen oder Vorteile jedweder Art für sich oder ihre Angehörigen zu fordern, sich versprechen zu lassen oder anzunehmen,</p> <p>2. Belohnungen, Geschenke, sonstige Zuwendungen oder Vorteile für einen Dritten zu fordern, sich versprechen zu lassen oder anzunehmen, soweit dies bei ihnen oder ihren Angehörigen zu einem wirtschaftlichen oder sonstigen Vorteil führt.</p> <p>Die Nummern 1 und 2 gelten auch für erbrechtliche Begünstigungen.</p> <p>(2) Absatz 1 ist nicht anzuwenden</p> <p>1. für ortsübliche Sachzuwendungen geringen Umfangs,</p> <p>2. für Zuwendungen, die im Familien- und Freundeskreis üblich sind und keinen Bezug zum Dienst der Pfarrerin oder des Pfarrers haben,</p> <p>3. für Erbschaften oder Vermächnisse, soweit die Pfarrerin oder der Pfarrer zu den gesetzlichen Erben gehört.</p> <p>(3) In besonders begründeten Fällen kann der Dienstherr die Annahme von Zuwendungen im Sinne des Absatzes 1 genehmigen. Die Genehmigung ist vor der Annahme der Zuwendung einzuholen.</p> <p>(4) Wer gegen das in Absatz 1 genannte Verbot verstößt, hat auf Verlangen das aufgrund des pflichtwidrigen Verhaltens Erlangte dem Dienstherrn herauszugeben, soweit nicht im Strafverfahren der Verfall angeordnet worden oder es auf andere Weise auf den Staat übergegangen ist. Für den Umfang des Herausgabeanspruchs gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung entsprechend. Die Herausgabepflicht nach Satz 1 umfasst auch die Pflicht, dem Dienstherrn Auskunft über Art, Umfang und Verbleib des Erlangten zu geben.</p> <p>(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten auch nach Eintritt in den Ruhestand und Beendigung des Pfarrdienstverhältnisses.</p> |  |  |
|---|--|--|

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p><b>§ 33 Unterstützung von Vereinigungen</b><br/>Pfarrerinnen und Pfarrer dürfen einer Vereinigung nicht angehören oder sie auf andere Weise unterstützen, wenn sie dadurch in Widerspruch zu ihrem Amt treten oder in der Wahrnehmung ihres Dienstes wesentlich behindert werden.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 34 Verhalten im öffentlichen Leben</b><br/>Pfarrerinnen und Pfarrer haben durch ihren Dienst wie auch als Bürgerinnen und Bürger Anteil am öffentlichen Leben. Auch wenn sie sich politisch betätigen, müssen sie erkennen lassen, dass das anvertraute Amt sie an alle Gemeindeglieder weist und mit der ganzen Kirche verbindet. Sie haben die Grenzen zu beachten, die sich hieraus für Art und Maß ihres politischen Handelns ergeben.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 35 Mandatsbewerbung</b><br/>(1) Beabsichtigt eine Pfarrerin oder ein Pfarrer, sich um die Aufstellung als Kandidatin oder Kandidat für die Wahl zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag, zu einem gesetzgebenden Organ eines Bundeslandes oder zu einem kommunalen Amt oder Mandat zu bewerben, so ist diese Absicht unverzüglich, jedenfalls vor Annahme der Kandidatur, anzuzeigen. Die Pfarrerin oder der Pfarrer ist zur Mitteilung über Ausgang und Annahme der Wahl verpflichtet.<br/>(2) Pfarrern und Pfarrer, die als Kandidatinnen oder Kandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag oder zu einem gesetzgebenden Organ eines Bundeslandes aufgestellt worden sind, sind innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag und am Wahltag beurlaubt. Ein Verlust der Stelle tritt nicht ein. Eine Dienstwohnung kann weiter bewohnt werden. Im Übrigen gelten § 75 Absatz 1, 3 und 4 sowie § 76 Absatz 2 und 3.<br/>(3) Mit der Annahme der Wahl nach Absatz 2 ist die</p> |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>Pfarrerin oder der Pfarrer beurlaubt. Es gelten § 75 Absatz 1, 3 und 4 sowie § 76 Absatz 2 und 3. Eine Dienstwohnung ist zu räumen. Die Beurlaubung endet mit Ablauf der Wahlperiode oder mit einer vorzeitigen Beendigung des Mandats.</p> <p>(4) Während einer Beurlaubung nach den Absätzen 2 und 3 darf das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung nur im Einzelfall mit Genehmigung ausgeübt werden.</p> <p>(5) Für die Mandatsbewerbung und Mandatsausübung in einer kommunalen Vertretungskörperschaft oder in anderen als den in den Absätzen 2 bis 4 genannten politischen Ämtern gelten die Vorschriften des Bundesbeamtengesetzes entsprechend.</p> <p>(6) Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können je für ihren Bereich von den Absätzen 2, 3 und 5 abweichende Regelungen treffen.</p> |  |  |
| <p><b>§ 36 Amtskleidung</b><br/>Bei Gottesdiensten und Amtshandlungen wird die vorgeschriebene Amtskleidung getragen. Bei sonstigen Anlässen darf sie nur getragen werden, wenn dies dem Herkommen entspricht oder besonders angeordnet wird. Orden, Ehrenzeichen und Abzeichen dürfen zur Amtskleidung nicht getragen werden.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 37 Erreichbarkeit</b><br/>(1) Pfarrerinnen und Pfarrer müssen erreichbar sein und ihren Dienst innerhalb angemessener Zeit im Dienstbereich aufnehmen können.<br/>(2) Sind Pfarrerinnen und Pfarrer an der Erfüllung ihrer Dienstpflichten, insbesondere der Pflicht, erreichbar zu sein, gehindert, so haben sie dies unverzüglich anzuzeigen. Im Falle der Verhinderung aufgrund einer Krankheit kann ein ärztliches, amts- oder vertrauensärztliches Attest verlangt werden.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 38 Residenzpflicht, Dienstwohnung</b><br/>(1) Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer sind</p>   |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>verpflichtet, am Dienstsitz zu wohnen. Eine für sie bestimmte Dienstwohnung haben sie zu beziehen. Ausnahmen können in besonders begründeten Fällen genehmigt werden.</p> <p>(2) Pfarrerrinnen und Pfarrer mit einer allgemeinen kirchlichen Stelle oder einem allgemeinen kirchlichen Auftrag oder in einem kirchenleitenden Amt haben ihre Wohnung so zu nehmen, dass sie in der ordnungsgemäßen Wahrnehmung ihres Dienstes nicht beeinträchtigt werden. Sie können angewiesen werden, eine Dienstwohnung zu beziehen.</p> <p>(3) Pfarrerrinnen und Pfarrer, die eine Dienstwohnung bewohnen, dürfen Teile der Dienstwohnung nur mit Genehmigung an Dritte überlassen. Die Ausübung eines Gewerbes oder eines anderen Berufes in der Dienstwohnung bedarf, auch für die mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Personen, einer Genehmigung.</p> <p>(4) Wird das Pfarrdienstverhältnis beendet, so ist die Dienstwohnung in angemessener Frist zu räumen. Dies gilt bei Veränderungen des Pfarrdienstverhältnisses sinngemäß.</p> |  |  |
| <p><b>§ 39 Ehe und Familie</b></p> <p>(1) Pfarrerrinnen und Pfarrer sind auch in ihrer Lebensführung im familiären Zusammenleben und in ihrer Ehe an die Verpflichtungen aus der Ordination (§ 3 Absatz 2) gebunden. Hierfür sind Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und gegenseitige Verantwortung maßgebend.</p> <p>(2) Pfarrerrinnen und Pfarrer sollen sich bewusst sein, dass die Entscheidung für eine Ehepartnerin oder einen Ehepartner Auswirkungen auf ihren Dienst haben kann. Ehepartnerinnen und Ehepartner sollen evangelisch sein. Sie müssen einer christlichen Kirche angehören; im Einzelfall kann eine Ausnahme zugelassen werden, wenn zu erwarten ist, dass die Wahrnehmung des Dienstes nicht beeinträchtigt wird.</p> <p>(3) Pfarrerrinnen und Pfarrer haben eine beabsichtig-</p>  |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>te Änderung ihres Personenstandes, eine kirchliche Trauung und andere wesentliche Änderungen in ihren persönlichen Lebensverhältnissen alsbald anzuzeigen. Sie haben die Auskünfte zu erteilen und die Unterlagen vorzulegen, die erforderlich sind, um die Auswirkungen auf den Dienst beurteilen zu können.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 40 Verwaltungsarbeit</b><br/>Pfarrerinnen und Pfarrer haben die ihnen obliegenden Aufgaben in der Verwaltung, der pfarramtlichen Geschäftsführung, der Kirchenbuchführung und in Vermögens- und Geldangelegenheiten sorgfältig zu erfüllen.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 41 Pflichten bei Beendigung eines Auftrages</b><br/>Pfarrerinnen und Pfarrer haben bei Beendigung eines Auftrages oder einer sonstigen ihnen übertragenen Aufgabe, sowie bei Beendigung des Pfarrdienstverhältnisses, die in ihrem Besitz befindlichen amtlichen Schriftstücke und Gegenstände jeder Art, insbesondere sämtliche Aufzeichnungen über dienstliche Vorgänge, auch soweit es sich um Wiedergaben handelt, sowie Kirchensiegel, Kirchenbücher, Kirchenakten, Kassenbücher und Vermögenswerte zu übergeben und über eine ihnen anvertraute Vermögensverwaltung Rechenschaft abzulegen. Die Pflicht zur Herausgabe gilt auch für ihre Hinterbliebenen und Erben.</p> |  |  |
| <p><b>§ 42 Fernbleiben vom Dienst, Verletzung der Pflicht zur Erreichbarkeit</b><br/>Nehmen Pfarrerinnen und Pfarrer schuldhaft ihren Dienst nicht wahr oder verletzen sie schuldhaft ihre Pflicht, erreichbar zu sein, so verlieren sie für die Dauer des Fernbleibens vom Dienst den Anspruch auf Dienstbezüge. Der Verlust der Dienstbezüge ist festzustellen und der Pfarrerin und dem Pfarrer mitzuteilen. Die Möglichkeit, ein Disziplinarverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 43 Mitteilungen in Strafsachen</b><br/>Pfarrerinnen und Pfarrer sind zur Mitteilung verpflicht-</p>  |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>tet, wenn in einem strafrechtlichen Verfahren Anklage gegen sie erhoben oder Strafbefehl erlassen wird. Sie haben das Ergebnis eines solchen Verfahrens anzuzeigen und die strafgerichtliche Entscheidung vorzulegen.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 44 Amtspflichtverletzung</b><br/> (1) Pfarrerrinnen und Pfarrer verletzen ihre Amtspflicht, wenn sie in ihrer Amts- oder Lebensführung innerhalb oder außerhalb des Dienstes schuldhaft gegen ihnen obliegende Pflichten verstoßen.<br/> (2) Die Rechtsfolgen der Amtspflichtverletzung und das Verfahren ihrer Feststellung richten sich nach dem Disziplinarrecht.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 45 Lehrpflichtverletzung</b><br/> (1) Nach Maßgabe des Rechts der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse findet im Falle einer Beanstandung der Lehre ein besonderes Verfahren statt. Verfahren und Rechtsfolgen werden durch Kirchengesetz geregelt.<br/> (2) Ordinierte in einem Dienstverhältnis zur Evangelischen Kirche in Deutschland unterstehen der Lehraufsicht der Kirche, die sie beurlaubt hat, hilfsweise der Kirche, in der sie ordiniert wurden.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 46 Schadensersatz</b><br/> (1) Verletzen Pfarrerrinnen und Pfarrer vorsätzlich oder grob fahrlässig ihnen obliegende Pflichten, so haben sie dem Dienstherrn den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Dasselbe gilt, wenn der Dienstherr einem anderen Schadensersatz zu leisten hat, weil eine Pfarrerrin oder ein Pfarrer die Amtspflicht verletzt hat.<br/> (2) Haben mehrere Pfarrerrinnen oder Pfarrer den Schaden gemeinsam verursacht, so haften sie gesamtschuldnerisch.<br/> (3) Leistet die Pfarrerrin oder der Pfarrer dem Dienstherrn Ersatz und hat dieser einen Ersatzanspruch gegen einen Dritten, so ist dieser Anspruch an die</p> |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>Pfarrerin oder den Pfarrer abzutreten.<br/> (4) Hat der Dienstherr Dritten Schadensersatz geleistet, gilt als Zeitpunkt, zu dem der Dienstherr Kenntnis im Sinne der Verjährungsvorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches erlangt, der Zeitpunkt, zu dem der Ersatzanspruch gegenüber Dritten vom Dienstherrn anerkannt oder dem Dienstherrn gegenüber rechtskräftig festgestellt wird.</p>  |  |  |
| <p><b>Kapitel 3 Rechte</b><br/> <b>§ 47 Recht auf Fürsorge</b><br/> (1) Pfarrerinnen und Pfarrer haben ein Recht auf Fürsorge für sich und ihre Familie. Sie sind gegen Behinderungen ihres Dienstes und ungerechtfertigte Angriffe auf ihre Person in Schutz zu nehmen.<br/> (2) Geschlecht, Abstammung, Rasse oder ethnische Herkunft dürfen sich bei dem beruflichen Fortkommen nicht nachteilig auswirken.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 48 Seelsorge</b><br/> Pfarrerinnen und Pfarrer haben Anspruch auf seelsorgliche Begleitung.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 49 Unterhalt</b><br/> (1) Pfarrerinnen und Pfarrer haben Anspruch auf angemessenen Unterhalt für sich und ihre Familie, insbesondere durch Gewährung von Besoldung und Versorgung sowie von Beihilfen in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen. Das Nähere sowie die Erstattung von Reise- und Umzugskosten regeln die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse je für ihren Bereich. Die Regelung der Besoldung und Versorgung bedarf eines Kirchengesetzes.<br/> (2) Pfarrerinnen und Pfarrer können, wenn gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist, Ansprüche auf Dienstbezüge nur insoweit abtreten, als sie der Pfändung unterliegen. Der Dienstherr kann ein Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrecht gegenüber Ansprüchen auf Dienstbezüge nur insoweit geltend machen, als sie pfändbar sind. Diese Einschränkung</p> |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| gilt nicht, soweit ein Anspruch auf Schadensersatz wegen vorsätzlicher unerlaubter Handlung besteht.   |  |  |
| <p><b>§ 50 Abtretung von Schadensersatzansprüchen</b></p> <p>(1) Werden Pfarrerinnen oder Pfarrer oder deren Angehörige körperlich verletzt oder getötet, so werden Leistungen, zu denen der Dienstherr während einer auf der Körperverletzung beruhenden Aufhebung der Dienstfähigkeit oder infolge der Körperverletzung oder der Tötung verpflichtet ist, nur gewährt, wenn gesetzliche Ansprüche gegen Dritte auf Schadensersatz wegen der Körperverletzung oder der Tötung bis zur Höhe der Leistung des Dienstherrn Zug um Zug abgetreten werden.</p> <p>(2) Nach Absatz 1 abgetretene Ansprüche dürfen nicht zum Nachteil der verletzten Person oder ihrer Hinterbliebenen geltend gemacht werden.</p> |  |  |
| <p><b>§ 51 Schäden bei Ausübung des Dienstes</b></p> <p>(1) Sind bei Ausübung des Dienstes, ohne dass ein Dienstunfall eingetreten ist, Kleidungsstücke oder sonstige Gegenstände, die üblicherweise bei Wahrnehmung des Dienstes mitgeführt werden, beschädigt oder zerstört worden oder abhanden gekommen, so kann gegen Abtretung etwaiger Ersatzansprüche Ersatz geleistet werden.</p> <p>(2) Ersatz wird nicht gewährt, wenn der Schaden durch ein vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten der Pfarrerin oder des Pfarrers herbeigeführt worden ist.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 52 Dienstfreier Tag</b></p> <p>Pfarrerinnen und Pfarrer sollen Gelegenheit haben, ihren Dienst unter Berücksichtigung der dienstlichen Belange so einzurichten, dass ein Tag in der Woche von dienstlichen Verpflichtungen frei bleibt. Die Pflicht, erreichbar zu sein, bleibt hiervon unberührt, wenn keine Vertretung gewährleistet ist.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 53 Erholungs- und Sonderurlaub</b></p> <p>(1) Pfarrerinnen und Pfarrern steht jährlich Erholungsurlaub unter Fortgewährung der Dienstbezüge</p>  |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>zu.</p> <p>(2) Pfarrern und Pfarrerinnen kann aus wichtigen Gründen Sonderurlaub gewährt werden.</p> <p>(3) Zur Mitarbeit in kirchlichen Organen benötigen Pfarrern und Pfarrerinnen keinen Urlaub. Hat die Mitarbeit zur Folge, dass sie ihre Pflicht, erreichbar zu sein, oder eine andere Dienstpflicht nicht wahrnehmen können, so haben sie dies vorher anzuzeigen.</p> <p>(4) Das Nähere einschließlich möglicher weiterer Gremien im Sinne des Absatzes 3 regeln die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse je für ihren Bereich durch Rechtsverordnung.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 54 Mutterschutz, Elternzeit, Arbeitsschutz, Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen</b></p> <p>(1) Die allgemeinen Vorschriften über Mutterschutz, Elternzeit, Arbeitsschutz, Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen sind anzuwenden, soweit diese unmittelbar gelten. Im Übrigen gelten die Regelungen für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte entsprechend, soweit sie nicht der Wahrnehmung gottesdienstlicher Aufgaben entgegenstehen und soweit nicht die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse je für ihren Bereich andere Regelungen treffen.</p> <p>(2) Wird während der Elternzeit kein Dienst oder Dienst mit weniger als der Hälfte eines vollen Dienstumfangs ausgeübt, so tritt ein Verlust der Stelle nicht ein, sofern diese Formen der Elternzeit insgesamt längstens für 18 Monate in Anspruch genommen werden. Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können je für ihren Bereich eine längere Frist bestimmen. Im Übrigen gelten § 69 Absatz 3 und 4, die §§ 72 und 73, § 74 Absatz 2 und die §§ 75 und 76 während der Elternzeit entsprechend.</p> <p>(3) Schwangerschaft, Mutterschutz, Elternzeit und</p> |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>Pflege von Angehörigen dürfen sich bei der Begründung eines Pfarrdienstverhältnisses und dem beruflichen Fortkommen nicht nachteilig auswirken. Das gilt auch für Behinderung, wenn nicht zwingende sachliche Gründe, insbesondere Gründe nach § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4, 6 und 7 vorliegen.</p> <p>(4) Pfarrerinnen und Pfarrer, die Elternzeit in Anspruch nehmen, erhalten Beihilfe in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen nach den Regelungen des § 75 Absatz 4.</p>   |  |  |
| <p><b>Kapitel 4 Begleitung des Dienstes, Aufsicht</b></p> <p><b>§ 55 Personalentwicklung und Fortbildung</b></p> <p>(1) Pfarrerinnen und Pfarrer sind berechtigt und verpflichtet, die für ihren Dienst erforderliche Kompetenz durch Teilnahme an Maßnahmen der Personalentwicklung und regelmäßige Fortbildung fortzuentwickeln.</p> <p>(2) Maßnahmen der Personalentwicklung sollen Pfarrerinnen und Pfarrer in ihrem Dienst würdigen und helfen, die für den Dienst erforderlichen Gaben zu entdecken, zu fördern und zu entwickeln. Im Rahmen der Personalentwicklung können insbesondere regelmäßige Gespräche nach einer festen Ordnung durchgeführt und verbindliche Vereinbarungen über Ziele der Arbeit und über Maßnahmen der Personalentwicklung getroffen werden.</p> <p>(3) Maßnahmen der Fortbildung sollen helfen, die für den Dienst erforderlichen Kenntnisse, Einsichten und Fertigkeiten fortzuentwickeln. Maßnahmen der Fortbildung sind insbesondere die theologische Arbeit im Pfarrkonvent, die Teilnahme an Fortbildungsangeboten und das Selbststudium.</p> | <p><b>§ 11. Personalentwicklung und Fortbildung (Zu §55 PfdG.EKD).</b> Pfarrerinnen und Pfarrer sind verpflichtet, an den Dekanatskonferenzen und den gesamtkirchlichen Pastoralkollegs teilzunehmen.</p> <p><b>--&gt; diese Verpflichtung war bis zur Neufassung der KO in Artikel 17 Absatz 5 KO normiert, sollte aber nach Auffassung des Kirchenordnungsausschusses nur noch im Pfarrdienstgesetz geregelt werden.</b></p> |  |
| <p><b>§ 56 Beurteilungen</b></p> <p>Pfarrerinnen und Pfarrer können nach Maßgabe des Rechts der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse beurteilt werden.</p>   |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p><b>§ 57 Visitation</b><br/>Pfarrerinnen und Pfarrer sind nach Maßgabe des Rechts der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse berechtigt und verpflichtet, sich zusammen mit der Gemeinde oder Einrichtung, in der sie Dienst tun, visitieren zu lassen und an der Visitation mitzuwirken.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 58 Dienstaufsicht</b><br/>(1) Die Dienstaufsicht soll sicherstellen, dass Pfarrerinnen und Pfarrer ihre Pflichten ordnungsgemäß erfüllen. Sie umfasst auch die Aufgabe, Pfarrerinnen und Pfarrer in ihrem Dienst zu unterstützen und Konflikten rechtzeitig durch geeignete Maßnahmen im Sinne des § 26 Absatz 5 zu begegnen.<br/>(2) Die mit der Dienstaufsicht Beauftragten können dienstliche Anordnungen treffen. Diese sind für die Pfarrerinnen und Pfarrer bindend.<br/>(3) Wer die Dienstaufsicht ausübt, hat darauf zu achten, dass das Handeln im Rahmen der Dienstaufsicht von der Seelsorge an Pfarrerinnen und Pfarrern unterschieden wird.</p> |  |  |
| <p><b>§ 59 Ersatzvornahme</b><br/>Vernachlässigen Pfarrerinnen oder Pfarrer ihre Dienstpflichten, so kann nach erfolgloser Mahnung und Fristsetzung die ersatzweise Erledigung rückständiger Arbeiten veranlasst werden. Bei Verschulden können ihnen die Kosten auferlegt werden.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 60 Vorläufige Untersagung der Dienstausbübung</b><br/>(1) Pfarrerinnen und Pfarrern kann die Ausübung des Dienstes aus wichtigen dienstlichen Interessen ganz oder teilweise untersagt werden. Das Verbot erlischt, wenn nicht bis zum Ablauf von drei Monaten gegen die Pfarrerin oder den Pfarrer ein Disziplinarverfahren oder ein auf Rücknahme der Berufung, auf Veränderung des Pfarrdienstverhältnisses oder auf Entlassung gerichtetes Verfahren eingeleitet worden ist.</p>   |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>(2) Die Möglichkeit, aufgrund anderer kirchengesetzlicher Vorschriften die Ausübung des Dienstes zu untersagen, bleibt unberührt.</p>   |  |  |
| <p><b>Kapitel 5 Personalakten</b></p> <p><b>§ 61 Personalaktenführung</b></p> <p>(1) Für jede Pfarrerin und jeden Pfarrer ist eine Personalakte zu führen. Sie ist vertraulich zu behandeln und vor unbefugter Einsicht zu schützen.</p> <p>(2) Zur Personalakte gehören alle Unterlagen, die die Pfarrerin oder den Pfarrer betreffen, soweit sie mit dem Pfarrdienstverhältnis in einem unmittelbaren inneren Zusammenhang stehen; hierzu gehören auch in Dateien gespeicherte, personenbezogene Daten (Personalaktendaten). Unterlagen, die besonderen, von der Person und dem Pfarrdienstverhältnis sachlich zu trennenden Zwecken dienen, insbesondere Prüfungsakten, sind nicht Bestandteil der Personalakten. Wird die Personalakte in Grund- und Teilakten gegliedert, so ist in die Grundakte ein vollständiges Verzeichnis aller Teilakten aufzunehmen. Ist die Führung von Nebenakten erforderlich, ist auch dies in der Grundakte zu vermerken.</p> <p>(3) Personalaktendaten dürfen nur für Zwecke der Personalverwaltung oder Personalwirtschaft verwendet werden. Soweit in diesem Kirchengesetz nicht etwas anderes bestimmt ist, richten sich Verarbeitung und Nutzung sowie Übermittlung der Personalaktendaten nach dem Kirchengesetz über den Datenschutz in der Evangelischen Kirche in Deutschland in der jeweils geltenden Fassung.</p> <p>(4) Pfarrerrinnen und Pfarrer sind zu Beschwerden, Behauptungen und Bewertungen, die für sie ungünstig sind oder ihnen nachteilig werden können, vor deren Aufnahme in die Personalakte zu hören; ihre Äußerungen sind zur Personalakte zu nehmen. Anonyme Schreiben dürfen nicht in die Personalakte aufgenommen werden.</p> <p>(5) Unterlagen über Beschwerden, Behauptungen</p> |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>und Bewertungen sind, falls sie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. sich als unbegründet oder falsch erwiesen haben, mit Zustimmung der Pfarrerin oder des Pfarrers unverzüglich aus der Personalakte zu entfernen und zu vernichten,</li> <li>2. für die Pfarrerin oder den Pfarrer ungünstig sind oder ihr oder ihm nachteilig werden können, auf eigenen Antrag nach drei Jahren zu entfernen und zu vernichten; dies gilt nicht für dienstliche Beurteilungen.</li> </ol> <p>Die Frist nach Satz 1 Nummer 2 wird durch neue Sachverhalte im Sinne dieser Vorschrift oder durch die Einleitung eines Straf-, Disziplinar- oder Lehrbeurkundungsverfahrens unterbrochen. Stellt sich der neue Vorwurf als unbegründet oder falsch heraus, gilt die Frist als nicht unterbrochen.</p> <p>(6) Mitteilungen in Strafsachen, soweit sie nicht Bestandteil einer Disziplinarakte sind, sowie Auskünfte aus dem Bundeszentralregister sind mit Zustimmung der Pfarrerin oder des Pfarrers nach drei Jahren zu entfernen und zu vernichten. Absatz 5 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.</p> |  |  |
| <p><b>§ 62 Einsichts- und Auskunftsrecht</b></p> <p>(1) Pfarrerrinnen und Pfarrer haben, auch nach Beendigung des Pfarrdienstverhältnisses, ein Recht auf Einsicht in ihre vollständige Personalakte. Dies gilt ebenso für die von ihnen beauftragten Angehörigen. Ihren Bevollmächtigten ist Einsicht zu gewähren, soweit dienstliche Interessen nicht entgegenstehen. Dies gilt auch für Hinterbliebene, Erbinnen und Erben, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird, und für deren Bevollmächtigte.</p> <p>(2) Pfarrerrinnen und Pfarrer haben ein Recht auf Einsicht auch in andere Schriftstücke, die personenbezogene Daten über sie enthalten und für ihr Pfarrdienstverhältnis verarbeitet oder genutzt werden, soweit kirchengesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist. Die Einsichtnahme ist unzulässig, wenn die Daten der Pfarrerrinnen und Pfarrer mit Daten</p>   |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>Dritter oder mit Daten, die nicht personenbezogen sind und deren Kenntnis die Wahrnehmung des kirchlichen Auftrages gefährden könnte, derart verbunden sind, dass ihre Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich ist. In diesem Fall ist den Pfarrerinnen und Pfarrern Auskunft zu erteilen. Das Recht auf Einsicht in die Ausbildungs- und Prüfungsakten regeln die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse je für ihren Bereich.</p> <p>(3) Die personalaktenführende Stelle bestimmt, wo die Einsicht gewährt wird. Soweit dienstliche Interessen nicht entgegenstehen, können auf Kosten der Pfarrerin oder des Pfarrers Kopien gefertigt werden.</p> <p>(4) Das Recht auf Auskunft steht dem Recht auf Einsicht gleich; insoweit gelten die Absätze 1 bis 3 entsprechend.</p> <p>(5) Kenntnisse, die durch Akteneinsicht erlangt sind, unterliegen der Amtsverschwiegenheit nach § 31.</p> <p>(6) Die Einsicht in Ermittlungsakten eines Disziplinarverfahrens und die Unterrichtung über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten für diese Akten regelt das Disziplinarrecht.</p> |  |  |
| <p><b>Kapitel 6 Nebentätigkeit</b></p> <p><b>§ 63 Nebentätigkeit, Grundsatz</b><br/>Pfarrerinnen und Pfarrer dürfen eine Nebentätigkeit (Nebenamt, Nebenbeschäftigung oder ein öffentliches oder kirchliches Ehrenamt) nur übernehmen, wenn dies mit ihrem Amt und mit der sorgfältigen Erfüllung ihrer Dienstpflichten vereinbar ist und kirchliche Interessen nicht entgegenstehen.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 64 Angeordnete Nebentätigkeiten</b><br/>(1) Pfarrerinnen und Pfarrer sind verpflichtet, nach Maßgabe des für sie geltenden Rechts der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse auf Verlangen der zuständigen oder vorgesetzten aufsichtfüh-</p>  | <p><b>§ 12. Angeordnete Nebentätigkeit (Zu § 64 Absatz 1 PfdG.EKD).</b> (1) Pfarrerinnen und Pfarrer sind verpflichtet, auf Verlangen der oder des Dienstvorsetzten oder der obersten Dienstbehörde eine Nebentätigkeit im kirchlichen Interesse auch ohne</p> |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>den Personen oder Stellen eine Nebentätigkeit im kirchlichen Interesse auch ohne Vergütung zu übernehmen, soweit sie die erforderliche Eignung dafür besitzen und ihnen die Übernahme zugemutet werden kann.</p> <p>(2) Mit dem Beginn des Ruhestandes oder des Wartestandes oder mit der Beendigung des Pfarrdienstverhältnisses endet eine Nebentätigkeit nach Absatz 1, wenn im Einzelfall nicht etwas anderes bestimmt wird.</p> <p>(3) Pfarrerrinnen und Pfarrer, die aus einer auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung übernommenen Tätigkeit in einem Leitungs- oder Aufsichtsorgan einer juristischen Person haftbar gemacht werden, haben Anspruch auf Ersatz eines ihnen entstandenen Schadens. Ist der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden, so besteht ein Ersatzanspruch nur dann, wenn die Pfarrerin oder der Pfarrer auf Verlangen einer Person oder einer Stelle gehandelt hat, die die Dienstaufsicht ausübt.</p> | <p>Vergütung zu übernehmen, soweit sie die erforderliche Eignung dafür besitzen und die Übernahme ihnen zugemutet werden kann.</p> <p>(2) Mit dem Beginn des Ruhestandes oder des Wartestandes oder mit der Beendigung des Pfarrdienstverhältnisses endet die Nebentätigkeit nach Absatz 1, wenn im Einzelfall nichts anderes bestimmt wird.</p> |  |
| <p><b>§ 65 Genehmigungspflichtige Nebentätigkeiten</b></p> <p>(1) Die Übernahme einer Nebentätigkeit bedarf der Genehmigung. Die Genehmigung kann bedingt, befristet, widerruflich oder mit Auflagen erteilt werden. Jede wesentliche Änderung der Nebentätigkeit ist unverzüglich anzuzeigen.</p> <p>(2) Die Genehmigung ist zu versagen oder zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen des § 63 nicht oder nicht mehr vorliegen. Ein Versagungs- oder Widerrufsgrund liegt insbesondere vor, wenn zu besorgen ist, dass die Nebentätigkeit geeignet ist,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. nach Art und Umfang die Pfarrerin oder den Pfarrer so stark in Anspruch zu nehmen, dass die sorgfältige Erfüllung der Dienstpflichten behindert werden kann,</li> <li>2. die Pfarrerin oder den Pfarrer in einen Widerstreit mit den Dienstpflichten zu bringen,</li> <li>3. das Ansehen der Kirche oder des Amtes zu beein-</li> </ol>                    |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| trächtigen.   |  |  |
| <p><b>§ 66 Genehmigungsfreie Nebentätigkeiten</b></p> <p>(1) Keiner Genehmigung und keiner Anzeige bedürfen folgende Nebentätigkeiten:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die unentgeltliche Vormundschaft, Betreuung oder Pflegschaft bei Angehörigen,</li> <li>2. eine Testamentsvollstreckung nach dem Tod von Angehörigen,</li> <li>3. die Verwaltung eigenen oder der Nutznießung der Pfarrerin oder des Pfarrers unterliegenden Vermögens,</li> <li>4. die Tätigkeit in Pfarrvereinen oder anderen Berufsverbänden,</li> <li>5. die Übernahme von Ehrenämtern,</li> <li>6. eine nur gelegentlich ausgeübte schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische oder Vortragstätigkeit,</li> <li>7. eine nur gelegentlich ausgeübte selbständige Gutachtertätigkeit.</li> </ol> <p>(2) Keiner Genehmigung, aber einer Anzeige bedürfen Nebentätigkeiten nach Absatz 1 Nummer 6 und 7, wenn sie nicht nur gelegentlich ausgeübt werden.</p> <p>(3) Aus begründetem Anlass kann verlangt werden, dass die Pfarrerin oder der Pfarrer über eine Nebentätigkeit nach Absatz 1 oder 2, insbesondere über deren Art und Umfang, schriftlich Auskunft erteilt.</p> <p>(4) Die Übernahme oder Fortführung einer Nebentätigkeit nach Absatz 1 und 2 ist zu untersagen, wenn ein Versagungsgrund nach § 65 Absatz 2 gegeben ist. Sofern es zur sachgerechten und sorgfältigen Erfüllung der Dienstpflichten erforderlich ist, kann die Nebentätigkeit auch bedingt, befristet, widerruflich oder unter Auflagen gestattet werden. Die Ausübung eines kirchlichen Ehrenamtes darf nicht aus Gründen der kirchenpolitischen Einflussnahme untersagt werden.</p> |  |  |
| <p><b>§ 67 Rechtsverordnung über Nebentätigkeiten</b></p> <p>Die zur Ausführung der §§ 63 bis 66 notwendigen</p>  |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>Regelungen können die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse je für ihren Bereich durch Rechtsverordnung treffen. In der Rechtsverordnung kann insbesondere bestimmt werden,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. ob und inwieweit Pfarrern und Pfarrer mit Bezügen verpflichtet sind, die Vergütungen aus Nebentätigkeiten ganz oder teilweise abzuführen;</li> <li>2. dass Pfarrern und Pfarrer unverzüglich nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres eine Abrechnung über die Vergütungen und geldwerten Vorteile aus Nebentätigkeiten vorzulegen haben;</li> <li>3. unter welchen Voraussetzungen Pfarrern und Pfarrer zur Ausübung von Nebentätigkeiten für dienstliche Zwecke bestimmte Einrichtungen, Personal oder Material in Anspruch nehmen dürfen und in welcher Höhe ein Entgelt hierfür zu entrichten ist.</li> </ol> |  |  |
| <p><b>Teil 6 Veränderungen des Pfarrdienstverhältnisses</b></p> <p><b>Kapitel 1 Beurlaubung und Teildienst</b></p> <p><b>§ 68 Beurlaubung und Teildienst</b></p> <p>(1) Pfarrern und Pfarrer können nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen auf ihren Antrag ohne Besoldung von der Pflicht zur Dienstleistung ganz freigestellt werden (Beurlaubung).</p> <p>(2) Der Dienstumfang kann auf Antrag der Pfarrern oder des Pfarrers nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen bei entsprechender Kürzung der Besoldung bis zur Hälfte des Umfanges eines uneingeschränkten Dienstes ermäßigt werden (Teildienst).</p> <p>(3) Nach Maßgabe der Stellenplanung der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen kann der Dienstumfang auf Antrag der Pfarrern oder des Pfarrers im kirchlichen Interesse für begrenzte Zeit unter</p>           |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>das nach Absatz 2 zulässige Mindestmaß ermäßigt werden (unterhältiger Teildienst).</p>   |  |  |
| <p><b>§ 69 Beurlaubung und Teildienst aus familiären Gründen</b></p> <p>(1) Pfarrerrinnen und Pfarrer sind, soweit besondere kirchliche oder dienstliche Interessen nicht entgegenstehen, auf Antrag zu beurlauben, wenn sie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. mindestens ein Kind unter achtzehn Jahren oder</li> <li>2. nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftige sonstige Angehörige</li> </ol> <p>tatsächlich betreuen oder pflegen. Unter denselben Voraussetzungen ist Teildienst zu bewilligen.</p> <p>(2) Die Beurlaubung nach Absatz 1 darf, auch wenn sie mehrfach gewährt wird, auch in Verbindung mit einer Beurlaubung nach § 71 und unterhältigem Teildienst die Dauer von fünf-zehn Jahren nicht überschreiten.</p> <p>(3) Auf Antrag der Pfarrerrin oder des Pfarrers soll die Beurlaubung widerrufen oder der Teildienst geändert werden, wenn die Beurlaubung oder der Teildienst im bisherigen Umfang nicht mehr zugemutet werden kann und dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Soweit zwingende kirchliche oder dienstliche Interessen dies erfordern, kann nachträglich die Dauer der Beurlaubung oder des Teildienstes beschränkt oder der Umfang des zu leistendes Teildienstes erhöht werden.</p> <p>(4) Während einer Beurlaubung nach Absatz 1 sollen die Verbindung zum Dienst und der berufliche Wiedereinstieg durch geeignete Maßnahmen erleichtert werden.</p> |  |  |
| <p><b>§ 70 Beurlaubung im kirchlichen Interesse</b></p> <p>(1) Pfarrerrinnen und Pfarrer können auf Antrag im kirchlichen Interesse beurlaubt werden.</p> <p>(2) Die Zeit der Beurlaubung kann nach Maßgabe des jeweils anwendbaren Versorgungsrechts als ruhegehaltfähige Dienstzeit angerechnet werden, sofern die Beurlaubung im Interesse des Dienstherrn liegt. Im Falle eines besonderen Interesses des</p>   |  |  |

|  |   |  |
|--|---|--|
| <p>Dienstherrn an der Beurlaubung kann die Besoldung belassen werden.</p> <p>(3) Die Beurlaubung soll auf Antrag widerrufen werden, wenn sie der Pfarrerin oder dem Pfarrer nicht mehr zugemutet werden kann und dienstliche Belange nicht entgegenstehen. Sie kann von Amts wegen aus kirchlichen oder dienstlichen Interessen beendet werden.</p>  |   |  |
| <p><b>§ 71 Beurlaubung und Teildienst aus anderen Gründen</b></p> <p>(1) Pfarrerrinnen und Pfarrer können auf Antrag</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bis zur Dauer von insgesamt sechs Jahren oder</li> <li>2. für einen Zeitraum, der sich bis zum Beginn des Ruhestandes erstrecken muss</li> </ol> <p>beurlaubt werden, soweit kirchliche oder dienstliche Interessen nicht entgegenstehen. Die Beurlaubung darf, auch in Verbindung mit einer Beurlaubung nach § 69 und unterhältigem Teildienst die Dauer von fünfzehn Jahren nicht überschreiten.</p> <p>(2) Pfarrerrinnen und Pfarrern kann auf Antrag Teildienst bewilligt werden, soweit kirchliche oder dienstliche Interessen nicht entgegenstehen. Soweit zwingende kirchliche oder dienstliche Interessen dies erfordern, kann nachträglich die Dauer der Beurlaubung oder des Teildienstes beschränkt oder der Umfang des zu leistendes Teildienstes erhöht werden.</p> <p>(3) Auf Antrag der Pfarrerin oder des Pfarrers soll die Beurlaubung widerrufen oder der Teildienst geändert werden, wenn die Beurlaubung oder der Teildienst im bisherigen Umfang nicht mehr zugemutet werden kann und dienstliche Belange nicht entgegenstehen.</p> <p>(4) Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können durch Kirchengesetz je für ihren Bereich Regelungen über den Altersteildienst und über eine Sabbatzeit treffen.</p> | <p><b>§ 13 Sabbatzeit (Zu § 71 Absatz 4 PfdG.EKD)</b> Der Teildienst kann auf Antrag der Pfarrerrinnen und Pfarrer über einen Zeitraum von bis zu sieben Jahren auch in der Weise bewilligt werden, dass der Teil, um den das Maß des Dienstes ermäßigt ist, zu einem zusammenhängenden Zeitraum zusammengefasst wird (Sabbatzeitregelung). Dem Antrag darf nur stattgegeben werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen und der Teildienst spätestens in dem Jahr endet, in dem die Pfarrerin oder der Pfarrer</p> |  |

|   |                               |  |
|---|-------------------------------|--|
|   | das 63. Lebensjahr vollendet. |  |
| <p><b>§ 72 Informationspflicht und Benachteiligungsverbot</b></p> <p>(1) Wird eine Beurlaubung oder ein Teildienst beantragt, so sind die Pfarrerinnen und Pfarrer schriftlich auf die sich daraus ergebenden Rechtsfolgen hinzuweisen.</p> <p>(2) Beurlaubung aus familiären Gründen und Teildienst dürfen sich bei dem beruflichen Fortkommen nicht nachteilig auswirken, wenn nicht zwingende sachliche Gründe vorliegen.</p>  |                               |  |
| <p><b>§ 73 Erwerbstätigkeit und Nebentätigkeit während einer Beurlaubung oder eines Teildienstes</b></p> <p>(1) Während einer Beurlaubung oder eines Teildienstes dürfen nur solche Nebentätigkeiten ausgeübt werden, die dem Zweck der Beurlaubung oder des Teildienstes nicht zuwiderlaufen.</p> <p>(2) Abweichend von den §§ 63 bis 67 bedürfen Nebentätigkeiten keiner Genehmigung; Erwerbstätigkeiten im Umfang von mindestens der Hälfte eines uneingeschränkten Dienstes sind genehmigungspflichtig.</p>   |                               |  |
| <p><b>§ 74 Verfahren</b></p> <p>(1) Beurlaubung und Teildienst beginnen, wenn kein anderer Zeitpunkt festgesetzt wird, mit dem Ablauf des Monats, in dem der Pfarrerin oder dem Pfarrer die Verfügung bekannt gegeben wird. Bei Pfarrerinnen und Pfarrern im Schul- und Hochschuldienst sollen der Beginn und das Ende einer Beurlaubung und eines Teildienstes oder eine Änderung derselben jeweils auf den Beginn und das Ende eines Schulhalbjahres oder eines Semesters festgesetzt werden.</p> <p>(2) Ein Antrag auf Verlängerung einer Beurlaubung oder eines Teildienstes soll spätestens drei Monate vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes gestellt werden.</p> |                               |  |
| <p><b>§ 75 Allgemeine Rechtsfolgen der Beurlaubung</b></p> <p>(1) Mit dem Beginn einer Beurlaubung verlieren die</p>  |                               |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>Pfarrerinnen und Pfarrer ihre Stelle oder ihren Auftrag im Sinne des § 25 und die damit verbundenen oder persönlich übertragenen Aufgaben. Bei kurzfristigen Beurlaubungen können Stelle oder Auftrag belassen werden. Die mit der Stelle verbundenen oder persönlich übertragenen Aufgaben können im Einzelfall ganz oder teilweise belassen werden. Die Rechte und Pflichten aus dem Pfarrdienstverhältnis, insbesondere Lebensführungs- und Verschwiegenheitspflichten, bleiben bestehen, soweit die Beurlaubung dem nicht entgegensteht. Alle Anwartschaften, die im Zeitpunkt der Beurlaubung erworben waren, bleiben gewahrt. Die besoldungs- und versorgungsrechtlichen Vorschriften über die Berücksichtigung von Zeiten einer Beurlaubung ohne Besoldung bleiben unberührt.</p> <p>(2) Mit der Beurlaubung ruhen die Rechte aus der Ordination im Sinne des § 5 Absatz 5 Satz 2, sofern nicht etwas anderes bestimmt wird.</p> <p>(3) Während einer Beurlaubung unterstehen Pfarrerinnen und Pfarrer der Lehr- und Disziplinaraufsicht der Kirche, die sie beurlaubt hat; sie sollen an Fortbildungsveranstaltungen und Maßnahmen der Personalentwicklung im Sinne des § 55 teilnehmen.</p> <p>(4) Während der Zeit der Beurlaubung aus familiären Gründen (§ 69) besteht Anspruch auf Beihilfe in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen in entsprechender Anwendung der Beihilferegelungen für Pfarrerinnen und Pfarrer mit Anspruch auf Besoldung. Dies gilt nicht, wenn die Pfarrerin oder der Pfarrer</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. berücksichtigungsfähiger Angehöriger einer beihilfeberechtigten Person wird oder</li><li>2. nach den Bestimmungen des Fünften Buches Sozialgesetzbuch über die Familienversicherung krankenversichert ist oder</li><li>3. einen Anspruch auf zusätzliche Leistungen bei Pflegezeit als Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch hat.</li></ol> |  |  |
|--|--|--|

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>Im Falle einer Beurlaubung nach § 70 Absatz 2 kann ein Anspruch auf Beihilfe in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen in entsprechender Anwendung der Beihilferegelungen für Pfarrerinnen und Pfarrer mit Anspruch auf Besoldung gewährt werden. Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können je für ihren Bereich von den Bestimmungen dieses Absatzes abweichende oder ergänzende Regelungen treffen.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 76 Beendigung der Beurlaubung und des Teildienstes</b></p> <p>(1) Die Beurlaubung endet mit Ablauf der festgelegten Dauer oder ihrem Widerruf.</p> <p>(2) Die Pfarrerin oder der Pfarrer ist verpflichtet, sich rechtzeitig vor Ablauf einer Beurlaubung oder eines Teildienstes um eine Stelle zu bewerben. Führt die Bewerbung vor dem Ende der Beurlaubung oder des Teildienstes nicht zum Erfolg, so soll unter Berücksichtigung des jeweiligen Stellenbesetzungsrechts von Amts wegen eine Stelle oder ein Auftrag im Sinne des § 25 übertragen werden.</p> <p>(3) Steht nach Ablauf einer Beurlaubung weder eine Stelle noch ein Auftrag zur Verfügung, so wird die Pfarrerin oder der Pfarrer in den Wartestand versetzt. Mit Zustimmung der Pfarrerin oder des Pfarrers kann anstelle einer Versetzung in den Wartestand die Beurlaubung um die Zeit bis zur Übertragung einer Stelle oder eines Auftrages verlängert werden.</p> |  |  |
| <p><b>Kapitel 2 Abordnung, Zuweisung, Versetzung, Umwandlung und Wartestand</b></p> <p><b>§ 77 Abordnung</b></p> <p>(1) Eine Abordnung ist die vorübergehende Übertragung einer der Ausbildung der Pfarrerin oder des Pfarrers entsprechenden Tätigkeit bei einer anderen Dienststelle desselben oder eines anderen Dienst-</p>   |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>herrn unter Beibehaltung der bisherigen Stelle oder des bisherigen Auftrages im Sinne des § 25. Die Abordnung erfolgt im dienstlichen Interesse. Sie kann ganz oder teilweise erfolgen.</p> <p>(2) Die Abordnung bedarf der Zustimmung der Pfarrerin oder des Pfarrers, wenn sie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. bei einer teilweisen Abordnung insgesamt länger als zwölf Monate dauert oder</li> <li>2. bei einer Abordnung im Ganzen insgesamt länger als sechs Monate dauert oder</li> <li>3. zu einem anderen Dienstherrn erfolgt.</li> </ol> <p>(3) Die Abordnung zu einem anderen Dienstherrn wird von dem abgebenden im Einverständnis mit dem aufnehmenden Dienstherrn verfügt. Das Einverständnis ist schriftlich zu erklären.</p> <p>(4) Für die abgeordneten Pfarrerinnen und Pfarrer sind die für den Bereich des aufnehmenden Dienstherrn geltenden Vorschriften über die Rechte und Pflichten der Pfarrerinnen und Pfarrer entsprechend anzuwenden mit Ausnahme der Regelungen über die Amtsbezeichnung (§ 29), die Zahlung von Bezügen, von Beihilfen in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen und von Versorgung (§ 49 Absatz 1).</p> |  |  |
| <p><b>§ 78 Zuweisung</b></p> <p>(1) Eine Zuweisung ist die befristete oder unbefristete Übertragung einer der Ausbildung der Pfarrerin oder des Pfarrers entsprechenden Tätigkeit bei einer Einrichtung oder einem Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereichs dieses Kirchengesetzes. Die Zuweisung kann ganz oder teilweise erfolgen. Die Rechtsstellung der Pfarrerin oder des Pfarrers bleibt unberührt.</p> <p>(2) Die Zuweisung erfolgt im kirchlichen Interesse. Sie bedarf der Zustimmung der Pfarrerin oder des Pfarrers.</p> <p>(3) Pfarrerinnen und Pfarrern mit einer Stelle oder einem Auftrag im Sinne des § 25 in einer Einrichtung, die ganz oder teilweise in eine privatrechtlich</p>   |  |  |

|  |   |  |
|--|---|--|
| <p>organisierte Einrichtung der Kirche oder der Diakonie umgebildet wird, kann auch ohne ihre Zustimmung im kirchlichen Interesse eine ihrer Ausbildung entsprechende Tätigkeit bei dieser Einrichtung zugewiesen werden.</p> <p>(4) Die Zuweisung endet mit Ablauf der festgelegten Dauer. Sie kann im dienstlichen oder kirchlichen Interesse beendet werden.</p> <p>(5) Bei einer Zuweisung von insgesamt nicht mehr als einem Jahr tritt ein Verlust der Stelle nur mit Zustimmung der Pfarrerin oder des Pfarrers ein. Im Übrigen gilt § 76 entsprechend.</p>   |   |  |
| <p><b>§ 79 Versetzung</b></p> <p>(1) Versetzung ist die Übertragung einer anderen Stelle oder eines anderen Auftrages im Sinne des § 25 unter Verlust der bisherigen Stelle oder des bisherigen Auftrages.</p> <p>(2) Pfarrfrauen und Pfarrer können um der Unabhängigkeit der Verkündigung willen nur versetzt werden, wenn sie sich um die andere Verwendung bewerben oder der Versetzung zustimmen oder wenn ein besonderes kirchliches Interesse an der Versetzung besteht. Ein besonderes kirchliches Interesse liegt insbesondere vor, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die befristete Übertragung einer Stelle oder eines Auftrages im Sinne des § 25 endet,</li> <li>2. die Wahrnehmung eines Aufsichtsamtes endet, das mit der bisherigen Stelle oder dem bisherigen Auftrag im Sinne des § 25 verbunden ist,</li> <li>3. aufgrund verbindlich beschlossener Stellenplanung ihre Stelle aufgehoben wird, unbesetzt sein oder einen anderen Dienstumfang erhalten soll, oder wenn ihr Dienstbereich neu geordnet wird,</li> <li>4. es zur Sicherung einer ordnungsgemäßen Gesamtbesetzung der Stellen im Bereich ihres Dienstherrn notwendig ist,</li> <li>5. in ihrer bisherigen Stelle oder ihrem bisherigen Auftrag eine nachhaltige Störung in der Wahrnehmung des Dienstes gemäß § 80 Absatz 1 und 2 fest-</li> </ol> | <p><b>§ 14. Versetzung (Zu § 79 Absatz 2 Satz 2 Ziffer 3 PfdG.EKD).</b></p> <p>Steht aufgrund verbindlich beschlossener Stellenplanung fest, dass ihre Stelle aufgehoben wird, unbesetzt sein oder einen anderen Dienstumfang erhalten soll, oder wenn ihr Dienstbereich neu geord-</p> |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>gestellt wird,<br/>6. sie wegen ihres Gesundheitszustandes in der Ausübung ihres bisherigen Dienstes wesentlich beeinträchtigt sind.<br/>(3) Pfarrerrinnen und Pfarrer mit einer allgemeinen kirchlichen Stelle oder einem allgemeinen kirchlichen Auftrag im Sinne des § 25 sowie Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer (§ 27), die keine Stelle innehaben, können über die in Absatz 2 genannten Gründe hinaus ohne ihre Zustimmung in eine andere Stelle oder einen anderen Auftrag versetzt werden, wenn dafür ein kirchliches Interesse besteht.<br/>(4) Sieht das Recht der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Gliedkirchen oder gliedkirchlichen Zusammenschlüsse vor, dass zwei Pfarrerrinnen oder Pfarrern, deren Dienstumfang jeweils eingeschränkt ist, gemeinsam eine Stelle übertragen werden kann, so kann, wenn das Pfarrdienstverhältnis einer beteiligten Person verändert wird oder endet, auch die andere beteiligte Person versetzt werden. Die §§ 83 bis 85 sind anwendbar.<br/>(5) Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können durch Kirchengesetz je für ihren Bereich von den Regelungen des Absatzes 2 Satz 2 Nummer 3 und 4 und des Absatzes 4 abweichen.</p> | <p>net wird, können Pfarrerrinnen und Pfarrer versetzt werden. Die Pfarrerrin oder der Pfarrer ist vorher zu hören.</p>  |  |
| <p><b>§ 80 Versetzungsvoraussetzungen und -verfahren</b><br/>(1) Eine nachhaltige Störung in der Wahrnehmung des Dienstes im Sinne des § 79 Absatz 2 Satz 2 Nummer 5 liegt vor, wenn die Erfüllung der dienstlichen oder der gemeindlichen Aufgaben nicht mehr gewährleistet ist. Das ist insbesondere der Fall, wenn das Verhältnis zwischen der Pfarrerrin oder dem Pfarrer und nicht unbeträchtlichen Teilen der Gemeinde zerrüttet ist oder das Vertrauensverhältnis zwischen der Pfarrerrin oder dem Pfarrer und dem Vertretungsorgan der Gemeinde zerstört ist und nicht erkennbar ist, dass das Vertretungsorgan rechts-</p>   | <p><b>§ 15. Versetzungsvoraussetzungen (Zu 80 PfdG.EKD).</b><br/>Die erforderlichen Erhebungen nach § 80 Absatz 2 PfdG.EKD werden durch die Kirchenverwaltung durchgeführt. Die Erhebungen können bei einer Gemeindepfarrerin oder einem Gemeindepfarrer nur durchgeführt werden, wenn mit der Pfarrerrin oder dem Pfarrer und der Kirchenvorstand ein geregelt Mediationsverfahren durchgeführt worden ist. Anzuhören sind die Pfarrerrin oder der Pfarrer, dem Kirchenvorstand oder das zuständige Leitungsorgan, die zuständige Dekanin oder der zuständige Dekan und die zuständige Pröpstin oder der zuständige</p> |  |

|   |         |  |
|---|---------|--|
| <p>missbräuchlich handelt. Die Gründe für die nachhaltige Störung müssen nicht im Verhalten oder in der Person der Pfarrerin oder des Pfarrers liegen.</p> <p>(2) Zur Feststellung der Voraussetzungen des Absatzes 1 werden die erforderlichen Erhebungen durchgeführt. Der Beginn der Erhebungen wird der Pfarrerin oder dem Pfarrer mitgeteilt. Sofern nicht ausnahmsweise etwas anderes angeordnet wird, nehmen Pfarrerrinnen und Pfarrer für die Dauer der Erhebungen den Dienst in der ihnen übertragenen Stelle oder in dem ihnen übertragenen Auftrag nicht wahr. Während dieser Zeit soll eine angemessene Aufgabe übertragen werden.</p> <p>(3) Zur Feststellung der Voraussetzungen des § 79 Absatz 2 Satz 2 Nummer 6 kann eine amts- oder vertrauensärztliche Untersuchung angeordnet werden. § 91 Absatz 3 und 5 gilt entsprechend.</p> <p>(4) Versetzungen zu einem anderen Dienstherrn bedürfen der Zustimmung der Pfarrerin oder des Pfarrers. Bei einem Wechsel des Dienstherrn wird die Versetzung von dem abgebenden im Einverständnis mit dem aufnehmenden Dienstherrn verfügt. Das Pfarrdienstverhältnis wird mit dem neuen Dienstherrn fortgesetzt; dieser tritt an die Stelle des bisherigen. Auf die Rechtsstellung der Versetzten sind die im Bereich des neuen Dienstherrn geltenden Vorschriften anzuwenden.</p> | Propst. |  |
| <p><b>§ 81 Regelmäßiger Stellenwechsel</b><br/>Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können durch Kirchengesetz ein besonderes Verfahren regeln, nach dem Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer (§ 27), die mindestens zehn Jahre in derselben Gemeinde tätig sind und das 57. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, versetzt werden können.</p>   |         |  |
| <p><b>§ 82 Umwandlung in ein Kirchenbeamtenverhältnis</b><br/>Das Pfarrdienstverhältnis kann mit Zustimmung der</p>   |         |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>PfarrerIn oder des Pfarrers in ein Kirchenbeamtenverhältnis umgewandelt werden, wenn ein dienstliches Interesse besteht. In diesem Fall wird das Pfarrdienstverhältnis als Kirchenbeamtenverhältnis fortgesetzt. Die Vorschriften über die Ordination (§§ 3 bis 7) und die daraus folgenden Rechte und Pflichten bleiben unberührt.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 83 Versetzung in den Wartestand</b><br/> (1) Wartestand ist die vorübergehende dienstrechtliche Stellung, in der einer PfarrerIn oder einem Pfarrer, ohne beurlaubt oder in den Ruhestand versetzt zu sein, weder eine Stelle noch ein anderer Auftrag im Sinne des § 25 übertragen ist.<br/> (2) Neben den anderen in diesem Kirchengesetz genannten Fällen werden PfarrerInnen und Pfarrer in den Wartestand versetzt, wenn eine Versetzung in eine andere Stelle in den Fällen des § 79 Absatz 2 Satz 2 Nummer 1 bis 3 und 5 nicht durchführbar ist. Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können durch Kirchengesetz je für ihren Bereich bestimmen, dass eine Versetzung in den Wartestand nur dann erfolgen darf, wenn weder eine Stelle noch ein Auftrag im Sinne des § 25 Absatz 2 übertragen werden kann.<br/> (3) Anstelle einer Versetzung nach § 79 Absatz 2 Satz 2 kann mit Zustimmung der PfarrerIn oder des Pfarrers eine Versetzung in den Wartestand erfolgen.</p> | <p><b>§ 16. Versetzung in den Wartestand (Zu § 83 Absatz 2 PfdG.EKD).</b><br/> Die Versetzung in den Wartestand darf nur erfolgen, wenn weder eine Stelle noch ein Auftrag im Sinne des § 25 Absatz 2 PfdG.EKD übertragen werden kann.</p> |  |
| <p><b>§ 84 Verfahren und Rechtsfolgen der Versetzung in den Wartestand</b><br/> (1) Die Verfügung über die Versetzung in den Wartestand ist der PfarrerIn oder dem Pfarrer zuzustellen. Sie kann bis zum Beginn des Wartestandes zurückgenommen werden.<br/> (2) Der Wartestand beginnt, wenn nicht in der Verfügung ein anderer Zeitpunkt bestimmt wird, mit dem Ende des Monats, in dem der PfarrerIn oder dem</p>   |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>Pfarrer die Versetzung in den Wartestand bekannt gegeben wird.</p> <p>(3) Während des Wartestandes besteht ein Anspruch auf Wartegeld nach Maßgabe der jeweils geltenden kirchengesetzlichen Bestimmungen.</p> <p>(4) Im Fall des Wartestandes gemäß § 83 Absatz 2 in Verbindung mit § 79 Absatz 2 Satz 2 Nummer 5 können Pfarrerinnen und Pfarrern im kirchlichen Interesse Beschränkungen in der Ausübung von Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung auferlegt werden. Es kann bestimmt werden, dass ihre Bewerbungen der vorherigen Genehmigung einer aufsichtführenden Stelle bedürfen.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 85 Verwendung nach Versetzung in den Wartestand</b></p> <p>(1) Pfarrerinnen und Pfarrer im Wartestand sind verpflichtet, sich um eine ihrer Ausbildung entsprechende Stelle oder einen ihrer Ausbildung entsprechenden Auftrag im Sinne des § 25 zu bewerben oder sich eine solche Stelle oder einen solchen Auftrag übertragen zu lassen. Sie können verpflichtet werden, sich in einer anderen Gliedkirche zu bewerben, wenn sie in dieser zur Bewerbung zugelassen worden sind.</p> <p>(2) Pfarrerinnen und Pfarrern im Wartestand kann jederzeit ein ihrer Ausbildung entsprechender, befristeter Auftrag zur Wahrnehmung dienstlicher Aufgaben erteilt werden (Wartestandsauftrag).</p> <p>(3) Kommen Pfarrerinnen und Pfarrer trotz Aufforderung ihrer Pflicht zur Bewerbung nach Absatz 1 nicht nach oder nehmen sie ihren Dienst nach Absatz 2 nicht wahr, so verlieren sie für diese Zeit den Anspruch auf Wartegeld und Dienstbezüge. Die Möglichkeit, ein Disziplinarverfahren einzuleiten, bleibt unberührt.</p> |  |  |
| <p><b>§ 86 Beendigung des Wartestandes</b><br/>Der Wartestand endet mit</p>  |  |  |

| <p>1. der erneuten Übertragung einer Stelle oder eines Auftrages im Sinne des § 25,<br/> 2. dem Eintritt oder der Versetzung in den Ruhestand oder<br/> 3. der Beendigung des Pfarrdienstverhältnisses.</p>  |             |                    |                    |              |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |
|--|-------------|--------------------|--------------------|--------------|------|-------|------|---|----|---|------|---|----|---|------|---|----|---|------|---|----|---|------|---|----|---|------|---|----|---|------|---|----|---|------|---|----|---|------|---|----|---|------|----|----|----|--|--|
| <p><b>Kapitel 3 Ruhestand</b></p> <p><b>§ 87 Eintritt in den Ruhestand</b></p> <p>(1) Pfarrerrinnen und Pfarrer treten mit dem Ende des Monats in den Ruhestand, in dem sie die Regelaltersgrenze erreichen. Sie erreichen die Regelaltersgrenze mit Vollendung des 67. Lebensjahres. Pfarrerrinnen und Pfarrer im Schul- oder Hochschuldienst treten mit Ablauf des Schulhalbjahres oder des Semesters in den Ruhestand, in dem sie die Regelaltersgrenze erreichen.</p> <p>(2) Pfarrerrinnen und Pfarrer, die vor dem 1. Januar 1947 geboren sind, erreichen die Regelaltersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres. Für Pfarrerrinnen und Pfarrer, die nach dem 31. Dezember 1946 geboren sind, wird diese Regelaltersgrenze wie folgt angehoben:</p> <table border="1" data-bbox="114 903 683 1385"> <thead> <tr> <th rowspan="2">Geburtsjahr</th> <th rowspan="2">Anhebung um Monate</th> <th colspan="2">Altersgrenze</th> </tr> <tr> <th>Jahr</th> <th>Monat</th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td>1947</td><td>1</td><td>65</td><td>1</td></tr> <tr><td>1948</td><td>2</td><td>65</td><td>2</td></tr> <tr><td>1949</td><td>3</td><td>65</td><td>3</td></tr> <tr><td>1950</td><td>4</td><td>65</td><td>4</td></tr> <tr><td>1951</td><td>5</td><td>65</td><td>5</td></tr> <tr><td>1952</td><td>6</td><td>65</td><td>6</td></tr> <tr><td>1953</td><td>7</td><td>65</td><td>7</td></tr> <tr><td>1954</td><td>8</td><td>65</td><td>8</td></tr> <tr><td>1955</td><td>9</td><td>65</td><td>9</td></tr> <tr><td>1956</td><td>10</td><td>65</td><td>10</td></tr> </tbody> </table> | Geburtsjahr | Anhebung um Monate | Altersgrenze       |              | Jahr | Monat | 1947 | 1 | 65 | 1 | 1948 | 2 | 65 | 2 | 1949 | 3 | 65 | 3 | 1950 | 4 | 65 | 4 | 1951 | 5 | 65 | 5 | 1952 | 6 | 65 | 6 | 1953 | 7 | 65 | 7 | 1954 | 8 | 65 | 8 | 1955 | 9 | 65 | 9 | 1956 | 10 | 65 | 10 |  |  |
| Geburtsjahr  |             |                    | Anhebung um Monate | Altersgrenze |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |
|  | Jahr        | Monat              |                    |              |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |
| 1947   | 1           | 65                 | 1                  |              |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |
| 1948   | 2           | 65                 | 2                  |              |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |
| 1949   | 3           | 65                 | 3                  |              |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |
| 1950   | 4           | 65                 | 4                  |              |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |
| 1951   | 5           | 65                 | 5                  |              |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |
| 1952   | 6           | 65                 | 6                  |              |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |
| 1953   | 7           | 65                 | 7                  |              |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |
| 1954   | 8           | 65                 | 8                  |              |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |
| 1955   | 9           | 65                 | 9                  |              |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |
| 1956   | 10          | 65                 | 10                 |              |      |       |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |   |    |   |      |    |    |    |  |  |

|   |    |    |    |  |  |
|---|----|----|----|--|--|
| 1957  | 11 | 65 | 11 |  |  |
| 1958  | 12 | 66 | 0  |  |  |
| 1959  | 14 | 66 | 2  |  |  |
| 1960  | 16 | 66 | 4  |  |  |
| 1961  | 18 | 66 | 6  |  |  |
| 1962  | 20 | 66 | 8  |  |  |
| 1963  | 22 | 66 | 10 |  |  |
| <p>(3) Die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können je für ihren Bereich durch Kirchengesetz eine abweichende Regelaltersgrenze festsetzen.</p> <p>(4) Wenn es im dienstlichen Interesse liegt, kann der Eintritt in den Ruhestand mit Zustimmung der Pfarrerin oder des Pfarrers um bis zu drei Jahren hinausgeschoben werden. Bei Pfarrerinnen und Pfarrern im Schul- und Hochschuldienst geschieht dies unter Berücksichtigung des Ablaufs des Schulhalbjahres oder des Semesters.</p>  |    |    |    |  |  |
| <p><b>§ 88 Ruhestand vor Erreichen der Regelaltersgrenze</b></p> <p>(1) Pfarrerinnen und Pfarrer können auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. sie das 63. Lebensjahr vollendet haben oder</li> <li>2. ihnen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch zuerkannt worden ist und sie das 62. Lebensjahr vollendet haben.</li> </ol> <p>(2) Pfarrerinnen oder Pfarrer, denen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch zuerkannt worden ist, und die vor dem 1. Januar 1952 geboren sind, können auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet haben. Für Pfarrerinnen und Pfarrer, denen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 im Sinne des</p> |    |    |    |  |  |

Neunten Buches Sozialgesetzbuch zuerkannt worden ist, und die nach dem 31. Dezember 1951 geboren sind, wird diese Altersgrenze wie folgt angehoben:

| Geburtsjahr<br>Geburtsmonat | Anhebung um Monate | Alte<br>Jahr |
|-----------------------------|--------------------|--------------|
| 1952                        |                    |              |
| Januar                      | 1                  | 60           |
| Februar                     | 2                  | 60           |
| März                        | 3                  | 60           |
| April                       | 4                  | 60           |
| Mai                         | 5                  | 60           |
| Juni-Dezember               | 6                  | 60           |
| 1953                        | 7                  | 60           |
| 1954                        | 8                  | 60           |
| 1955                        | 9                  | 60           |
| 1956                        | 10                 | 60           |
| 1957                        | 11                 | 60           |
| 1958                        | 12                 | 61           |
| 1959                        | 14                 | 61           |
| 1960                        | 16                 | 61           |
| 1961                        | 18                 | 61           |
| 1962                        | 20                 | 61           |
| 1963                        | 22                 | 61           |

(3) Die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können je für ihren Bereich durch Kirchengesetz Altersgrenzen festsetzen, die von den in den Absätzen 1 und 2 genannten Altersgrenzen abweichen.

(4) Pfarrerinnen und Pfarrer können auch in den Ru-

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>bestand versetzt werden, wenn aus Gründen, die in der Person oder in dem Verhalten der Pfarrerin oder des Pfarrers liegen, eine nachhaltige Störung in der Wahrnehmung des Dienstes gemäß § 80 Absatz 1 und 2 festgestellt wird und eine störungsfreie Wahrnehmung des Dienstes in einer anderen Stelle oder einem anderen Auftrag im Sinne des § 25 nicht erwartet werden kann.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 89 Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit, Verpflichtung zur Rehabilitation</b><br/> (1) Pfarrerrinnen und Pfarrer sind in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie wegen ihres körperlichen Zustands oder aus gesundheitlichen Gründen zur Erfüllung ihrer Dienstpflichten dauernd unfähig (dienstunfähig) sind. Dienstunfähigkeit kann auch dann angenommen werden, wenn wegen Krankheit innerhalb von sechs Monaten mehr als drei Monate kein Dienst geleistet wurde und keine Aussicht besteht, dass innerhalb weiterer sechs Monate wieder volle Dienstfähigkeit erlangt wird.<br/> (2) Pfarrerrinnen und Pfarrer sind zur Vermeidung einer drohenden Dienstunfähigkeit verpflichtet, an geeigneten und zumutbaren gesundheitlichen und beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen teilzunehmen.</p> |  |  |
| <p><b>§ 90 Begrenzte Dienstfähigkeit</b><br/> (1) Von der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit soll abgesehen werden, wenn die Pfarrerin oder der Pfarrer Dienst mit mindestens der Hälfte eines vollen Dienstumfangs ausüben kann (begrenzte Dienstfähigkeit). § 91 Absatz 1 bis 3 und 5 gilt entsprechend. Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können abweichende Regelungen erlassen.<br/> (2) Der Dienstumfang der Pfarrerin oder des Pfarrers ist entsprechend der begrenzten Dienstfähigkeit herabzusetzen.</p>  |  |  |

**§ 91 Verfahren bei Dienstunfähigkeit**

(1) Beantragt eine Pfarrerin oder ein Pfarrer die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit, so wird die Dienstunfähigkeit in der Regel aufgrund eines ärztlichen Gutachtens festgestellt, das die Pfarrerin oder den Pfarrer für dauernd unfähig hält, die Dienstpflichten zu erfüllen.

(2) Soll die Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit ohne Antrag erfolgen, so wird der Pfarrerin oder dem Pfarrer unter Angabe der Gründe mitgeteilt, dass eine Versetzung in den Ruhestand beabsichtigt ist. Die Pfarrerin oder der Pfarrer kann innerhalb eines Monats Einwendungen erheben. Nach Ablauf der Frist wird über die Versetzung in den Ruhestand entschieden. Während des Verfahrens kann angeordnet werden, dass die Pfarrerin oder der Pfarrer die Dienstgeschäfte ruhen lässt.

(3) Die Pfarrerin oder der Pfarrer kann verpflichtet werden, ein ärztliches Gutachten über die Dienstfähigkeit vorzulegen und sich, falls dies für erforderlich gehalten wird, ärztlich beobachten zu lassen.

(4) Entzieht sich die Pfarrerin oder der Pfarrer trotz zweimaliger schriftlicher Aufforderung ohne hinreichenden Grund der Verpflichtung, sich untersuchen oder beobachten zu lassen, so kann sie oder er so behandelt werden, als ob die Dienstunfähigkeit ärztlich bestätigt worden wäre. Die Besoldung wird mit dem Ende des Monats, in dem die Versetzung in den Ruhestand bekannt gegeben wird, einbehalten, soweit sie das Ruhegehalt übersteigt.

(5) Gutachten, Untersuchungen und Beobachtungen sollen, soweit nicht im Einzelfall die Dienstunfähigkeit zweifelsfrei feststeht, durch Vertrauens- oder Amtsärztinnen und -ärzte erfolgen, wenn nicht die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen oder gliedkirchlichen Zusammenschlüsse je für ihren Bereich etwas anderes bestimmt haben. Gutachten entfalten keine verbindliche Wirkung. Sie schließen die Erhebung weiterer Beweise nicht aus.

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p><b>§ 92 Versetzung aus dem Warte- in den Ruhestand</b></p> <p>(1) Pfarrerinnen und Pfarrer im Wartestand können mit ihrer Zustimmung jederzeit in den Ruhestand versetzt werden.</p> <p>(2) Pfarrerinnen und Pfarrer im Wartestand werden in den Ruhestand versetzt, wenn ihnen bis zum Ablauf von drei Jahren nach dem Beginn des Wartestandes nicht erneut eine Stelle oder ein Auftrag im Sinne des § 25 übertragen worden ist. Der Lauf der Frist ist gehemmt, solange ein Wartestandsauftrag gemäß § 85 Absatz 2 wahrgenommen wird.</p> <p>(3) Pfarrerinnen und Pfarrer im Wartestand können in den Ruhestand versetzt werden, wenn während des Wartestands neue Tatsachen festgestellt werden, die, aus Gründen, die in der Person oder in dem Verhalten der Pfarrerin oder des Pfarrers liegen, eine störungsfreie Wahrnehmung des Dienstes nicht erwarten lassen.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 93 Versetzung in den Ruhestand</b></p> <p>(1) Die Versetzung in den Ruhestand wird von der für die Berufung zuständigen Stelle verfügt. Im Rahmen einer Abordnung nach § 77 erfolgt die Versetzung in den Ruhestand durch den abordnenden Dienstherrn im Benehmen mit dem aufnehmenden Dienstherrn. Im Falle der Zuweisung nach § 78 wird das Einvernehmen mit der aufnehmenden Einrichtung oder dem aufnehmenden Dienstherrn hergestellt.</p> <p>(2) Die Verfügung ist der Pfarrerin oder dem Pfarrer zuzustellen. Sie kann bis zum Beginn des Ruhestandes zurückgenommen werden.</p> <p>(3) Soweit in der Verfügung nach Absatz 2 kein Zeitpunkt bestimmt ist, beginnt der Ruhestand, abgesehen von den Fällen des Ruhestandes auf Antrag nach § 88 Absatz 1 und 2 und des Ruhestandes wegen Dienstunfähigkeit nach § 89 mit dem Ende des Monats, in dem die Versetzung in den Ruhestand bekannt gegeben worden ist.</p> |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p><b>§ 94 Voraussetzungen und Rechtsfolgen des Ruhestandes</b></p> <p>(1) Eintritt und Versetzung in den Ruhestand setzen die Erfüllung einer versorgungsrechtlichen Wartezeit voraus, soweit kirchengesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist.</p> <p>(2) Mit Beginn des Ruhestandes endet die Pflicht der Pfarrerinnen und Pfarrer zur Dienstleistung. Sie scheiden aus ihrer Stelle oder ihrem Auftrag aus und verlieren sonstige übertragene kirchliche Aufgaben oder Funktionen, soweit sie nicht im Einzelfall vorübergehend belassen werden. Sie erhalten Versorgungsbezüge nach den jeweils geltenden kirchengesetzlichen Bestimmungen des Versorgungsrechts. Im Übrigen bleibt ihre Rechtsstellung erhalten.</p> <p>(3) Pfarrerinnen und Pfarrer im Ruhestand behalten Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung. Ihnen kann mit ihrer Zustimmung widerruflich ein pfarramtlicher oder ein anderer kirchlicher Dienst übertragen werden. Im kirchlichen Interesse können ihnen Beschränkungen in der Ausübung von Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung, insbesondere bei der Vornahme von Amtshandlungen, auferlegt werden.</p> <p>(4) Pfarrerinnen und Pfarrer im Ruhestand unterstehen weiterhin der Lehr- und Disziplinaraufsicht. Sie sind weiterhin zu einer amtsangemessenen Lebensführung verpflichtet. Sie haben insbesondere alles zu vermeiden, was den Zusammenhalt einer Gemeinde oder den Dienst anderer Ordinierte erschweren kann.</p> <p>(5) Abweichend von den §§ 63 bis 67 bedürfen Nebentätigkeiten keiner Genehmigung. Eine Nebentätigkeit kann unter den Voraussetzungen des § 65 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 untersagt werden.</p> |  |  |
| <p><b>§ 95 Wiederverwendung nach Versetzung in den Ruhestand</b></p> <p>(1) Pfarrerinnen und Pfarrern im Ruhestand kann</p>  |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>erneut eine ihrer Ausbildung entsprechende Stelle oder ein ihrer Ausbildung entsprechender Auftrag im Sinne des § 25 übertragen werden, wenn die Gründe für die Versetzung in den Ruhestand weggefallen sind. Sie sind auf Aufforderung verpflichtet, sich um eine Stelle zu bewerben und sich eine Stelle oder einen Auftrag übertragen zu lassen, wenn zu erwarten ist, dass sie den gesundheitlichen Anforderungen genügen werden. Sie erhalten Besoldung mindestens aus der Besoldungsgruppe ihrer letzten Verwendung.</p> <p>(2) Das Vorliegen der Dienstunfähigkeit kann in regelmäßigen Abständen überprüft werden. Zur Prüfung ihrer Dienstfähigkeit sind Pfarrerinnen und Pfarrer verpflichtet, sich nach Weisung ärztlich untersuchen zu lassen. § 91 Absatz 3 und 5 ist anzuwenden.</p> <p>(3) Pfarrerinnen und Pfarrer sind auf Weisung verpflichtet, zur Wiederherstellung ihrer Dienstfähigkeit an geeigneten und zumutbaren gesundheitlichen und beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen teilzunehmen.</p> |  |  |
| <p><b>Teil 7 Beendigung des Pfarrdienstverhältnisses</b></p> <p><b>§ 96 Beendigung</b><br/>Das Pfarrdienstverhältnis endet außer durch den Tod durch Entlassung oder Entfernung aus dem Dienst.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 97 Entlassung kraft Gesetzes</b></p> <p>(1) Pfarrerinnen und Pfarrer sind kraft Gesetzes entlassen, wenn sie</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die evangelische Kirche durch Austrittserklärung oder durch Übertritt zu einer anderen Religionsgemeinschaft verlassen oder</li> <li>2. nach § 5 Absatz 1 Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung verlieren oder</li> <li>3. den Dienst unter Umständen aufgeben, aus denen zu entnehmen ist, dass sie ihn nicht wieder aufneh-</li> </ol>  |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>men wollen oder</p> <p>4. den Dienst trotz Aufforderung durch den Dienstherrn nicht aufnehmen oder</p> <p>5. durch ihr Verhalten nach Ablauf einer Beurlaubung erkennen lassen, dass sie den Dienst nicht wieder aufnehmen wollen oder</p> <p>6. in ein öffentlich-rechtliches Amts- oder Dienstverhältnis zu einem anderen Dienstherrn treten, sofern kirchengesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist oder die für die Berufung zuständige Stelle keine andere Regelung trifft.</p> <p>(2) Die für die Berufung zuständige Stelle entscheidet darüber, ob die Voraussetzungen nach Absatz 1 vorliegen und stellt den Tag der Beendigung des Pfarrdienstverhältnisses fest.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 98 Entlassung wegen einer Straftat</b></p> <p>(1) Pfarrfrauen und Pfarrer sind kraft Gesetzes entlassen, wenn sie in einem ordentlichen Strafverfahren durch Urteil eines deutschen Gerichts wegen einer vorsätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden sind. Die Entlassung aus dem Dienst wird einen Monat nach amtlicher Kenntnis der disziplinaufsichtführenden Stelle von der Rechtskraft des strafgerichtlichen Urteils rechtswirksam, spätestens einen Monat nach Zugang der amtlichen Mitteilung bei der disziplinaufsichtführenden Stelle.</p> <p>(2) eine Entlassung nach Absatz 1 erfolgt nicht, wenn vor Ablauf der Frist nach Absatz 1 Satz 2 aus kirchlichem Interesse ein Disziplinarverfahren eingeleitet oder die Fortsetzung eines bereits eingeleiteten Disziplinarverfahrens beantragt oder beschlossen wird. Ein Anspruch auf Einleitung oder Fortsetzung eines Disziplinarverfahrens besteht nicht.</p> <p>(3) Wird ein Disziplinarverfahren eingeleitet oder fortgesetzt, so tritt die Pfarrerin oder der Pfarrer mit der Einleitung oder Fortsetzung dieses Verfahrens in den Wartestand.</p> <p>(4) Wird eine Entscheidung, durch die die Entlassung</p> |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>nach Absatz 1 bewirkt worden ist, in einem strafgerichtlichen Wiederaufnahmeverfahren rechtskräftig durch eine Entscheidung ersetzt, die diese Wirkungen nicht hat, so gilt das Pfarrdienstverhältnis als nicht unterbrochen. Der Pfarrerin oder dem Pfarrer wird, soweit möglich, die Rechtsstellung eingeräumt, die sie oder er ohne die aufgehobene Entscheidung hätte. Die Möglichkeit, aufgrund des im gerichtlichen Verfahren festgestellten Sachverhalts ein Disziplinarverfahren durchzuführen, bleibt unberührt.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 99 Entlassung ohne Antrag</b><br/> (1) Pfarrerrinnen und Pfarrer sind zu entlassen, wenn sie nicht in den Ruhestand versetzt werden können, weil eine versorgungsrechtliche Wartezeit nicht erfüllt ist.<br/> (2) Die Entlassung wird mit Ablauf des Monats, der auf den Monat folgt, in dem die Entlassungsverfügung zugestellt worden ist, wirksam.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 100 Entlassung auf Antrag</b><br/> (1) Pfarrerrinnen und Pfarrer sind zu entlassen, wenn sie gegenüber dem Dienstherrn schriftlich ihre Entlassung verlangen. Die Erklärung kann zurückgenommen werden, solange die Entlassungsverfügung noch nicht zugegangen ist.<br/> (2) Die Entlassung ist für den beantragten Zeitpunkt auszusprechen. Mit Rücksicht auf dienstliche Belange kann sie längstens drei Monate, bei Pfarrerrinnen und Pfarrern im Schul- und Hochschuldienst längstens bis zum Ablauf des Schulhalbjahres oder des Semesters, hinausgeschoben werden.<br/> (3) Der Pfarrerin oder dem Pfarrer kann mit der Entlassung die Möglichkeit eingeräumt werden, im Falle der erfolgreichen Bewerbung auf eine Stelle in das Pfarrdienstverhältnis zurückzukehren. Die Möglichkeit kann befristet werden. Sie ist zu widerrufen, wenn die für die Ausübung des pfarramtlichen Dienstes erforderlichen persönlichen Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind.</p> |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p><b>§ 101 Verfahren und Rechtsfolgen der Entlassung</b></p> <p>(1) Die Entlassung wird von der für die Berufung zuständigen Stelle verfügt. Sie wird mit dem in der Entlassungsverfügung angegebenen Zeitpunkt, jedoch frühestens mit ihrer Zustellung wirksam. In den Fällen der Entlassung nach § 98 wird der durch das Kirchengesetz bestimmte Zeitpunkt der Entlassung mitgeteilt.</p> <p>(2) Nach der Entlassung besteht kein Anspruch auf Besoldung, Versorgung oder sonstige Leistungen; die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können je für ihren Bereich etwas anderes bestimmen. Wird die Entlassung im Laufe eines Kalendermonats wirksam, so können die für den Entlassungsmonat gezahlten Dienstbezüge belassen werden.</p> <p>(3) Ein Unterhaltsbeitrag kann widerruflich, befristet oder unter Auflagen als laufende Zahlung oder als Einmalzahlung gewährt werden.</p> <p>(4) Mit der Entlassung verliert die Pfarrerin oder der Pfarrer vorbehaltlich der Regelungen der §§ 5 und 29 Absatz 2 Auftrag und Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung sowie das Recht zum Führen der Amtsbezeichnung und etwaiger kirchlicher Titel.</p> |  |  |
| <p><b>§ 102 Entfernung aus dem Dienst</b></p> <p>Die Entfernung aus dem Dienst wird durch das Disziplinarrecht geregelt.</p>  |  |  |
| <p><b>Teil 8 Rechtsschutz, Verfahren und Beteiligung der Pfarrerschaft</b></p> <p><b>§ 103 Verwaltungsverfahren</b></p> <p>Für die öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit nach diesem Kirchengesetz gelten ergänzend die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrens- und -zustellungsgesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland, soweit diese nicht zu den Bestimmun-</p>   |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>gen dieses Kirchengesetzes in Widerspruch stehen oder soweit nicht in diesem Kirchengesetz oder anderen Kirchengesetzen der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse etwas anderes bestimmt ist.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 104 Allgemeines Beschwerde- und Antragsrecht</b><br/> (1) Pfarrerrinnen und Pfarrer können Anträge und Beschwerden vorbringen. Hierbei ist der Dienstweg einzuhalten.<br/> (2) Richtet sich die Beschwerde gegen die unmittelbare Vorgesetzte oder den unmittelbaren Vorgesetzten, so kann sie unmittelbar bei der nächsthöheren vorgesetzten Stelle eingereicht werden.<br/> (3) Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 105 Rechtsweg, Vorverfahren</b><br/> (1) Bei Rechtsstreitigkeiten aus dem Pfarrdienstverhältnis ist nach Maßgabe des in der Evangelischen Kirche in Deutschland, den Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen jeweils geltenden Rechts der Rechtsweg zu den kirchlichen Verwaltungsgerichten eröffnet.<br/> (2) Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse regeln je für ihren Bereich, ob vor Eröffnung des Rechtswegs ein Vorverfahren erforderlich ist.<br/> (3) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen folgende Maßnahmen haben keine aufschiebende Wirkung:<br/> 1. Untersagung der Dienstausbübung nach § 21 Absatz 3, § 22 Absatz 4 und § 60 Absatz 1,<br/> 2. Abordnung nach § 77,<br/> 3. Zuweisung nach § 78,<br/> 4. Versetzung nach § 79,<br/> 5. Versetzung in den Wartestand nach § 76 Absatz 3, § 83 Absatz 2 und § 118 Absatz 6,<br/> 6. Versetzung in den Ruhestand nach § 88 Absatz 4, § 91 Absatz 2 und 4 und § 92 Absatz 2 und 3,</p> |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>7. Entlassung nach den §§ 97 und 98.<br/>In den Fällen nach den Nummern 3 bis 7 kann eine bisher innegehabte Stelle einer anderen Pfarrerin oder einem anderen Pfarrer erst übertragen werden, wenn die angefochtene Maßnahme bestandskräftig geworden ist.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 106 Leistungsbescheid</b><br/>Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können nach Maßgabe ihres Rechts Ansprüche aus Pfarrdienstverhältnissen durch Leistungsbescheid geltend machen. Die Möglichkeit, einen Anspruch durch Erhebung einer Klage zu verfolgen, bleibt unberührt.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 107 Beteiligung der Pfarrerschaft</b><br/>(1) Bei der Vorbereitung allgemeiner dienstrechtlicher Vorschriften für Pfarrerrinnen und Pfarrer, die nach Artikel 10 a der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland für die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse gelten sollen, erhält der Verband evangelischer Pfarrerrinnen und Pfarrer in Deutschland e.V. Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Beteiligung der Pfarrerschaft bei der Vorbereitung allgemeiner dienstrechtlicher Vorschriften der Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüssen richtet sich nach dem dort jeweils geltenden Recht.<br/>(2) Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können die Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Pfarrerschaft bei Einzelmaßnahmen je für ihren Bereich regeln.</p> |  |  |
| <p><b>Teil 9 Sondervorschriften</b></p> <p><b>§ 108 Privatrechtliches Dienstverhältnis</b><br/>(1) In begründeten Einzelfällen können Pfarrerrinnen und Pfarrer in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis beschäftigt werden.<br/>(2) Die Vorschriften dieses Kirchengesetzes gelten</p>   |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>singemäß, soweit sie nicht das Bestehen eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses voraussetzen. Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können je für ihren Bereich etwas anderes regeln. Bei Beendigung des Dienstverhältnisses wegen Bezuges einer Rente oder vergleichbaren Leistung bleiben die Rechte aus der Ordination erhalten. § 94 Absatz 3 bis 5 gilt entsprechend.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 109 Pfarrdienstverhältnis auf Zeit</b><br/> (1) Für das Pfarrdienstverhältnis auf Zeit (§ 2 Absatz 2 Satz 2 Nummer 2) gelten die Vorschriften über das Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit entsprechend, soweit nicht in diesem Kirchengesetz etwas anderes bestimmt ist.<br/> (2) Das Pfarrdienstverhältnis auf Zeit wird durch die Berufung in das Pfarrdienstverhältnis auf Zeit begründet. Gleichzeitig erfolgt die Berufung zur Pfarrerin oder zum Pfarrer, wenn diese nicht bereits gemäß § 10 Absatz 1 oder § 20 Absatz 1 erfolgt ist.<br/> (3) Die Berufungsurkunde muss die Worte: "in das Pfarrdienstverhältnis auf Zeit berufen" enthalten.<br/> (4) Pfarrerinnen und Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Zeit sind kraft Gesetzes auch entlassen durch<br/> 1. Zeitablauf,<br/> 2. Widerruf der Beurlaubung nach Absatz 6,<br/> 3. Eintritt oder Versetzung in den Ruhestand nach Absatz 7,<br/> 4. Beendigung ihres öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses auf Lebenszeit,<br/> 5. Verlust der Stelle oder des Auftrages im Sinne des § 25 aufgrund einer Disziplinentrennung.<br/> (5) Pfarrerinnen und Pfarrer im Pfarrdienstverhältnis auf Zeit können im Einvernehmen mit dem beurlaubenden Dienstherrn vorzeitig entlassen werden, wenn festgestellt wird, dass die Voraussetzungen einer Versetzung in den Wartestand nach § 83 Absatz 2 vorliegen.<br/> (6) Die Beurlaubung kann durch den beurlaubenden</p> |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>Dienstherrn im Einvernehmen mit dem Dienstherrn des Pfarrdienstverhältnisses auf Zeit widerrufen werden.</p> <p>(7) Eintritt und Versetzung in den Ruhestand erfolgen bei dem beurlaubenden Dienstherrn nach Maßgabe des bei ihm geltenden Rechts im Einvernehmen mit dem Dienstherrn des Pfarrdienstverhältnisses auf Zeit.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 110 Pfarrdienst in einer evangelischen Gemeinde deutscher Sprache oder Herkunft im Ausland</b></p> <p>(1) Pfarrerrinnen und Pfarrer können mit ihrer Zustimmung befristet für die Dauer der Beurlaubung aus einem Pfarrdienstverhältnis nach Maßgabe des Kirchengesetzes über die Mitarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Ökumene von der Evangelischen Kirche in Deutschland zu einer evangelischen Gemeinde deutscher Sprache oder Herkunft im Ausland oder zu einer evangelischen Kirche im Ausland entsandt werden und mit ihr ein Dienstverhältnis begründen.</p> <p>(2) Hierzu wird ein Entsendungsverhältnis zur Evangelischen Kirche in Deutschland nach Maßgabe des Kirchengesetzes über die Mitarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Ökumene begründet. Dieses beinhaltet ein Aufsichts- und Fürsorgeverhältnis der entsandten Pfarrerrinnen und Pfarrer zur Evangelischen Kirche in Deutschland nach Maßgabe des Kirchengesetzes über die Mitarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Ökumene. Pfarrerrinnen und Pfarrer im Entsendungsverhältnis stehen weiter unter der Lehr- und Disziplinaraufsicht des Dienstherrn, der sie beurlaubt hat.</p> <p>(3) Pfarrerrinnen und Pfarrer im Dienstverhältnis der EKD können mit ihrer Zustimmung einer evangelischen Gemeinde deutscher Sprache oder Herkunft im Ausland zugewiesen werden.</p> |  |  |

|   |  |   |
|---|--|---|
| <p><b>§ 111 Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt</b></p> <p>(1) In das Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt (§ 2 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3) kann berufen werden, wer regelmäßig einen geordneten kirchlichen Dienst im Sinne des § 1 Absatz 2 versehen soll und die Voraussetzungen für die Ordination gemäß § 4 Absatz 1 und für die Berufung in das Pfarrdienstverhältnis auf Probe gemäß § 9 erfüllt.</p> <p>(2) Die Amtsbezeichnung im Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt lautet "Pfarrerin im Ehrenamt" oder "Pfarrer im Ehrenamt".</p> <p>(3) Das Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt wird durch die Berufung zur Pfarrerin oder zum Pfarrer im Ehrenamt unter Berufung in das Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt begründet.</p> <p>(4) Die Berufungsurkunde muss die Worte: "unter Berufung in das Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt" enthalten.</p> <p>(5) Pfarrerinnen und Pfarrer im Ehrenamt erhalten keine Besoldung und keine Versorgung.</p> <p>(6) Für das Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt gelten die Vorschriften über das Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit entsprechend, soweit sie nicht ein besoldetes Dienstverhältnis voraussetzen und soweit in diesem Kirchengesetz nicht etwas anderes bestimmt ist. Keine Anwendung finden die Regelungen über Aufnahmealter, Erreichbarkeit, Residenzpflicht, Abordnung, Zuweisung, Versetzung, Wartestand, Ruhestand und Entlassung bei Eintritt in ein anderes öffentliches Amts- oder Dienstverhältnis.</p> | <p><b>§ 17. Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt (Zu §§ 111, 112 PFDG.EKD).</b> (1) Ein Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt darf nur zugleich mit der Übertragung eines regelmäßig geordneten kirchlichen Dienstes begründet werden.</p> <p>(2) Die Möglichkeit der gastweisen Teilnahme an den Sitzungen des Leitungsorgans der Gemeinde oder Einrichtung, an Tagungen und Dienstbesprechungen ist mit der Beauftragung zu regeln.</p> <p>(3) Pfarrerinnen und Pfarrer im Ehrenamt sind zu den Pfarrkonventen einzuladen.</p> <p>(4) § 55 gilt mit der Maßgabe, dass Pfarrerinnen und Pfarrer im Ehrenamt berechtigt, aber nicht verpflichtet sind, an Personalentwicklungs- und Fortbildungsmaßnahmen teilzunehmen.</p> | <p>(3) Pfarrerinnen und Pfarrer im Ehrenamt sind zu den <b>Dekanatskonferenzen</b> einzuladen.</p> <p><i>--&gt; Gemäß Art. 28 Abs. 1 Ziffer 5 KO gehört zu den Aufgaben der Dekaninnen und Dekane die Einberufung der Pfarrerinnen und Pfarrer des Dekanats zu regelmäßigen und außerordentlichen Dekanatskonferenzen und die Leitung dieser Konferenzen.</i></p> |
| <p><b>§ 112 Auftrag im Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt</b></p> <p>(1) Pfarrerinnen und Pfarrern im Ehrenamt wird ein regelmäßig wahrzunehmender Auftrag, insbesondere ein Predigtauftrag übertragen. Der Auftrag kann zeitlich befristet werden. Er ist örtlich zu beschränken. Der Auftrag soll durch eine Dienstbeschreibung geregelt werden. Übertragung und Änderung eines Auftrages bedürfen der Zustimmung der Pfarrerin</p>  |  |   |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>oder des Pfarrers.<br/> (2) Der Auftrag endet<br/> 1. mit Ablauf seiner Befristung,<br/> 2. auf Antrag der Pfarrerin oder des Pfarrers im Ehrenamt,<br/> 3. auf Antrag der Gemeinde oder Einrichtung, in der der Auftrag ausgeübt wird,<br/> 4. auf Antrag einer aufsichtführenden Person oder Stelle,<br/> 5. mit Verlegung der Hauptwohnung außerhalb der Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland, in der zuletzt ein geordneter kirchlicher Dienst ausgeübt wurde, sofern nicht im Einzelfall eine andere Regelung getroffen wird.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 113 Beendigung und Ruhen des Pfarrdienstverhältnisses im Ehrenamt</b><br/> (1) Das Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt endet außer in den in diesem Kirchengesetz genannten Fällen bei Erreichen der Regelaltersgrenze (§ 87), bei Dienstunfähigkeit (§ 89) und wenn innerhalb von drei Jahren seit Beendigung eines Auftrages kein anderer Auftrag übertragen wurde. § 5 findet Anwendung.<br/> (2) Nach Beendigung eines Auftrages ruht das Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt bis zur Erteilung eines neuen Auftrages. Die Rechte aus der Ordination ruhen im Sinne des § 5 Absatz 5 Satz 2, sofern nicht etwas anderes bestimmt wird. Die Verpflichtung einen Auftrag zu übernehmen, bleibt bestehen, sofern die Pfarrerin oder der Pfarrer im Ehrenamt nicht beurlaubt ist. Die Rechte und Pflichten aus dem Pfarrdienstverhältnis, insbesondere Lebensführungs- und Verschwiegenheitspflichten, bleiben bestehen, soweit das Ruhen nicht entgegensteht.</p> |  |  |
| <p><b>§ 114 Besondere Regelungen für Pfarrdienstverhältnisse im Ehrenamt</b><br/> (1) Die Unfallfürsorge für Pfarrerinnen und Pfarrer im Ehrenamt und ihre Hinterbliebenen richtet sich nach den Vorschriften des Beamtenversorgungsgesetzes des Bundes zum Dienstunfallschutz der Ehrenbeam-</p>  |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>ten. Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können je für ihren Bereich eine andere Regelung treffen.</p> <p>(2) Abweichend von den §§ 63 bis 67 bedürfen Nebentätigkeiten keiner Genehmigung. Eine Nebentätigkeit kann nur unter den Voraussetzungen des § 65 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 untersagt werden.</p> <p>(3) Ein Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt kann nicht in ein Pfarrdienstverhältnis anderer Art, ein solches Pfarrdienstverhältnis nicht in ein Pfarrdienstverhältnis im Ehrenamt umgewandelt werden.</p> <p>(4) Das Nähere, insbesondere die mögliche Teilnahme der Pfarrerinnen und Pfarrer im Ehrenamt an Pfarrkonventen und Sitzungen des Leitungsorgans der Gemeinde oder Einrichtung, in der sie regelmäßig Dienst tun, regeln die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse je für ihren Bereich.</p> |  |  |
| <p><b>Teil 10 Übergangs- und Schlussvorschriften</b></p> <p><b>§ 115 Zuständigkeiten, Anstellungskörperschaften, Beteiligung kirchlicher Stellen</b></p> <p>Soweit in diesem Kirchengesetz keine andere Zuständigkeit bestimmt ist, ist für Entscheidungen nach diesem Kirchengesetz die jeweilige oberste kirchliche Verwaltungsbehörde zuständig. Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können die in diesem Kirchengesetz bestimmten Anstellungskörperschaften, sowie die Zuständigkeiten und Beteiligungen kirchlicher Stellen oder Amtsträgerinnen und Amtsträger je für ihren Bereich in eigener Weise regeln.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 116 Vorbehalt für Staatskirchenverträge und Bestimmungen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Dienst</b></p> <p>(1) Besondere Bestimmungen in Verträgen mit dem Bund und mit den Ländern werden durch dieses Kir-</p>   |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>chengesetz nicht berührt.</p> <p>(2) Soweit für ordinierte Hochschullehrerinnen und -lehrer der evangelischen Theologie an staatlichen Hochschulen oder für Pfarrerinnen und Pfarrer im Dienst anderer Personen des öffentlichen Rechts besondere Rechtsverhältnisse bestehen, bleiben diese unberührt.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 117 Regelungszuständigkeiten</b></p> <p>(1) Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse treffen die zur Ausführung dieses Kirchengesetzes erforderlichen Regelungen. Sie können insbesondere Regelungen zur Ausgestaltung des Verfahrens erlassen. Abweichungen von Bestimmungen dieses Kirchengesetzes sind nur in den gesondert genannten Fällen möglich.</p> <p>(2) Die Bestimmungen der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse zu Ausbildung, Prüfung, Besoldung, Versorgung, Erstattungen und sonstigen Leistungen, zur Errichtung und Besetzung von Stellen und Erteilung von Aufträgen sowie zu Haushalt, Visitation und Lehrbeanstandung bleiben unberührt.</p>                  |  |  |
| <p><b>§ 118 Übergangsbestimmungen</b></p> <p>(1) Die Gliedkirchen können die Begründung mittelbarer Pfarrdienstverhältnisse vorsehen.</p> <p>(2) Die Gliedkirchen können bestimmen, dass die Ordination erst im Laufe der Probezeit oder bei der Berufung in ein Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit stattfindet, sofern ihr Recht dies bei Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes vorsieht.</p> <p>(3) Neben einer Amtsbezeichnung nach diesem Kirchengesetz kann eine bei Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes nach dem Herkommen mit einer Stelle verbundene oder nach dem Recht der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse bisher übliche Bezeichnung geführt werden. Gliedkirchen, die bei Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes die Amtsbe-</p> |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>zeichnung "Pfarrerin" oder "Pfarrer" ausschließlich im Falle des Inhabens einer Pfarrstelle verwenden, können Pfarrdienstverhältnisse im Ehrenamt als Pastorenverhältnisse im Ehrenamt mit der Amtsbezeichnung "Pastorin im Ehrenamt" oder "Pastor im Ehrenamt" begründen. Gliedkirchen, die bei Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes Ordinierte im Sinne des § 111 Absatz 1 in ein Prädikantenverhältnis berufen, können von der Anwendung der §§ 111 bis 114 ganz oder teilweise absehen.</p> <p>(4) In Gliedkirchen, deren Recht bei Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes aus kirchenverfassungsrechtlichen Gründen keine Visitation vorsieht, findet § 57 keine Anwendung.</p> <p>(5) Gliedkirchen, deren Recht bei Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes Bestimmungen zum Vorruhestand oder von diesem Kirchengesetz abweichende Regelungen zur Dauer von Beurlaubungen enthält, können diese Regelungen beibehalten. Die Gliedkirchen können aus dringenden kirchlichen Gründen vorsehen, dass Pfarrerinnen und Pfarrer vor Begründung eines Pfarrdienstverhältnisses auf Lebenszeit ohne ihren Antrag im Teildienst beschäftigt werden können.</p> <p>(6) Kirchengesetzliche Regelungen der Gliedkirchen, nach denen Pfarrerinnen und Pfarrer mit Genehmigung auf eine ihnen übertragene Stelle verzichten können, können fortgeführt werden. Nach Genehmigung des Verzichts soll der Pfarrerin oder dem Pfarrer vorläufig eine andere Aufgabe übertragen werden. Ist die Übertragung einer anderen Stelle oder eines anderen Auftrages im Sinne des § 25 innerhalb eines Jahres nach Genehmigung des Verzichts nicht durchführbar, werden diese Pfarrerinnen und Pfarrer in den Wartestand versetzt.</p> <p>(7) Kirchengesetzliche Regelungen der Gliedkirchen, die für die Versetzung und die Versetzung in den Wartestand engere Voraussetzungen vorsehen, können ganz oder teilweise beibehalten werden.</p> |  |  |
|---|--|--|

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>(8) Gliedkirchen, deren Recht bei Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes keine Versetzung in den Wartestand vorsieht, können von der Anwendung der Regelungen über den Wartestand ganz oder teilweise absehen.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 119 Bestehende Pfarrdienstverhältnisse</b><br/> (1) Mit Inkrafttreten dieses Kirchengesetzes bestimmen sich die Rechtsverhältnisse der Pfarrerrinnen und Pfarrer nach diesem Kirchengesetz.<br/> (2) Erworbene Rechte bleiben unberührt.</p>   |  |  |
| <p><b>§ 120 Inkrafttreten</b><br/> (1) Dieses Kirchengesetz tritt für die Evangelische Kirche in Deutschland am 1. Januar 2011 in Kraft.<br/> (2) Dieses Kirchengesetz tritt mit Wirkung für die Gliedkirchen in Kraft, nachdem sie ihre Zustimmung erklärt haben. Für die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands und ihre Gliedkirchen tritt es in Kraft, nachdem die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands ihre Zustimmung erklärt hat. Zustimmungen können bis zum 31. Dezember 2012 erklärt werden. Den Zeitpunkt, zu dem dieses Kirchengesetz in Kraft tritt, bestimmt der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland durch Verordnung.</p> |  |  |
| <p><b>§ 121 Außerkrafttreten</b><br/> Die Gliedkirchen und gliedkirchlichen Zusammenschlüsse können dieses Kirchengesetz jederzeit je für ihren Bereich außer Kraft setzen. Für die Gliedkirchen der Vereinigten Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands kann das Außerkraftsetzen nur durch die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands erklärt werden. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland stellt durch Verordnung fest, dass und zu welchem Zeitpunkt das Kirchengesetz jeweils außer Kraft getreten ist.</p>  |  |  |

|  |   |  |
|--|---|--|
| <p>Kirchengesetz über die Besoldung und Versorgung der Pfarrerinnen und Pfarrer (Pfarrbesoldungsgesetz – PfBesG) vom 26. November 2003 (ABl. 2004 S. 2), zuletzt geändert am 14. Mai 2011 (ABl. 2011 S. 185)</p>   | <p>Kirchengesetz über die Besoldung und Versorgung der Pfarrerinnen und Pfarrer (Pfarrbesoldungsgesetz – PfBesG) vom 26. November 2003 (ABl. 2004 S. 2), zuletzt geändert am</p> <p style="text-align: center;">...</p> <p style="text-align: center;"><b>(Änderungsvorschläge gemäß Drucksache Nr. 76/11 fett gedruckt)</b></p>  | <p style="text-align: center;"><b>Änderungsvorschläge<br/>des Rechtsausschusses<br/>(Sitzungen am 05.03., 19.03. und 02.04.2012)</b></p> |
| <p>§ 1. (1) Die Pfarrerinnen und Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau erhalten Besoldung nach diesem Kirchengesetz.<br/>(2) Pfarrerinnen und Pfarrer in Teilbeschäftigung und Pfarrerinnen und Pfarrer im Teildienstverhältnis erhalten von der Besoldung, die für Pfarrerinnen und Pfarrer festgelegt ist, den Teil, der dem Maß ihres Dienstes entspricht. Die Dienstwohnung wird davon ausgenommen. Im übrigen gelten für sie die allgemeinen Vorschriften.</p> <p>(...)</p> | <p>§ 1. (1) Die Pfarrerinnen und Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau erhalten Besoldung nach diesem Kirchengesetz.<br/>(2) Pfarrerinnen und Pfarrer in Teilbeschäftigung und Pfarrerinnen und Pfarrer im Teildienstverhältnis erhalten von der Besoldung, die für Pfarrerinnen und Pfarrer festgelegt ist, den Teil, der dem Maß ihres Dienstes entspricht. Die Dienstwohnung wird davon ausgenommen. <b>Pfarrerinnen und Pfarrer erhalten bei begrenzter Dienstfähigkeit anteilige Bezüge entsprechend der Regelungen des Bundesbesoldungsgesetzes.</b> Im übrigen gelten für sie die allgemeinen Vorschriften.</p> <p>(...)</p> |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p><b>Ordnung des praktischen Vorbereitungsdienstes für Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau( Kandidatenordnung – KandO) vom 10. Juni 2003 (ABl. 2003 S. 380), zuletzt geändert am 28. November 2009 (ABl. 2010 S. 18)</b></p>   | <p><b>Ordnung des praktischen Vorbereitungsdienstes für Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau( Kandidatenordnung – KandO) vom 10. Juni 2003 (ABl. 2003 S. 380), zuletzt geändert am ...</b><br/><b>(Änderungsvorschläge gemäß Drucksache Nr. 76/11 fett gedruckt)</b></p>   | <p>Änderungsvorschläge<br/>des Rechtsausschusses<br/>(Sitzungen am 05.03., 19.03. und 02.04.2012)</p>  |
| <p>§ 7</p> <p>(1) Heiratet die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat, so übersendet sie oder er der Kirchenverwaltung Heiratsurkunde und Trauschein.</p> <p>(2) Die Zugehörigkeit der Ehegattin oder des Ehegatten zu einer evangelischen Kirche ist Voraussetzung für die Übernahme der Pfarramtskandidatinnen oder des Pfarramtskandidaten in den unständigen Dienst der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Die Kirchenleitung kann Ausnahmen zulassen.</p> <p>(3) Aus der Verheiratung kann ein Anrecht auf Bevorzugung bei Stellenbesetzung und Ähnliches nicht hergeleitet werden.</p> | <p>§ 7</p> <p>(1) Heiratet die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat, so übersendet sie oder er der Kirchenverwaltung Heiratsurkunde und Trauschein.</p> <p>(2) <b>Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten sollen sich bewusst sein, dass die Entscheidung für eine Ehepartnerin oder einen Ehepartner Auswirkungen auf ihren Dienst haben kann. Ehepartnerinnen und Ehepartner sollen evangelisch sein. Die Zugehörigkeit der Ehepartnerin oder des Ehepartners zu einer christlichen Kirche ist Voraussetzung für die Übernahme in ein Pfarrdienstverhältnis auf Probe der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau; im Einzelfall kann eine Ausnahme zugelassen werden, wenn zu erwarten ist, dass die Wahrnehmung des Dienstes nicht beeinträchtigt wird.</b></p> <p>(3) Aus der Verheiratung kann ein Anrecht auf Bevorzugung bei Stellenbesetzung und Ähnliches nicht hergeleitet werden.</p> | <p>§ 7</p> <p>(1) Heiratet die Pfarramtskandidatin oder der Pfarramtskandidat, so übersendet sie oder er der Kirchenverwaltung Heiratsurkunde und Trauschein.</p> <p>(2) <b>Für den Dienst und die Übernahme in das Pfarrdienstverhältnis auf Probe gilt hinsichtlich der Anforderung der Lebensführung § 39 Pfarrdienstgesetz der EKD entsprechend.</b></p> <p>(3) Aus der Verheiratung kann ein Anrecht auf Bevorzugung bei Stellenbesetzung und Ähnliches nicht hergeleitet werden.</p> |

| Pfarrdienstwohnungsverordnung vom 29. April 2004 (ABI. 2004 S. 314), zuletzt geändert am 28. November 2009 (ABI. 2010 S. 17)   | Pfarrdienstwohnungsverordnung vom 29. April 2004 (ABI. 2004 S. 314), zuletzt geändert am<br>...<br><b>(Änderungsvorschläge gemäß Drucksache Nr. 76/11 fett gedruckt)</b>  | <b>Änderungsvorschläge<br/>des Rechtsausschusses<br/>(Sitzungen am 05.03., 19.03. und 02.04.2012)</b>   |
|--|---|---|
| <p>§ 12<br/>(...)</p> <p>(3) Das Dienstwohnungsverhältnis endet ferner mit der Versetzung der Pfarrerin oder des Pfarrers in den Ruhestand und mit seinem Ausscheiden aus dem Dienst der EKHN. Im Falle der Versetzung in den Wartestand endet das Dienstwohnungsverhältnis spätestens sechs Monate nach dem Beginn des Wartestandes.</p> <p>(...)</p> | <p>§ 12<br/>(...)</p> <p>(3) Das Dienstwohnungsverhältnis endet ferner mit der Versetzung der Pfarrerin oder des Pfarrers in den Ruhestand und mit seinem Ausscheiden aus dem Dienst der EKHN. <b>Bei einer Versetzung in den Wartestand und bei Nichtverlängerung der Inhaberschaft einer gemeindlichen Pfarrstelle gemäß § 7 Absatz 4 des Ausführungsgesetzes zum Pfarrdienstgesetz der EKD endet das Dienstwohnungsverhältnis spätestens sechs Monate nach dem Beginn des Wartestandes bzw. nach Ablauf der zeitlich befristeten der Inhaberschaft.</b></p> <p>(...)</p> | <p>§ 12<br/>(...)</p> <p>(3) Das Dienstwohnungsverhältnis endet ferner mit der Versetzung der Pfarrerin oder des Pfarrers in den Ruhestand und mit seinem Ausscheiden aus dem Dienst der EKHN. Im Falle der Versetzung in den Wartestand endet das Dienstwohnungsverhältnis spätestens sechs Monate nach dem Beginn des Wartestandes.</p> <p>(...)</p> <p><i>--&gt; Da das Ausführungsgesetz zum PfdG.EKD nach dem Vorschlag des Rechtsausschusses keine Befristung von gemeindlichen Pfarrstellen vorsieht, bedarf es dieser Ergänzung nicht mehr.</i></p> |

| <p style="text-align: center;"><b>Kirchengesetz<br/>betreffend die Vorbildung und Anstellungsfähigkeit der Pfarrer<br/>in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau<br/>(Vorbildungsgesetz – VorbG)<br/>Vom 7. Dezember 1967 (ABl. 1968 S. 42),<br/>zuletzt geändert am 20. Februar 2010 (ABl. 2010 S. 118)</b></p>  | <p style="text-align: center;"><b>Kirchengesetz<br/>betreffend die Vorbildung und Anstellungsfähigkeit der Pfarrer<br/>in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau<br/>(Vorbildungsgesetz – VorbG)<br/>Vom 7. Dezember 1967 (ABl. 1968 S. 42),<br/>zuletzt geändert am<br/>...<br/><br/>(Änderungsvorschläge gemäß<br/>Drucksache Nr. 76/11 fett gedruckt)</b></p> | <p style="text-align: center;"><b>Änderungsvorschläge<br/>des Rechtsausschusses<br/>(Sitzungen am 05.03., 19.03. und 02.04.2012)</b></p> |
|--|---|--|
| <p style="text-align: center;">I. Einleitende Bestimmungen</p>   | <p style="text-align: center;">I. Einleitende Bestimmungen</p>  |  |
| <p><b>§ 1.</b> (1) Anstellungsfähig als Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau ist jeder Angehörige der Evangelischen Kirche in Deutschland bzw. einer ihrer Gliedkirchen.<br/>Er muß mindestens 25 Jahre alt, sittlich unbescholten, geistig gesund und frei von solchen körperlichen Gebrechen sein, welche die Ausübung des Pfarrdienstes hindern.<br/>Er muß die Befähigung zum Pfarrdienst nach den Bestimmungen dieses Gesetzes nachgewiesen haben.<br/>(2) Von dem Erfordernis des Absatzes 1 Satz 1 kann die Kirchenleitung befreien.</p> | <p><b>§ 1. (1) Anstellungsfähigkeit ist die Fähigkeit, unter Berufung in ein Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit eine Stelle insbesondere in einer Kirchengemeinde übertragen zu bekommen.</b><br/><b>(2) Die Zuerkennung der Anstellungsfähigkeit begründet keinen Anspruch auf Berufung in ein Pfarrdienstverhältnis.</b></p>  |  |
| <p><b>§ 2.</b> (1) Die Befähigung zum Pfarrdienst wird durch Ablegung von zwei theologischen Prüfungen nachgewiesen.<br/>(2) Die Prüfungsordnungen werden durch Ausführungsbestimmungen zu diesem Kirchengesetz von der Kirchenleitung in Fühlung mit dem Prüfungsamt erlassen.<br/>(3) Zur Abhaltung der Prüfungen wird ein Prüfungs-</p>   | <p><b>§ 2.</b> (1) Die Befähigung zum Pfarrdienst wird durch Ablegung von zwei theologischen Prüfungen nachgewiesen.<br/>(2) Die Prüfungsordnungen werden durch Ausführungsbestimmungen zu diesem Kirchengesetz von der Kirchenleitung in Fühlung mit dem Prüfungsamt erlassen.<br/>(3) Zur Abhaltung der Prüfungen wird ein Prüfungs-</p>                              |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>amt gebildet.</p> <p>Diesem gehören an:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Kirchenpräsident als Vorsitzender und sein Stellvertreter,</li> <li>2. der zuständige Referatsleiter der Kirchenverwaltung,</li> <li>3. eine ausreichende Anzahl von Hochschullehrern, die für ihre Person von der Kirchenleitung berufen werden; davon müssen mindestens fünf Universitätsprofessoren sein, die den Disziplinen entsprechend ausgewählt sind,</li> <li>4. die Professoren der Theologischen Seminare,</li> <li>5. die Pröpstinnen und Pröpste,</li> <li>6. religionspädagogische Studienleiter und Studienleiter des Seminars für Seelsorge, die jeweils von der Kirchenleitung berufen werden,</li> <li>7. eine ausreichende Zahl von Pfarrern, die von der Kirchenleitung berufen werden,</li> <li>8. der Leiter der Kirchenverwaltung, sofern er Kirchenjurist ist, und weitere Kirchenjuristen, die von der Kirchenleitung berufen werden.</li> </ol> <p>Aus dem Prüfungsamt werden jeweils die Kommissionen für die Erste und Zweite Theologische Prüfung durch die Kirchenleitung gebildet. Bei der Ersten Theologischen Prüfung müssen mindestens die Hälfte der Prüfenden Universitätsprofessoren sein. Den Vorsitz bei den Prüfungen führt der Kirchenpräsident.</p> | <p>amt gebildet.</p> <p>Diesem gehören an:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. <b>die Kirchenpräsidentin als Vorsitzende oder</b> der Kirchenpräsident als Vorsitzender und <b>ihre Stellvertreterin oder ihr Stellvertreter oder seine Stellvertreterin oder</b> sein Stellvertreter,</li> <li>2. <b>die zuständige Referatsleiterin oder</b> der zuständige Referatsleiter der Kirchenverwaltung,</li> <li>3. eine ausreichende Anzahl von <b>Hochschullehrerinnen und</b> Hochschullehrern, die für ihre Person von der Kirchenleitung berufen werden; davon müssen mindestens fünf <b>Universitätsprofessorinnen oder</b> Universitätsprofessoren sein, die den Disziplinen entsprechend ausgewählt sind,</li> <li>4. die <b>Professorinnen und</b> Professoren der Theologischen Seminare,</li> <li>5. die Pröpstinnen und Pröpste,</li> <li>6. <b>Schulamtsdirektorinnen und Schulamtsdirektoren im Kirchendienst und Studienleiterinnen und</b> Studienleiter des Seminars für Seelsorge, die jeweils von der Kirchenleitung berufen werden,</li> <li>7. eine ausreichende Zahl von <b>Pfarrerinnen und</b> Pfarrern, die von der Kirchenleitung berufen werden,</li> <li>8. <b>Die Leiterin oder</b> der Leiter der Kirchenverwaltung, sofern <b>sie oder</b> er Kirchenjurist ist, und weitere <b>Kirchenjuristinnen und</b> Kirchenjuristen, die von der Kirchenleitung berufen werden.</li> </ol> <p>Aus dem Prüfungsamt werden jeweils die Kommissionen für die Erste und Zweite Theologische Prüfung durch die Kirchenleitung gebildet. Bei der Ersten Theologischen Prüfung müssen mindestens die Hälfte der Prüfenden <b>Universitätsprofessorinnen oder</b> Universitätsprofessoren sein. Den Vorsitz bei den Prüfungen führt <b>die Kirchenpräsidentin oder</b> der Kirchenpräsident.</p> |  |
|---|--|--|

| II. Wissenschaftliche Vorbildung   | II. Wissenschaftliche Vorbildung  | II. Wissenschaftliche Vorbildung   |
|--|---|--|
| <p><b>§ 3.</b> (1) Der Ersten Theologischen Prüfung muß ein ordnungsgemäßes Studium der evangelischen Theologie von in der Regel neun Semestern nach Ablegung der Reifeprüfung (sprachfreie Semester) vorausgehen. Die Studierenden können nur zur Prüfung zugelassen werden, wenn sie den Nachweis der erforderlichen Prüfung im Griechischen, Lateinischen und Hebräischen erbringen.</p> <p>(2) Von den sechs sprachfreien Semestern (Absatz 1) sind mindestens vier an theologischen Fakultäten deutscher Universitäten zu verbringen. Die Studierenden sollen die Ausbildungsstätte möglichst einmal wechseln. Das Studium an deutschsprachigen Universitäten des Auslandes (Basel, Bern, Wien und Zürich) wird wie ein Studium an deutschen Universitäten gerechnet. Die Kirchenleitung kann Studiensemester an nichtdeutschsprachigen theologischen Fakultäten anerkennen; dabei sind die Sprachkenntnisse des Studierenden und das Studiensystem der jeweiligen theologischen Fakultät zu berücksichtigen.</p> <p>(3) Über die in Absatz 2 genannten Pflichtsemester hinaus können weitere Semester an einer von der EKD anerkannten Kirchlichen Hochschule studiert werden.</p> <p>(4) Zur Ersten Theologischen Prüfung können im allgemeinen nur Studierende zugelassen werden, die in der Liste der Theologiestudenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau geführt werden. Das Nähere regelt die von der Kirchenleitung zu erlassende Studentenordnung.</p> | <p><b>§ 3.</b> (1) Der Ersten Theologischen Prüfung <b>muss</b> ein ordnungsgemäßes Studium der evangelischen Theologie von in der Regel neun Semestern nach Ablegung der Reifeprüfung (sprachfreie Semester) vorausgehen. Die Studierenden können nur zur Prüfung zugelassen werden, wenn sie den Nachweis der erforderlichen Prüfung im Griechischen, Lateinischen und Hebräischen erbringen.</p> <p>(2) Von den <b>neun</b> sprachfreien Semestern (Absatz 1) sind mindestens vier an theologischen Fakultäten deutscher Universitäten zu verbringen. Die Studierenden sollen die Ausbildungsstätte möglichst einmal wechseln. Das Studium an deutschsprachigen Universitäten des Auslandes (Basel, Bern, Wien und Zürich) wird wie ein Studium an deutschen Universitäten gerechnet. Die Kirchenleitung kann Studiensemester an nichtdeutschsprachigen theologischen Fakultäten anerkennen; dabei sind die Sprachkenntnisse des Studierenden und das Studiensystem der jeweiligen theologischen Fakultät zu berücksichtigen.</p> <p>(3) Über die in Absatz 2 genannten Pflichtsemester hinaus können weitere Semester an einer von der EKD anerkannten Kirchlichen Hochschule studiert werden.</p> <p>(4) Zur Ersten Theologischen Prüfung können im allgemeinen nur Studierende zugelassen werden, die in der Liste der <b>Theologiestudentinnen und</b> Theologiestudenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau geführt werden. Das Nähere regelt die von der Kirchenleitung zu erlassende Studentenordnung.</p> | <p><b>§ 3.</b> (1) Der Ersten Theologischen Prüfung muss ein ordnungsgemäßes Studium der evangelischen Theologie von in der Regel <b>zehn</b> Semestern vorausgehen. <b>Dazu treten bis zu zwei Semester für das Erlernen der für das Theologiestudium notwendigen alten Sprachen Griechisch, Hebräisch und Latein.</b></p> <p>(2) <b>Mindestens vier sprachfreie Semester sind an theologischen Fakultäten deutscher Universitäten zu erbringen.</b> Die Studierenden sollen die Ausbildungsstätte möglichst einmal wechseln. Das Studium an deutschsprachigen Universitäten des Auslandes (Basel, Bern, Wien und Zürich) wird wie ein Studium an deutschen Universitäten gerechnet. Die Kirchenleitung kann Studiensemester an nichtdeutschsprachigen theologischen Fakultäten anerkennen; dabei sind die Sprachkenntnisse des Studierenden und das Studiensystem der jeweiligen theologischen Fakultät zu berücksichtigen.</p> <p><i>--&gt; die neue Formulierung entspricht der Rahmenordnung der EKD für die Erste Theologische Prüfung</i></p> |

|  |  |   |
|--|--|---|
|  |  | <p><i>und wird von unserer Kammer für Ausbildung unterstützt. Die Formulierung spiegelt die veränderten Rahmenbedingungen an den Universitäten wider, an denen seit dem WS 11/12 das Studium modularisiert wurde. Damit wird in der Regel von 10 Semestern plus 2 Sprachsemestern ausgegangen. Eine Verkürzung ist möglich und wird sogar (bei Prüfungsbeginn bis zum 9. Semester) mit der Möglichkeit eines Freiversuchs „belohnt“.</i></p> <p><i>Der Nachweis der Sprachprüfung bedarf keiner Erwähnung, da die Studierenden nur dann zur Zwischenprüfung zugelassen werden, wenn sie die Sprachprüfungen abgelegt haben. Dies ist in der Prüfungsordnung geregelt.</i></p> <p><i>Die Reifeprüfung bedarf keiner Erwähnung, da das Reifezeugnis = Abitur Zulassungsvoraussetzung für das Studium ist.</i></p> |
| <p><b>§ 4.</b> (1) Die Meldung zur Ersten Theologischen Prüfung ergeht an die Kirchenverwaltung.<br/>(2) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet die Kirchenverwaltung.</p>   | <p><b>§ 4.</b> (1) Die Meldung zur Ersten Theologischen Prüfung ergeht an die Kirchenverwaltung.<br/>(2) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet die Kirchenverwaltung.</p>   |   |
| <p><b>§ 5.</b> (1) In der Ersten Theologischen Prüfung soll der Studierende den Nachweis erbringen, daß er in seinem Studium die für den Pfarrdienst erforderlichen wissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat und in der Lage ist, die Aufgaben, die im Dienst der Kirche auf ihn zukommen, zu erfassen und zu durchdenken.<br/>(2) Hat der Kandidat bestanden, so entscheidet die Kirchenleitung darüber, ob er in die Liste der Pfarramtskandidaten eingetragen wird. Diese Eintragung ist die Voraussetzung für die Zulassung des Kandidaten zur weiteren praktischen Vorbildung. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die</p> | <p><b>§ 5.</b> (1) In der Ersten Theologischen Prüfung soll der Studierende den Nachweis erbringen, <b>dass sie oder er in ihrem oder</b> seinem Studium die für den Pfarrdienst erforderlichen wissenschaftlichen Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat und in der Lage ist, die Aufgaben, die im Dienst der Kirche auf ihn zukommen, zu erfassen und zu durchdenken.<br/>(2) Hat <b>die Kandidatin oder</b> der Kandidat bestanden, so entscheidet die Kirchenleitung darüber, ob <b>sie oder</b> er in die Liste der <b>Pfarramtskandidatinnen und</b> Pfarramtskandidaten eingetragen wird. Diese Eintragung ist die Voraussetzung für die Zulassung <b>der Kandida-</b></p> |   |

|  |   |  |
|--|---|--|
| <p>Eintragung. Ein Kandidat, der das 30. Lebensjahr vollendet hat, wird nicht mehr in die Liste der Pfarramtskandidaten eingetragen. Die Kirchenleitung kann in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.</p> | <p><b>tin oder</b> des Kandidaten zur weiteren praktischen Vorbildung. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Eintragung. <b>Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die oder</b> der das <b>39.</b> Lebensjahr vollendet hat, wird nicht mehr in die Liste der <b>Pfarramtskandidatinnen und</b> Pfarramtskandidaten eingetragen. Die Kirchenleitung kann in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.</p>   |  |
|  | <p><b>§ 5a (1) Die Erste Theologische Prüfung kann auf Antrag bei der Kirchenleitung durch die Absolvierung des berufsbegleitenden Masterstudiengangs Evangelische Theologie an einer dafür von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau anerkannten Theologischen Fakultät ersetzt werden.</b><br/> <b>(2) Hat die Kandidatin oder der Kandidat den berufsbegleitenden Masterstudiengang erfolgreich absolviert, so entscheidet die Kirchenleitung darüber, ob sie oder er in die Liste der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten eingetragen wird. Diese Eintragung ist die Voraussetzung für die Zulassung des Kandidaten zur weiteren praktischen Vorbildung. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die Eintragung. Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die oder der das 39. Lebensjahr vollendet hat, wird nicht mehr in die Liste der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten eingetragen. Die Kirchenleitung kann in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.</b></p> |  |
| <p>III. Praktische Vorbildung</p>  | <p>III. Praktische Vorbildung</p>   |  |
| <p><b>§ 6. (1) Die Aufnahme der Pfarramtskandidaten in den praktischen Vorbereitungsdienst erfolgt im</b></p>  | <p><b>§ 6. (1) Die Aufnahme der <b>Pfarramtskandidatinnen und</b> Pfarramtskandidaten in den praktischen</b></p>  |  |

|  |   |  |
|--|---|--|
| <p>Rahmen der von der Kirchenleitung festgesetzten Zahl der Ausbildungsplätze. Sie setzt die erfolgreiche Teilnahme an einer Potentialanalyse und das Erste Theologische Examen voraus.</p> <p>(2) Die an der zweiten Ausbildungsphase interessierten Theologiestudierenden bewerben sich bei der Kirchenverwaltung für die Potentialanalyse.</p> <p>(3) Im Rahmen der Potentialanalyse wird die persönliche Eignung der Kandidaten nach den folgenden Kriterien festgestellt und bewertet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Fähigkeit zur verantwortlichen Leitungstätigkeit,</li> <li>b) Teamfähigkeit,</li> <li>c) Fähigkeit zur glaubwürdigen Vertretung des eigenen Zeugnisses des christlichen Glaubens,</li> <li>d) Sprach-, Argumentations- und Dialogfähigkeit,</li> <li>e) Belastbarkeit und Konfliktfähigkeit,</li> <li>f) Fähigkeit zur Reflexion der eigenen Person.</li> </ul> <p>(4) Die Kandidaten erhalten nach Abschluss der Potentialanalyse eine detaillierte Rückmeldung zu ihren Stärken und Schwächen sowie Empfehlungen für ihren weiteren Entwicklungs- und Ausbildungsprozess. Zu Beginn des praktischen Vorbereitungsdienstes händigen die Kandidaten dieses Gutachten dem Pfarrfarrer und dem Theologischen Seminar aus.</p> <p>(5) Begründet die Potentialanalyse, dass der Kandidat für den Pfarrdienst zum Zeitpunkt der Entscheidung ungeeignet erscheint, wird er nicht zum Vikariat zugelassen. Die Wiederholung der Potentialanalyse ist einmal möglich.</p> <p>(6) Näheres zum Verfahren der Potentialanalyse regelt die Kirchenleitung durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Kirchensynodalvorstandes bedarf.</p> <p>(7) Die praktische Vorbildung erfolgt unter der Lei-</p> | <p>Vorbereitungsdienst erfolgt im Rahmen der von der Kirchenleitung festgesetzten Zahl der Ausbildungsplätze. Sie setzt die erfolgreiche Teilnahme an einer Potentialanalyse und das Erste Theologische Examen voraus. <b>Wenn nicht alle Ausbildungsplätze mit Theologiestudierenden besetzt werden können, ist es möglich, Absolvierende des berufsbegleitenden Masterstudiengangs gemäß § 5a, die an einer Potentialanalyse erfolgreich teilgenommen haben, in den praktischen Vorbereitungsdienst zu übernehmen.</b></p> <p>(2) Die an der zweiten Ausbildungsphase interessierten Theologiestudierenden <b>oder Studierende des berufsbegleitenden Masterstudiengangs gemäß § 5a</b> bewerben sich bei der Kirchenverwaltung für die Potentialanalyse.</p> <p>(3) Im Rahmen der Potentialanalyse wird die persönliche Eignung der <b>Kandidatinnen und</b> Kandidaten nach den folgenden Kriterien festgestellt und bewertet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Fähigkeit zur verantwortlichen Leitungstätigkeit,</li> <li>b) Teamfähigkeit,</li> <li>c) Fähigkeit zur glaubwürdigen Vertretung des eigenen Zeugnisses des christlichen Glaubens,</li> <li>d) Sprach-, Argumentations- und Dialogfähigkeit,</li> <li>e) Belastbarkeit und Konfliktfähigkeit,</li> <li>f) Fähigkeit zur Reflexion der eigenen Person.</li> </ul> <p>(4) Die <b>Kandidatinnen und</b> Kandidaten erhalten nach Abschluss der Potentialanalyse eine detaillierte Rückmeldung zu ihren Stärken und Schwächen sowie Empfehlungen für ihren weiteren Entwicklungs- und Ausbildungsprozess. Zu Beginn des praktischen Vorbereitungsdienstes händigen die <b>Kandidatinnen und</b> Kandidaten dieses Gutachten <b>der Pfarrfarrerin oder</b> dem Pfarrfarrer und dem Theologischen Seminar aus.</p> <p>(5) Begründet die Potentialanalyse, dass <b>die Kandidatin oder</b> der Kandidat für den Pfarrdienst zum Zeitpunkt der Entscheidung ungeeignet erscheint,</p> |  |
|--|---|--|

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>tung eines Theologischen Seminars.</p>   | <p>wird <b>sie oder</b> er nicht zum Vikariat zugelassen. Die Wiederholung der Potentialanalyse ist einmal möglich.<br/> (6) Näheres zum Verfahren der Potentialanalyse regelt die Kirchenleitung durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Kirchensynodalvorstandes bedarf.<br/> (7) Die praktische Vorbildung erfolgt unter der Leitung eines Theologischen Seminars.</p>   |  |
| <p><b>§ 7.</b> Kandidaten, die die Erste Theologische Prüfung vor einer anderen deutschen Prüfungsbehörde abgelegt haben, können in besonders begründeten Fällen in die praktische Vorbereitung aufgenommen werden.</p>   | <p><b>§ 7. Kandidatinnen und</b> Kandidaten, die die Erste Theologische Prüfung vor einer anderen deutschen Prüfungsbehörde abgelegt haben, können in besonders begründeten Fällen in die praktische Vorbereitung aufgenommen werden.</p>  |  |
| <p><b>§ 8.</b> (1) Die Zeit der praktischen Vorbereitung soll einschließlich der Zweiten Theologischen Prüfung und des Praktikums nach der Zweiten Prüfung mindestens zwei Jahre dauern.<br/> (2) Die Meldung zur Zweiten Theologischen Prüfung darf nicht später als vier Jahre nach Abschluß der Ersten Prüfung erfolgen.<br/> (3) Über die Zulassung zur Zweiten Theologischen Prüfung entscheidet die Kirchenleitung.<br/> (4) Die Kirchenleitung kann die Fristen nach Absatz 1 und 2 in besonders begründeten Fällen verkürzen bzw. verlängern.</p> | <p><b>§ 8.</b> (1) Die Zeit der praktischen Vorbereitung soll einschließlich der Zweiten Theologischen Prüfung und des Praktikums nach der Zweiten Prüfung mindestens zwei Jahre dauern.<br/> (2) Die Meldung zur Zweiten Theologischen Prüfung darf nicht später als vier Jahre nach Abschluss der Ersten Prüfung <b>oder der Absolvierung des berufsbegleitenden Masterstudiengangs gemäß § 5a</b> erfolgen.<br/> (3) Über die Zulassung zur Zweiten Theologischen Prüfung entscheidet die Kirchenleitung.<br/> (4) Die Kirchenleitung kann die Fristen nach Absatz 1 und 2 in besonders begründeten Fällen verkürzen bzw. verlängern.</p> |  |
| <p><b>§ 9.</b> (1) In der Zweiten Theologischen Prüfung soll der Kandidat den Nachweis erbringen, daß er die für den Pfarrdienst erforderlichen praktisch-theologischen Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat.</p>  | <p><b>§ 9.</b> (1) In der Zweiten Theologischen Prüfung soll <b>die Kandidatin oder</b> der Kandidat den Nachweis erbringen, <b>dass sie oder</b> er die für den Pfarrdienst erforderlichen praktisch-theologischen Kenntnisse und Fähigkeiten erworben hat.</p>   |  |

|   |   |  |
|---|---|--|
| <p>(2) Ist innerhalb von fünf Jahren seit der Zweiten Theologischen Prüfung kein Dienstverhältnis als Pfarrer begründet worden, so kann die Kirchenleitung das Fortbestehen der Anstellungsfähigkeit von einem Kolloquium abhängig machen, durch das die weitere Eignung für den pfarramtlichen Dienst festgestellt wird.</p>   | <p>(2) Ist innerhalb von fünf Jahren seit der Zweiten Theologischen Prüfung kein Dienstverhältnis als <b>Pfarrer</b>in oder Pfarrer begründet worden, so kann die Kirchenleitung das Fortbestehen der Anstellungsfähigkeit von einem Kolloquium abhängig machen, durch das die weitere Eignung für den pfarramtlichen Dienst festgestellt wird.</p>   |  |
| <p><b>§ 10.</b> Pfarramtskandidaten, die ihre praktische Vorbereitung in einer anderen evangelischen Kirche erhalten haben, können von der Kirchenleitung zur Zweiten Theologischen Prüfung zugelassen werden.</p>  | <p><b>§ 10. Pfarramtskandidatinnen und</b> Pfarramtskandidaten, die ihre praktische Vorbereitung in einer anderen evangelischen Kirche erhalten haben, können von der Kirchenleitung zur Zweiten Theologischen Prüfung zugelassen werden.</p>   |  |
| <p><b>§ 11.</b> (aufgehoben)</p>  | <p><b>§ 11.</b> (aufgehoben)</p>  |  |
| <p><b>§ 12.</b> Die Aufsicht über die Kandidaten erfolgt nach einer von der Kirchenleitung zu erlassenden Kandidatenordnung, der die Pfarramtskandidaten bis zu ihrer Ordination unterstehen.</p>   | <p><b>§ 12.</b> Die Aufsicht über die <b>Kandidatinnen und</b> Kandidaten erfolgt nach einer von der Kirchenleitung zu erlassenden Kandidatenordnung, der die <b>Pfarramtskandidatinnen und</b> Pfarramtskandidaten bis zu ihrer Ordination unterstehen.</p>  |  |
| <p>IV. Anstellungsfähigkeit in besonderen Fällen</p>  | <p>IV. Anstellungsfähigkeit in besonderen Fällen</p>  |  |
| <p><b>§ 13.</b> Einem Pfarrer im Auslandsdienst, der nicht die Anstellungsfähigkeit bereits nach § 1 besitzt, kann die Anstellungsfähigkeit zuerkannt werden, wenn er<br/>a) in einer von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau anerkannten Ausbildungsstätte eine abgeschlossene Ausbildung für den Pfarrdienst im Ausland erhalten hat,<br/>b) zu dem Dienst im Ausland entweder von der Evangelischen Kirche in Deutschland oder einer</p> | <p><b>§ 13. Einer Pfarrer</b>in oder einem Pfarrer im Auslandsdienst, <b>die oder</b> der nicht die Anstellungsfähigkeit bereits nach <b>§ 16 Absatz 1 PfdG.EKD</b> besitzt, kann die Anstellungsfähigkeit zuerkannt werden, wenn <b>sie oder</b> er<br/>a) in einer von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau anerkannten Ausbildungsstätte eine abgeschlossene Ausbildung für den Pfarrdienst im Ausland erhalten hat,<br/>b) zu dem Dienst im Ausland entweder von der</p> |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>ihrer Gliedkirchen ausgesandt worden ist,<br/>c) eine zweite theologische Prüfung abgelegt hat,<br/>d) die vorgeschriebene Zeit im Auslandsdienst tätig gewesen ist.</p>  | <p>Evangelischen Kirche in Deutschland oder einer ihrer Gliedkirchen ausgesandt worden ist,<br/>c) eine zweite theologische Prüfung abgelegt hat,<br/>d) die vorgeschriebene Zeit im Auslandsdienst tätig gewesen ist.</p>   |  |
| <p><b>§ 14.</b> Einem ordinierten Missionar, der nicht die Anstellungsfähigkeit bereits nach § 1 besitzt, kann die Anstellungsfähigkeit zuerkannt werden, wenn er<br/>a) in einer von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau anerkannten Ausbildungsstätte eine abgeschlossene Ausbildung für den Missionsdienst erhalten hat,<br/>b) eine zweite theologische Prüfung abgelegt hat,<br/>c) die vorgeschriebene Zeit im Missionsdienst tätig gewesen ist.</p> | <p><b>§ 14. Einer ordinierten Missionarin oder einem ordinierten Missionar, die oder der</b> nicht die Anstellungsfähigkeit bereits nach <b>§ 16 Absatz 1 PfdG.EKD</b> besitzt, kann die Anstellungsfähigkeit zuerkannt werden, wenn <b>sie oder er</b><br/>a) in einer von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau anerkannten Ausbildungsstätte eine abgeschlossene Ausbildung für den Missionsdienst erhalten hat,<br/>b) eine zweite theologische Prüfung abgelegt hat,<br/>c) die vorgeschriebene Zeit im Missionsdienst tätig gewesen ist.</p> |  |
| <p><b>§ 15.</b> Einem Pfarrer im kirchlichen Hilfsdienst kann im besonderen Falle die Anstellungsfähigkeit zuerkannt werden. Voraussetzungen sind ferner, daß er<br/>a) ein der zweiten theologischen Prüfung entsprechendes Examen abgelegt hat,<br/>b) mindestens sieben Jahre im kirchlichen Hilfsdienst tätig gewesen ist.</p>   | <p><b>§ 15. Einer Pfarrerin oder einem Pfarrer</b> im kirchlichen Hilfsdienst kann im besonderen Falle die Anstellungsfähigkeit zuerkannt werden. Voraussetzungen sind ferner, <b>dass sie oder er</b><br/>a) ein der zweiten theologischen Prüfung entsprechendes Examen abgelegt hat,<br/>b) mindestens sieben Jahre im kirchlichen Hilfsdienst tätig gewesen ist.</p>   |  |
| <p><b>§ 16.</b> Einem Pfarrer einer anderen christlichen Kirche kann die Anstellungsfähigkeit zuerkannt werden, wenn<br/>a) er eine theologische Vorbildung hat, die der Vorbildung eines Pfarrers der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau im wesentlichen entspricht,<br/>b) der in § 18 genannte Übernahme-Ausschuß zu-</p>  |  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>gestimmt hat.<br/>Bei einem Pfarrer aus einer Kirche reformatorischen Bekenntnisses kann von der Bestimmung unter b) abgesehen werden.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 17.</b> Einem Gemeindeglied aus der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau oder aus einer anderen Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland kann die Anstellungsfähigkeit zuerkannt werden, wenn<br/>a) es sich im Beruf bewährt hat,<br/>b) es für den pfarramtlichen Dienst besonders geeignet ist,<br/>c) der in § 18 genannte Übernahme-Ausschuß zugestimmt hat.</p>  |  |  |
| <p><b>§ 18.</b> (1) Der Übernahme-Ausschuß besteht aus dem Kirchenpräsidenten oder seinem Stellvertreter als Vorsitzenden, einem ordentlichen öffentlichen Professor der Theologie, einem Professor eines Theologischen Seminars, dem Vorsitzenden des Pfarrerausschusses und einem Mitglied der Kirchensynode. Die Professoren, die dem Prüfungsamt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau angehören müssen, und das Mitglied der Kirchensynode werden von der Kirchenleitung unter Berücksichtigung des Einzelfalles bestimmt. Referenten der Kirchenverwaltung können beratend zugezogen werden.<br/>(2) Der Übernahme-Ausschuß ist verpflichtet, den Vorgeschlagenen persönlich zu hören.</p> |  |  |
| <p>V. Schluß- und Übergangsbestimmungen</p>  |  |  |
| <p><b>§ 19.</b> (1) Alle diesem Kirchengesetz entgegenstehenden Bestimmungen der ehemaligen Evangeli-</p>  |  |  |

|   |  |  |
|---|--|--|
| <p>schen Landeskirche in Hessen, der ehemaligen Evangelischen Landeskirche in Nassau und der ehemaligen Evangelischen Landeskirche Frankfurt a.M. werden hierdurch aufgehoben.<br/>(2) Dieses Kirchengesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.</p> |  |  |
|---|--|--|

| <p><b>Änderung der Rechtsverordnung über die Ernennung als Pfarrvikarin oder Pfarrvikar</b><br/> <b>Vom 10. Juni 2003 (ABl. 2003 S. 382), zuletzt geändert am 24. November 2007 (ABl. 2008 S. 16)</b></p>   | <p><b>Änderung der Rechtsverordnung über die Ernennung als Pfarrvikarin oder Pfarrvikar</b><br/> <b>Vom 10. Juni 2003 (ABl. 2003 S. 382), zuletzt geändert am</b><br/>           ...<br/> <b>(Änderungsvorschläge gemäß Drucksache Nr. 76/11 fett gedruckt)</b></p>   | <p><b>Änderungsvorschläge des Rechtsausschusses</b><br/> <b>Sitzung am 05.03. und 19.03.2012</b></p> |
|---|---|--|
| <p><b>§ 1 Eintragung in die Liste der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten.</b><br/>           Wer nach der Ersten Theologischen Prüfung vor dem Prüfungsamt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in den praktischen Vorbereitungsdienst treten will, muss mit der Meldung zur Prüfung die Aufnahme in die Liste der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten beantragen. Auf die Aufnahme besteht kein Rechtsanspruch (§ 5 Absatz 2 VorbG).</p>           | <p><b>§ 1 Eintragung in die Liste der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten.</b><br/>           Wer nach der Ersten Theologischen Prüfung vor dem Prüfungsamt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau <b>oder der Absolvierung des berufsbegleitenden Masterstudiengangs gemäß § 5a des Vorbildungsgesetzes</b> in den praktischen Vorbereitungsdienst treten will, muss mit der Meldung zur Prüfung die Aufnahme in die Liste der Pfarramtskandidatinnen und Pfarramtskandidaten beantragen. Auf die Aufnahme besteht kein Rechtsanspruch (§ 5 Absatz 2 VorbG).</p>   |  |
| <p><b>§ 2 Bewerbung zur Teilnahme an einer Potentialanalyse.</b><br/>           (1) Die Aufnahme der in den praktischen Vorbereitungsdienst für Vikarinnen und Vikare setzt die erfolgreiche Teilnahme an einer Potentialanalyse voraus.<br/>           (2) Die an der zweiten Ausbildungsphase interessierten Theologiestudierenden können sich frühestens nach Abschluss von sechs sprachfreien theologischen Fachsemestern zur Teilnahme an einer Potentialanalyse bewerben.</p> | <p><b>§ 2 Bewerbung zur Teilnahme an einer Potentialanalyse.</b><br/>           (1) Die Aufnahme der in den praktischen Vorbereitungsdienst für Vikarinnen und Vikare setzt die erfolgreiche Teilnahme an einer Potentialanalyse voraus.<br/>           (2) Die an der zweiten Ausbildungsphase interessierten Theologiestudierenden können sich frühestens nach Abschluss von sechs sprachfreien theologischen Fachsemestern zur Teilnahme an einer Potentialanalyse bewerben.<br/> <b>(2a) Studierende des berufsbegleitenden Masterstudiengangs im Sinne des § 5a des Vorbildungsgesetzes können sich mit Antritt des Stu-</b></p> |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>(3) Der Bewerbung sind ein ausführlicher tabellarischer Lebenslauf samt Lichtbild und gegebenenfalls das Zeugnis über die bestandene Erste Theologische Prüfung beizufügen.</p> <p>(4) Die Kirchenverwaltung lädt die Bewerberinnen und Bewerber nach Prüfung der vollständigen Bewerbungsunterlagen zur Potentialanalyse ein, die mindestens einmal im Jahr durchgeführt wird.</p> <p>(5) Zur Durchführung der Potentialanalyse beruft die Kirchenleitung geeignete Personen, die unter Verantwortung des „Zentrums für kirchliche Personalberatung“ regelmäßig geschult werden.</p>   | <p><b>diums zur Teilnahme an einer Potentialanalyse bewerben.</b></p> <p>(3) Der Bewerbung sind ein ausführlicher tabellarischer Lebenslauf samt Lichtbild und gegebenenfalls das Zeugnis über die bestandene Erste Theologische Prüfung <b>oder das Zeugnis der Masterprüfung des berufsbegleitenden Masterstudiums</b> beizufügen.</p> <p>(4) Die Kirchenverwaltung lädt die Bewerberinnen und Bewerber nach Prüfung der vollständigen Bewerbungsunterlagen zur Potentialanalyse ein, die mindestens einmal im Jahr durchgeführt wird.</p> <p>(5) Zur Durchführung der Potentialanalyse beruft die Kirchenleitung geeignete Personen, die unter Verantwortung des „Zentrums für kirchliche Personalberatung“ regelmäßig geschult werden.</p> |  |
| <p><b>§ 3 Kriterien der Potentialanalyse.</b><br/>Im Rahmen der Potentialanalyse wird die persönliche Eignung der Kandidatinnen und Kandidaten nach folgenden Kriterien beschrieben bzw. eine eventuelle Nicht-Eignung festgestellt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Fähigkeit zur verantwortlichen Leitungstätigkeit,</li> <li>2) Teamfähigkeit,</li> <li>3) Fähigkeit zur glaubwürdigen Vertretung des eigenen Zeugnisses des christlichen Glaubens,</li> <li>4) Sprach-, Argumentations- und Dialogfähigkeit,</li> <li>5) Belastbarkeit und Konfliktfähigkeit,</li> <li>6) Fähigkeit zur Reflexion der eigenen Person.</li> </ol> | <p><b>§ 3 Kriterien der Potentialanalyse.</b><br/>Im Rahmen der Potentialanalyse wird die persönliche Eignung der Kandidatinnen und Kandidaten nach folgenden Kriterien beschrieben bzw. eine eventuelle Nicht-Eignung festgestellt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1) Fähigkeit zur verantwortlichen Leitungstätigkeit,</li> <li>2) Teamfähigkeit,</li> <li>3) Fähigkeit zur glaubwürdigen Vertretung des eigenen Zeugnisses des christlichen Glaubens,</li> <li>4) Sprach-, Argumentations- und Dialogfähigkeit,</li> <li>5) Belastbarkeit und Konfliktfähigkeit,</li> <li>6) Fähigkeit zur Reflexion der eigenen Person.</li> </ol>   |  |
| <p><b>§ 4 Durchführung der Potentialanalyse.</b><br/>(1) Die Kommission beurteilt die persönliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber anhand praxisorientierter, anforderungsgerechter Verfahren und Methoden.</p>  | <p><b>§ 4 Durchführung der Potentialanalyse.</b><br/>(1) Die Kommission beurteilt die persönliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber anhand praxisorientierter, anforderungsgerechter Verfahren und Methoden.</p>  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>(2) Die Kommission erstellt ein Gutachten zur persönlichen Eignung gemäß § 2 Absatz 1, aus dem hervorgeht, ob Bewerberinnen und Bewerber für den Pfarrdienst zum Zeitpunkt der Entscheidung geeignet oder nicht geeignet erscheinen. Das Gutachten wird den Bewerberinnen und Bewerbern ausgehändigt. Die Bewerberinnen und Bewerber erhalten in einem Abschlussgespräch eine detaillierte Rückmeldung zu ihrer persönlichen Eignung bzw. Gründen für die Nicht-Eignung.</p> <p>(3) Über das Verfahren der Potentialanalyse werden Aufzeichnungen geführt, die die Durchführung des Verfahrens nachvollziehbar dokumentieren.</p> | <p>(2) Die Kommission erstellt ein Gutachten zur persönlichen Eignung gemäß § 2 Absatz 1, aus dem hervorgeht, ob Bewerberinnen und Bewerber für den Pfarrdienst zum Zeitpunkt der Entscheidung geeignet oder nicht geeignet erscheinen. Das Gutachten wird den Bewerberinnen und Bewerbern ausgehändigt. Die Bewerberinnen und Bewerber erhalten in einem Abschlussgespräch eine detaillierte Rückmeldung zu ihrer persönlichen Eignung bzw. Gründen für die Nicht-Eignung.</p> <p>(3) Über das Verfahren der Potentialanalyse werden Aufzeichnungen geführt, die die Durchführung des Verfahrens nachvollziehbar dokumentieren.</p> |  |
| <p><b>§ 5 Wiederholung der Potentialanalyse.</b><br/>Begründet die Potentialanalyse, dass die Bewerberin oder der Bewerber zum Zeitpunkt der Entscheidung für den Pfarrdienst ungeeignet erscheint und daher nicht zum praktischen Vorbereitungsdienst für Vikarinnen und Vikare zugelassen werden kann, ist die Teilnahme an einer Potentialanalyse ein weiteres Mal möglich.</p>   | <p><b>§ 5 Wiederholung der Potentialanalyse.</b><br/>Begründet die Potentialanalyse, dass die Bewerberin oder der Bewerber zum Zeitpunkt der Entscheidung für den Pfarrdienst ungeeignet erscheint und daher nicht zum praktischen Vorbereitungsdienst für Vikarinnen und Vikare zugelassen werden kann, ist die Teilnahme an einer Potentialanalyse ein weiteres Mal möglich.</p>   |  |
| <p><b>§ 6 Festlegung der Zahl der Ausbildungsplätze.</b><br/>Die Kirchenleitung legt jährlich die Zahl der Ausbildungsplätze fest.</p>   | <p><b>§ 6 Festlegung der Zahl der Ausbildungsplätze.</b><br/>Die Kirchenleitung legt jährlich die Zahl der Ausbildungsplätze fest.</p>   |  |
| <p><b>§ 7 Bewerbung zur Aufnahme in den praktischen Vorbereitungsdienst.</b><br/>(1) Kandidaten und Kandidatinnen, die die Erste Theologische Prüfung bestanden haben und erfolgreich, d.h. mit festgestellter Eignung, die Potentialanalyse absolviert haben, können sich zur Aufnahme in den praktischen Vorbereitungsdienst für Vikarinnen und Vikare bewerben.<br/>(2) Bewerbungen können jeweils bis zum 31. Mai</p>  | <p><b>§ 7 Bewerbung zur Aufnahme in den praktischen Vorbereitungsdienst.</b><br/>(1) Kandidaten und Kandidatinnen, die die Erste Theologische Prüfung bestanden haben und erfolgreich, d.h. mit festgestellter Eignung, die Potentialanalyse absolviert haben, können sich zur Aufnahme in den praktischen Vorbereitungsdienst für Vikarinnen und Vikare bewerben.<br/>(2) Bewerbungen können jeweils bis zum 31. Mai</p>  |  |

|  |  |  |
|--|--|--|
| <p>und bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres für den nächstfolgenden Aufnahmetermin erfolgen. Nach diesen Bewerbungsterminen eingehende Bewerbungen werden nicht berücksichtigt.</p> <p>(3) Die Bewerbungen sind an die Kirchenverwaltung zu richten. Der Bewerbung sind folgende Anlagen beizufügen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Geburtsurkunde</li> <li>2. Tauf- und Konfirmationsschein</li> <li>3. Reifezeugnis</li> <li>4. Lebenslauf und Lichtbild</li> <li>5. ggf. Zeugnis über die bestandene Erste Theologische Prüfung</li> <li>6. ggf. Urkunde über den Familienstand</li> <li>7. Gutachten der Potentialanalyse gemäß § 3</li> <li>8. Nachweise über berücksichtigungsfähige Tätigkeiten außerhalb des Theologiestudiums und über soziale Arbeiten (s. Nummer 2 und 3 der Anlage)</li> </ol> <p>und nach gesonderter Anforderung durch die Kirchenverwaltung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>9. Amtsärztliches Gutachten</li> <li>10. Polizeiliches Führungszeugnis.</li> </ol> | <p>und bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres für den nächstfolgenden Aufnahmetermin erfolgen. Nach diesen Bewerbungsterminen eingehende Bewerbungen werden nicht berücksichtigt.</p> <p>(3) Die Bewerbungen sind an die Kirchenverwaltung zu richten. Der Bewerbung sind folgende Anlagen beizufügen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Geburtsurkunde</li> <li>2. Tauf- und Konfirmationsschein</li> <li>3. Reifezeugnis</li> <li>4. Lebenslauf und Lichtbild</li> <li>5. ggf. Zeugnis über die bestandene Erste Theologische Prüfung <b>oder das Zeugnis der Masterprüfung des berufsbegleitenden Masterstudiengangs</b></li> <li>6. ggf. Urkunde über den Familienstand</li> <li>7. Gutachten der Potentialanalyse gemäß § 3</li> <li>8. Nachweise über berücksichtigungsfähige Tätigkeiten außerhalb des Theologiestudiums und über soziale Arbeiten (s. Nummer 2 und 3 der Anlage)</li> </ol> <p>und nach gesonderter Anforderung durch die Kirchenverwaltung:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>9. Amtsärztliches Gutachten</li> <li>10. Polizeiliches Führungszeugnis.</li> </ol> |  |
| <p><b>§ 8 Aufnahme zur Ausbildung.</b></p> <p>(1) Die Aufnahme von Kandidatinnen und Kandidaten in den praktischen Vorbereitungsdienst erfolgt in der Regel am 1. Februar und am 1. September eines Jahres.</p> <p>(2) Liegen für einen Aufnahmetermin mehr Bewerbungen vor als Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, werden die Ausbildungsplätze nach einer Rangfolge aufgrund einer Punktwertung, die sich aus der Anlage ergibt, vergeben. Bei Punktgleichheit entscheidet über die Platzvergabe das Los. Die</p>  | <p><b>§ 8 Aufnahme zur Ausbildung.</b></p> <p>(1) Die Aufnahme von Kandidatinnen und Kandidaten in den praktischen Vorbereitungsdienst erfolgt in der Regel am 1. Februar und am 1. September eines Jahres.</p> <p>(2) Liegen für einen Aufnahmetermin mehr Bewerbungen vor als Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, werden die Ausbildungsplätze nach einer Rangfolge aufgrund einer Punktwertung, die sich aus der Anlage ergibt, vergeben. Bei Punktgleichheit entscheidet über die Platzvergabe das Los. Die</p>  |  |

|   |   |  |
|---|---|--|
| Auslosung wird durch die Leiterin oder den Leiter der Kirchenverwaltung im Beisein von zwei Zeugen vorgenommen und protokolliert; der Rechtsweg ist ausgeschlossen. | Auslosung wird durch die Leiterin oder den Leiter der Kirchenverwaltung im Beisein von zwei Zeugen vorgenommen und protokolliert; der Rechtsweg ist ausgeschlossen. |  |
|---|---|--|